

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die festgelegte Normgröße über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgelegte Wort 30 Pfg. (zählige festgelegte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. (über 10 Stunden zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Paris jedmonatlich: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 24 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Auswärtige Politik.

Das Interesse für den Etat des Auswärtigen Amtes, dessen Beratung am Montag im Reichstage begonnen wurde, war durch die parlamentarischen Ereignisse der letzten Woche stark gemindert worden, denn die Wehrvorlage war ja von den Regierungsmännern und den bürgerlichen Parteien lediglich als eine Rückwirkung der äußeren auf die innere Politik behandelt worden, und soweit man bei den dünnen Wassertröpfchen der offiziellen Rhetorik diesen Vergleich brauchen darf, hatte Herr v. Bethmann Hollweg Herrn von Jagow schon den Rahm von der Milch abgeschöpft. Selbst wenn der neue Schatzsekretär des Auswärtigen Amtes ein staatsmännisches Genie ersten Ranges wäre, selbst wenn seine Gedanken sich in blauen Höhen adlergleich umhertummelten, selbst wenn er ein Füllhorn schöpferischer Anregungen darstellte, von der „übergeordneten Behörde“, dem Reichskanzler, festgelegt, hätte er kläglich und lärglich, ungenial und unfähig, auf der platten Erde herumtrauben müssen. Daß Herr v. Jagow aber die Möglichkeit und Klugheit seiner Gedanken, wenn dieses Wort für seine Produktion nicht zu hart und radikal ist, alsoweit treiben würde, das hätte auch der steifste Skeptiker nicht geahnt. Ein paar aufgelesene Broden über das Alleräußerlichste der äußeren Politik in den letzten vierzehn Tagen — jeder Stammtischphilister, der bei einer Weihen mit Gills die Mittagszeitung zu studieren pflegt, hätte sich über das Problem tiefer, rechtskundiger und vor allem gewandter ausgelassen. Es mag ja ein alter Fluch auf der Familie derer v. Jagow lasten, daß auch ihre erlauchtesten Vertreter nimmer Meister des gesprochenen oder geschriebenen Wortes sein können. Der Vetter am Alexanderplatz bleibt, was ihm in seinem Kampf mit der modernen Arbeiterbewegung versagt ist, im Kampf mit der deutschen Sprache in seinen Klagen regelmäßig Sieger, und der Vetter aus der Wilhelmstraße liebt, schüchtern wie ein Obersekundaner, von einem Blatt Papier monoton ein paar Sätze herunter, stockt und staut dann plötzlich, wartet eine Verlegenheitsminute lang, überzeugt sich dann, daß sein Geschreibsel zu Ende ist und trägt, was er an Weisheit schwarz auf weiß besitzt, befriedigt auf seinen Platz zurück und das Mitleid aller Gutsinnigen begleitet ihn. Das ist der leitende Mann der auswärtigen Politik eines Reiches von 67 Millionen!

Wenn sich ein englischer Minister neben einem deutschen Staatssekretär ausnimmt wie ein Erbpächter aller Staatsklugheit neben einem stammelnden Analphabeten, so liegt das wahrlich nicht daran, daß die Briten von ihren Diplomaten das geistige Gardemaß verlangen und wir nur einen tadellosen Stammbaum, sondern daran, daß in England die Bourgeoisie herrscht, die Klasse der freien Seefahrt und des weiten Handels, des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft, während bei uns immer noch das Junkertum, die Klasse der begrenzten Schollenwirtschaft und der hornierten Lokalbeschränktheit im Sattel sitzt. Es ist, trotz seiner hochentwickelten Industrie und wirtschaftlich mächtigen Bourgeoisie, immer noch die auswärtige Politik des Junkertums, die in Deutschland gemacht wird und die in der Aufrechterhaltung des Statusquo und ähnlicher Unzulänglichkeiten aus der Requisitionskammer Metternichscher Staatsklugheit das A und O aller diplomatischen Weisheit sieht. Schon ein Staatssekretär der Bourgeoisie könnte große Gesichtspunkte der auswärtigen Politik aufrollen, wie es ein Sir Edward Grey tut, aber diesem Sachwalter des Junkertums, dessen einziges Verdienst die paar Semester bei den Bonner Vorlesungen sind, muß sich auf ein hilfloses Gestammel beschränken, mühte es, selbst wenn er mit der zündenden Beredsamkeit eines Demosthenes geeignet wäre. So ist denn das Einzige, was auch die Freunde dieses Staatssekretärs in ihren Scheuern bergen können, die bescheiden vorgebrachte Hoffnung, „daß auch das widerspenstige Montenegro sich schließlich dem Willen Europas fügen wird“. Europa laßt, wenn es die leitenden Männer des Reiches zum zweiten mal binnen acht Tagen von dem Land der schwarzen Berge im bedenklichen Ton reden hört. Wir Deutschen fürchten Montenegro und sonst nichts auf der Welt!

Was sich der Staatssekretär aus zwei guten Gründen verweigern mußte, von hoher Warte die Veränderungen der weltpolitischen Lage zu versehen, und was auch die bürgerlichen Redner, der Zentrumsfürst und Jesuitenzögling mit den drei Bärenhäusern im Namen Löwenstein-Bertheim-Rosenberg so wenig wie der rotgelockte „Blöckling“ Gieseler oder der nationalliberale Baron Nitzthofen nachzuholen vermochten, muß der Sprecher der Sozialdemokratie, Genosse Bernstein, auf sich nehmen. Gerade Bernstein ist ein guter Kenner der Weltpolitik und ein sachlicher Redner mit stets überzeugenden Gründen. So wird denn so vieles, was er den bürgerlichen Parteien über die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan sagte, ihnen nicht lieblich in die Ohren geklungen haben, aber er diente der historischen Wahrheit. Wenn er betonte, daß die Befreiung der Balkanvölker vom türkischen Joch und die Vertreibung der Osmanen aus Europa zu begrüßen sei, nicht nur im Interesse der Balkanstaaten, sondern auch des türkischen Volkes selbst, so war das eine wertvolle Feststellung angesichts des turkophilen Gefabbers, in dem sich besonders ein mit der „Deutschen Bank“ verschwägelter Teil der

Fortschrittspartei so gern gefällt. Wenn er hinwies auf die eigenartige Rolle, die unsere Bundesgenossen Österreich und Italien bei der Entwicklung der Dinge spielten, indem sie, der eine mit seiner Annektion Bosniens, der andere mit seinem Ueberfall auf Tripolis, der Macht des dritten deutschen Bundesgenossen, der Türkei, entscheidende Stöße versetzten, so wußten gerade die eifrigsten Lobredner der österreichischen Freundschaft auf diese Konstatierung nichts zu erwidern. Wenn er feststellte, daß das siegreiche bulgarische Heer, wie in noch höherem Maße das serbische, im Gegensatz zu dem türkischen eine Armee war, in der die Landwehr mit kurzer Ausbildungszeit viel weitem Überwog, so kommt das den Fanatikern des Rüstungswahnsinn zur Stunde sicher nicht zu paß. Mit gutem Willen verglich Bernstein auch das Geschick der Diplomatie um die Abgrenzung der Länder auf dem Balkan mit dem Wiener Kongreß, verbreitete sich mit Sachverständnis über Einzelheiten dieser Abgrenzungen und nagelte die Schuld des offiziellen Deutschlands an den Armeniermegeleien fest wie an der Tafel, daß die bescheidenen Forderungen der Armenier noch immer nicht erfüllt sind. Nachdem der sozialdemokratische Redner sich noch für die Gleichberechtigung der rumänischen Juden eingesetzt hatte, warf er ein paar Streiflichter auf die Republik China, deren Anerkennung durch die deutsche Regierung noch immer auf sich warten läßt. Für die deutsch-englische Verständigung legte er sich lebhaft ins Zeug, brandmarkte die preussische Ostmarkenpolitik als eine Schwächung Deutschlands gegen den Panslawismus und ging endlich mit jenem bürokratisch-junkerlich beschränkten Geist ins Gericht, der in Magdeburg einen französischen Sozialdemokraten gegen den Rüstungsfanatismus und Chauvinismus haben und drüben nicht zu Wort kommen ließ.

Diesem Geist gegenüber war Bernsteins Rede eine würdige Kundgebung jener wahrhaften auswärtigen Politik, die nur von der sozialistischen Internationale gepflegt werden kann und die über die Winkelzüge der zünftigen Diplomaten hinweg zu einer Verständigung von Volk zu Volk hinstrebt. Es war eine Beleuchtung all jener weltpolitischen Probleme, die zu lösen man nur die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit anzuwenden braucht, die zu verwirren es aber der ganzen Klaffgemäß bestimmten Tölpelhaftigkeit diplomatischer Federführung bedarf. Und doppelt kläglich steht neben dieser klaren und großzügigen Darstellung der Mann der offiziellen Politik da, der von einem Blatt Papier die Hoffnung herunterläßt, daß Montenegro schließlich doch klein beigegeben wird.

Polizeidiktatur und Völkerverhetzung.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt an dem „Magdeburger Polizeistreich“ scharfe Kritik. Es vermag nicht einzusehen, welche Veranlassung für den Magdeburger Polizeipräsidenten vorlag, unserem französischen Genossen, dem Abgeordneten Compère-Morel, zu verbieten, in den Magdeburger Demonstrationensammlungen zu sprechen, ja überhaupt nur anwesend zu sein. Was es denn dem Deutschen Reich schaden könnte, wenn ein französischer Abgeordneter von dem Kampf der Sozialisten gegen den französischen Chauvinismus und die Einführung der dreijährigen Dienstzeit erzähle. Der deutschen Regierung könne es doch nur angenehm sein, daß der französische Sozialismus den mutigsten Kampf gegen die Revolutionslust führe. Wohl möge die längst erhobene Forderung Sembrats, die französisch-deutsche Entente zu schließen, heute als Utopie gelten — obwohl sie vielleicht morgen die internationale Lösung sei. Auf jeden Fall habe doch eine deutsche Polizeibehörde keinerlei Veranlassung, durch überflüssige und unbegriffliche Maßnahmen die Geschäfte der Chauvinisten zu beforgen. Um so weniger, als doch die französische Regierung den Ansprüchen deutscher Sozialisten in Frankreich nicht das geringste in den Weg gelegt habe.

Das „Berl. Tagebl.“ hat in allen Punkten recht, nur darin nicht, daß es von den preussischen Polizeibehörden politische weitestgehende Erwägungen erwartet. Dabon haben sich preussische Polizeibehörden in ihrer Unbesieglichkeit niemals beeinflussen lassen. Denn wie hätte man es sonst begründen wollen, daß man englischen und französischen Gästen der Sozialdemokratie verbot, sich bei ihren Ansprüchen ihrer Muttersprache zu bedienen. Dagegen, daß Jaurès sich in der deutschen Sprache äußerte, hatte man in Berlin nichts einzuwenden, wogegen in Magdeburg sogar die körperliche Anwesenheit eines französischen Sozialisten als dem Staatswohl zumwiderlaufend erachtet wurde. Vergebens würde man in solchem Verfahren einem klaren Sinn irgendwelcher Logik nachspüren. Die Polizei glaubt es eben ihrer Existenz schuldig zu sein, dem Volke von ihrem hochwohlwollen Walten hin und wieder Kenntnis zu geben. Wie das geschieht, scheint ihr minder wichtig zu sein.

Das ist die mildeste Erklärung des „Magdeburger Polizeistreichs“. Denn wollte man dem Vorgehen der Polizei eine konsequente politische Absicht unterstellen, so könnte es nur die sein, dem deutschen Volke die Einsicht zu erschweren, daß das französische Volk in seinem Kern, daß die französische Arbeiterklasse ebenso friedliebend ist wie das deutsche Proletariat, und daß unsere französischen Genossen sich ebenso nachdrücklich um die Entlarbung und Bekämpfung des chauvinistischen Schwindels mühen wie die deutsche Sozialdemokratie.

Diese Einsicht ist allerdings dem deutschen Chauvinismus, der deutschen Kriegsbegehr und — Rüstungstreibererei nicht gerade günstig, denn sie stößt die objektiv unterrichteten Massen geradezu mit der Nase darauf, daß das gegenseitige Wehrtrüben das allerverlehteste

und verhängnisvollste Mittel zu der so dringend notwendigen und auch so durchaus möglichsten Verständigung der Nachbarnationen ist, daß also jeder ehrliche deutsche Patriot seinem Vaterlande geradezu einen Vorendienst leistet, wenn er durch seine Unterstützung der deutschen Wehrvorlage auch Frankreich wiederum zu den unerhörtesten Anstrengungen zwingt und die französisch-russische Alliance immer schwerer löslich macht!

Wollte man also an eine politische Absicht der Magdeburger Polizei glauben, so könnte sie nur darin gefunden werden, daß dem ideoften Chauvinismus Helfersdienste geleistet würden, daß zum Vorteil der Kriegsheher und zu Ruh und Frommen der nach reichen Extraprofiten lästernen Rüstungsinteressenten der Gedanke einer friedlichen Verständigung der beiden Nationen gewaltsam unterdrückt würde. Wobei dann freilich die brave Polizei glücklich wieder einmal das Gegenteil von dem erreicht haben würde, was sie bezweckte: denn die Magdeburger Demonstrationen haben so nicht nur viel aufreißender und aufklärender gewirkt, sondern auch im ganzen Lande machtvollen Wiederhall gefunden. Möge es uns nie an solch freundschaftlicher Fürsorge der Polizei fehlen!

Ueber Einzelheiten der Magdeburger Polizeiaktion wird uns noch gemeldet:

Als sich Genosse Compère-Morel im Auto nach dem einen Versammlungsort, dem „Luisenpark“, begab, nicht etwa um die Versammlung aufzusuchen, sondern um sich im Garten des Lokals aufzuhalten, der nicht zu den Versammlungsräumen gehörte, wurde er am Eingang zum Garten von einem Kriminalkommissar aufgehalten und erfuhr, mit nach dem Polizeipräsidium zu kommen. Hier wurde ihm und seinem Begleiter von einem Polizeinspektor eröffnet, daß die Polizei sein Erscheinen in einer Versammlung auf jeden Fall verhindern werde. Auf die Bemerkung, daß er auch gar nicht beabsichtige, in eine Versammlung zu gehen, sondern sich nur im Garten aufzuhalten gedenke, erklärte der Polizeinspektor, daß die Polizei den Garten als zum Versammlungsort gehörig betrachte. Compère-Morel bemerkte hierauf, daß er sich den polizeilichen Anordnungen fügen werde, den Aufenthalt auf der Straße werde man ihm aber doch nicht verbieten können. Das wurde von dem Polizeibeamten bestätigt, worauf Genosse Compère-Morel aus dem polizeilichen „Gewahrsam“ wieder entlassen wurde. Er ließ sich nun wieder nach dem „Luisenpark“ führen, um den Genossen Weill, der inzwischen seine Rede beendet haben mußte, abzuholen und nach der anderen Versammlung zu bringen. Hier leistete die Polizei sich nun noch ein Stückchen. Sie verhinderte, daß das Auto einen Augenblick vor dem Lokaleingang hielt, bis Genosse Weill herangefahren worden war! Das Auto durfte nur in der Straße auf und ab fahren!

Die Versammlungsbefucher ließen es sich aber doch nicht nehmen, dem Genossen Compère-Morel und damit der französischen Bruderpartei stürmische Ovationen darzubringen.

Möge das Proletariat auch bei der bevorstehenden Landtagwahl des Magdeburger Polizeistreichs gedenken! Möge es dafür sorgen, daß der Verteidiger aller preussischen Reaktionen, der Polizeiminister v. Dallwitz, künftig noch rückwärtsloset zur Verantwortung gezogen werden kann als bisher!

Der Generalstreik in Belgien.

Brüssel, 13. April. (Eig. Ber.)

Die letzten Vorbereitungen zum Generalstreik sind von seiten der Arbeiter in aller Ruhe, fast ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon gewahrt wurde, vollzogen worden. Demonstrationen und Agitationsversammlungen fanden im Laufe der letzten Woche nur noch in seltenen Fällen statt. Die weitaus überwiegende Majorität der Arbeiter hat eben schon lange vorher den Kampf beschloßen. Seit Wochen schon sind die Arbeitsverträge gekündigt worden. Nur in einzelnen Verufen oder Gegenden, wo aus irgend welchen besonderen Gründen die Teilnahme am Generalstreik noch strittig geblieben war, wurde die Agitation bis in die letzte Woche hinein fortgesetzt, und nur hier bildeten Versammlungen und Demonstrationen die sichtbaren Vorboten des großen Kampfes.

Um so reger war das Leben, das in den Volkshäusern und in den anderen Lokalen der Arbeiterorganisationen herrschte. Hier wird überall bis spät in die Nacht hinein mit fieberhafter Anstrengung gearbeitet. Hier verteilen Gewerkschaftsbeamte die für die Streikenden bestimmten Kontrollkarten an die Vertrauensmänner der Organisationen; dort, auf dem Bureau des Streikkomitees, holen sich die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Disziplin betrauten „Sicherheitskommissare“ ihre Legitimationskarten ab; etwas weiter werden die Anmeldungen von Kindern für die Versicherung nach ländlichen Gegenden oder nach dem Auslande entgegengenommen; in einem anderen Bureau werden Entzugsmarken und Silbermünzen für die ersten Unterstützungen bereitgelegt; nebenan werden die Programme für die Vorträge, Konzerte, Ausflüge und Sportspiele der ersten Woche aufgestellt; unten im Hofe wird in Miesenkesseln zur Probe die Suppe gekocht, die vom Montag an den Streikenden und ihren Familien unentgeltlich verabreicht werden wird.

Ganz anderer Art sind die Vorbereitungen, die dieser Lage von der Regierung und den Behörden getroffen worden sind. Am Freitag und Sonnabend sah man überall auf der Straße und auf den Bahnhöfen Abteilungen Militär und Gendarmerie in Feldausrüstung auf dem Wege nach den ihnen für die Streikzeit zugewiesenen Standorten. Der

größte Teil der Armee ist in den Kohlenrevieren und Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich zusammengezogen und zum größten Teil in Schulgebäuden einquartiert, so daß in vielen Orten auch die Schulhinder — streifen müssen. In jedem Regierungsbezirk ist ein militärischer „Streiftrupp“ (Conseil de Grève) konstituiert worden, der aus einem kommandierenden General der Armee, dem Befehlshaber des Gendarmeriebezirks und dem Bezirksregierungskommissar (ein Amt, das etwa dem eines preussischen Landrats entspricht) besteht. Diesen Streiftruppen untersteht die Organisation des militärischen Schutzes der „Ordnung“ und der „Freiheit der Arbeit“. In den meisten größeren Orten ist auch die sogenannte Bürgergarde, die Reservemiliz der Bourgeoisie für Montag unter die Waffen gerufen worden. Ein Erlass des Kriegsministers ermächtigt sogar die Bürgermeister der Orte mit weniger als 20000 Einwohnern, wo die Bürgergarde nicht aktiv, d. h. nicht bewaffnet ist und eigentlich nur auf dem Papier steht, auch dort die Bürgergarde unter die Waffen zu rufen. Der Erlass stützt sich auf einen Gesetzesentwurf vom Jahre — 1854, von dessen Existenz sonst kein Mensch eine Ahnung hatte, und der in der Tat die Verwendung dieser nicht aktiven Bürgergarde durch die Behörden erlaubt; der Erlass erinnert daran, daß dieses vorunterschiedliche Gesetz vorschreibt, daß diese improvisierten Ordnungshüter mit allen verfügbaren Waffen oder maffenähnlichen Instrumenten, wie „Gewehren, Pistolen, Säbeln, Lanzen, Heugabeln, Sensen und dergleichen“ versehen werden sollen! Dem Kriegsminister hat dabei offenbar die Möglichkeit vorgeschwebt, daß die „rebellierenden“ Arbeiter mit Hilfe der mit ihren Heugabeln und Sensen bewaffneten fanatisierten Bauern zur Raison gebracht werden sollen. Also geschehen im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts!

Die liberalen Bürgermeister von Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich — dieselben, die vor fünf Wochen von dem Kabinettschef mit seinen Versprechungen einer Konzeption so schön an der Nase herumgeführt worden sind — haben unter der Inspiration des Ministers des Innern Verordnungen veröffentlicht, die eine wahre Provokation und eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bedeuten. Diese liberalen Herren, die damals nicht einmal zu einem Wort des Protestes gegen den Wortbruch des Kabinettschefs den Mut fanden, gehen jetzt mit geradezu preukischer Schneidigkeit gegen die Arbeiter vor, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machen wollen. Die Arbeiter in Gemeindefreien werden mit sofortiger Entlassung bedroht, falls sie streifen oder auf irgendeine Art, wie etwa Herumtreiben von Sammelbüchern, ihre Sympathie mit den Streikenden bekunden. Den Arbeitswilligen wird ein besonderer Schutz zugesagt; die Arbeiter, die Streikbruch verüben wollen, werden eingeladen, sich bei der Polizei zu melden, damit sie wirksam gegen den „Terrorismus“ der Streikenden geschützt werden können. Der liberale Bürgermeister von Antwerpen läßt außerdem ein Plakat anhängen, in dem er die arbeitwilligen Fabrikarbeiter bittet, nur in größeren Trupps unter dem Schutze der Polizei nach und von der Arbeit zu gehen und dabei nur die größeren Straßen zu benutzen.

All diese provokatorischen Maßregeln haben indessen bis jetzt ihre Wirkung auf die Streikenden verfehlt. Nur an zwei oder drei Orten kam es am Sonnabendnachmittag oder abend, als die Arbeiter Feierabend machten und — wie überall in den Kohlenrevieren — ihre Werkzeuge mit nach Hause nahmen, zu kleinen Zwischenfällen, die die klerikale Presse vergeblich in bedeutungsvolle Ereignisse aufzubauschen versucht.

Der Beginn des Streiks.

Brüssel, 14. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Umfang des Streiks entspricht vollaus den Erwartungen. In den großen wallonischen Industriebezirken Provinz (Zentr.), Charleroi und Lüttich gibt es allein etwa 200 000 Streikende. Die Gesamtzahl der Streikenden im Lande übersteigt bereits 300 000.

Die Zahl der Streikenden.

Brüssel, 14. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach den bis jetzt im Streikkomitee eingetroffenen Nachrichten beläuft sich die Zahl der Streikenden am ersten Tage in den verschiedenen Industriebezirken: in Seraing 13 000, Alost 2300, Gent 16 500, Dainze 500, Antwerpen 25 000, Serviers 20 000, Lüttich 65 000, Loewen 2000, Duena 3500, Huy 3000, Rivelle 2300, Namur 12 000, Provinz 50 000, Charleroi 65 000, Centre 40 000, Brüssel 10 000, Soignies 4000, Silverde 1000 Streikende. Die Gesamtzahl beträgt 330 000, abgesehen von den übrigen Landesteilen, die auch noch einige Tausende aufbringen.

Die militärischen Vorbereitungen.

Brüssel, 14. April. (W. T. Z.) Die Verteilung der Militärs in den verschiedenen Industriezentren hat sich gestern und vorgestern nach den vorliegenden Nachrichten ohne Zwischenfälle vollzogen. In fast allen Städten wird man vorerst darauf verzichten, die Bürgergarde zu mobilisieren. Heute vormittag werden in den einzelnen Industriegebieten fast alle Fabrikbetriebe mit militärischen Wachen besetzt werden, die die Aufgabe haben, Arbeitswillige während des Generalstreiks zu schützen.

Die Friedensausichten.

Die Note der Mächte.

Sofia, 13. April. Die Vertreter der Mächte überreichten heute deren Antwort. Die Antwort lautet: Die Mächte nehmen mit Befriedigung Kenntnis von der Geneigtheit der Verbündeten zur Einstellung der Feindseligkeiten und antworten auf die vier Punkte der Note der Verbündeten in folgender Weise: Der erste Punkt begegnet keiner Einwendung. Was den zweiten Punkt betrifft, machen die Mächte darauf aufmerksam, daß da das Schicksal der Ägyptischen Inseln der Entscheidung der Mächte vorbehalten worden sei, dieser Punkt nur unter dem Vorbehalt zugelassen werden könne, daß bezüglich einiger dieser Inseln die Beschlüsse noch zu fassen sein werden. Bezüglich des dritten Punktes erklären die Mächte sich bereit, schon jetzt den Verbündeten die Nord- und Nordostgrenze Albanien bekanntzugeben. Die Süd- und Südgrenze werden den Verbündeten mitgeteilt werden, sobald sie festgesetzt sein werden. Was den vierten Punkt betrifft, so sind die Mächte, da die Lösung aller finanziellen Fragen einer technischen Kommission in Paris vorbehalten worden ist, an welcher Delegierte der Kriegführenden teilnehmen werden, der Ansicht, daß für den Augenblick kein Grund vorliegt, das Prinzip der Kriegsentfälschung zu erörtern.

Ministerpräsident G es ch o wertwiderte, er werde sich mit den Verbündeten ins Einvernehmen setzen.

Die bulgarische Auffassung.

Sofia, 13. April. „Mir“ schreibt: Die Fortschritte in den Friedensverhandlungen und die Ohnmacht der türkischen Armee schließen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten aus. Aber das Ende des Krieges gegen die Türkei bringt nicht eine vollständige Liquidierung der Balkankrise. Der bulgarisch-rumänische Grenzfall wird, wie wir glauben, eine solche und beide befriedigende Lösung erhalten. Die Balkankrise wird aber einen dauerhaften Frieden finden. Die Stärke Bulgariens verbürgt dies. Die Verträge mit den Verbündeten bilden eine weitere Bürgschaft. Denn kein Balkanstaat wird sich eines öffentlichen Skandals schuldig machen wollen durch die Nichtausführung seiner Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf das gemeinsame Interesse der Aufrichterhaltung des Bündnisses. Wir rechnen auch auf die Freundschaft aller Mächte hinsichtlich der Lösung der Krise nach dem Krieg.

Die Belagerung Skutaris.

Wien, 14. April. Zuverlässigen Meldungen zufolge übermittelte die Pforte der montenegrinischen Regierung neuerdings einen an Essad Pascha gerichteten offenen Befehl des Inhalts, die serbische Regierung habe erklärt, daß sie die Feindseligkeiten vor Skutari einstellte, und die Serben dort nur kämpfen würden, falls sie von den Türken angegriffen werden sollten.

Klerikale Geschichtsschreibung.

Es ist ein eigenes Ding um die Geschichtsauffassung des Klerikalismus: sie bewegt sich noch immer in dem Vorstellungskreis des seligen Herrn Aurelius Augustinus von Tagasta. Wie dieser ehrfurchtsvolle Oberkirchenvater zwei große miteinander kämpfende Reiche unterschied: das liebliche Gottesreich und das übelbustende Teufelsreich unter dem persönlichen Regiment Sr. schwarzen Majestät Luzifer I., dessen erster irdischer Untertan bekanntlich der ewig unzufriedene, nörgelkuchige Uragarier Kain wurde, so stellen sich auch die rechtgläubigen Geschichtsschreiber des Ultramontanismus die ganze Weltgeschichte als einen stetigen Kampf zwischen den frommen Gotteskindern und den übelberaitenen Welt- oder Teufelskindern vor. Manchmal läßt Gott, um die Seinen zu demütigen, die Untertanen Sr. satanischen Majestät eine kurze Zeitlang triumphieren; aber für gewöhnlich siegen natürlich die guten Musterkinder, die, gefest gegen allen philosophischen Aufklärung, den Papst als den Statthalter Christi verehren und sich willig den Geboten der alleinseligmachenden Kirche unterwerfen. Wenn demnach von zwei einander bekämpfenden Völkern das eine Volk über das andere siegt, so kommt das nicht daher, weil das eine Volk zahlreicher, stärker, besser gerüstet oder besser geführt war, sondern weil das unterliegende Volk von Gott, das heißt von der heiligen Kirche abgefallen war.

Deshalb ist auch, wie dieser Tage der große Geschichtsschreiber Pfarrer Joseph Gähler in dem zu Voderborn erscheinenden frommen Sonntagsblatt „Der“ glücklich entdeckt hat, die Ursache der französischen Niederlagen im Kriege von 1870/71 nicht etwa in der größeren Stärke, der größeren Kriegstüchtigkeit, besserer Strategie oder dergleichen der deutschen Armee zu suchen, sondern Frankreich hat nur verloren, weil es dem Papst in Rom nicht gehorcht; denn wie Herr Joseph Gähler verkündet, „Wer Rom verläßt, den Gott verläßt.“

Aber Herr Gähler behauptet so etwas nicht nur. Als wissenschaftlicher Historiograph beweist er es auch, und seine Beweise sind natürlich, wie es sich von selbst versteht, von überzeugender Eindringlichkeit. Er berichtet nämlich:

„Aber deutlicher noch zeigte sich die strafende Hand Gottes an Napoleons und Frankreichs Verhalten gegen Papst Pius IX. . . . Und unvergessen bleibt auch die Tatsache, daß im Frühjahr 1860, als der Franzosenkaiser zum folgenschweren italienischen Feldzug rüstete, nicht nur mancher Bischof, sondern der Himmel selbst viermal seine warnende Stimme erhob. Es wurde nämlich im Dorf Brigny-aux-Bois, am Waldsaum von Sedan, an vier besonders entscheidenden Tagen, die in der Messe konsekrierte heilige Hostie unter den Händen eines sehr frommen Priesters blutig. Das Manko, Mefel, Vharas dieser Bluthostien, deren vier in der dort erbauten Kapelle nach existiert, hat man elf Jahre später deutlich verstehen müssen, als der entthronte Kaiser auf der Straße von Brigny in die Gefangenschaft abgeführt wurde. . . .“

Und endlich noch ein letzter Wink und deutlicher Fingerzeig der strafenden Gerechtigkeit, der Rache des Herrn! Am 1. Februar 1871 verurteilt die italienische Kammer die Abschwörung des Papsttums; am selben schwarzen Tag muß die erzkornene Armees Wehrmacht die Schweizergrenze überschreiten, muß Schutz suchen im fremden Land. Und von diesem 1. Februar an datierte für Frankreich der tatsächliche Verlust Elsass-Lothringens: seinen hungernden Verteidigern hatten die Waffen aus den erstarrten Händen fallen müssen. Und der Erlaiser auf der Wilhelmshöhe sah gleich Napoleon I. das Wort bewahrheitet: „Qui mango du Pape, en meurt!“, gelinde übersetzt: „Wer den Papst verläßt, den Gott verläßt!“

Das große Kriegsverdikt des Generalsstabes ist demnach von vorn bis hinten auf falschen Annahmen aufgebaut: nicht auf Kriegstüchtigkeit kommt es im Kriege an, sondern auf das richtige Verhältnis zum Papst. Schade nur, daß das Zentrum als Vertreterin der katholischen Weltanschauung nicht die Konsequenzen aus der römisch-klerikalen Geschichtstheorie zieht; denn dann müßte es gegen die neue Heeresvorlage stimmen. Aber, wie es scheint, hat der modernistische Geist sich bereits so tief in die Zentrumsfraktion des Reichstages eingekerkert, daß sie die „letzten Wink“ der strafenden Gerechtigkeit nicht mehr beachtet und in abtrünniger Verkochtheit der These des Reichsverhandlungsstrategen Generalleutnant von Liebert zustimmt, daß Gott recht wenig auf das gute Verhältnis der Völker zum Papst gibt, sondern sich ohne Bedenken gemohnheitsmäßig auf die Seite der Macht stellt, die über die meisten Pojonette und Anonen verfügt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. April 1913.

Reaktion auf allen Gebieten.

So kurz die Sitzung des Abgeordnetenhauses am Montag auch war, so ist ihr Verlauf doch typisch zur Kennzeichnung des reaktionären Geistes, der sich auf allen Gebieten preussischer Gesetzgebung und Verwaltung bemerkbar macht.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Gesetzentwurf betreffend die landlichen Fortbildungsschulen, dessen Annahme die Kommission in der Sitzung des Herrenhauses in Verbindung mit einer gleichfalls vom Herrenhause beschlossenen Resolution beantragte, worin die Regierung ersucht wird, auch auf die religiöse Fortbildung der Schulentlassenen männlichen Jugend bedacht zu sein. Den frommen Zentrumslenten genügt diese Resolution noch nicht, sie wollten durchaus den Religionsunterricht als obligatorischen Lehrgegenstand festgelegt haben und demnach wäre es ob dieser Forderung zum offener Bruch mit ihren konservativen Vorvätern gekommen, die ausnahmsweise einmal nicht so wollten, wie das Zentrum will. Nicht etwa, daß die Konservativen die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan ablehnen, im Gegenteil, auch sie wollen die Jugend mit Religion füttern, nur soll der Religionsunterricht aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht obligatorisch sein. Die Sozialdemokraten stimmten, obwohl sie warme Befürworter der Fortbildungsschulen sind, gegen das Gesetz, weil sie, wie Leinert betonte, nicht ihre Hand dazu bieten können, die Schule den reaktionären Zwecken dienlich zu machen, und zweitens wegen der gegen die bänischen Staatsbürger gerichteten ausnahmsgeglichen Bestimmungen. Daß sie mit ihrer Haltung auf dem richtigen Wege sind, beweist das Eingekändnis des Abgeordneten von Pappenheim (L.), daß für die Konservativen der Hauptwert der Fortbildungsschulen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie besteht.

Nach Verabschiedung des Oberschiffahrtsverbesserungsgesetzes erlebte das Haus eine Reihe von Petitionen, und auch hierbei feierte die Reaktion wieder Orgien. So ging die Mehrheit über eine Petition um Gewährung des passiven Gemeindevwahlrechts an die Volksschullehrer zur Tagesordnung über, obwohl die gleiche Petition vor noch nicht allzulanger Zeit der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen war. Das gleiche Schicksal erlitt unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Berücksichtigung einer Petition des Bundes der Festbedienten, die sich gegen Eingriffe in das Vereinsrecht richtet.

Am Montag beginnt die dritte Lesung des Etats.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

beschloß am Montagabend, die Berner Verständigungskonferenz zu beschiden und erklärte gleichzeitig ihr Einverständnis damit, daß die Konferenz, einem von den Franzosen geäußerten Wunsche entsprechend, auf den 11. Mai verschoben wird.

Als Vertreter wurden bestimmt: Paale, Scheidemann, Dr. Frank, Bauer, Silbermann, Fischer, Berlin, Geier, Ledebour, Emmel, Weill. Erfahrmänner: Mollenhuth, Südekum, Vornstein, Siebel.

Futter für die Chauvinisten.

Während die deutsche Oepresse ganz unverblümt ihrem Kerger über die rasche und friedliche Erledigung der Zepelin-Affäre Lust gemacht und auch der Magdeburger Polizeipräsident das seinige dazu getan hat, um dem Chauvinismus Heilerdienste zu leisten, soll ein verheerter Volkshaufe in Ranch deutsche Geschäftsleute belästigt und beschimpft, dadurch also seinerseits die so ersehnte Stimmungsmache für das Weirüsten gefördert haben. Das offiziöse Wolffsche Depeschensbureau erzählt überaus eingehend, wie eine Rottte französischer Chauvinisten mehrere Geschäfte kreuzte, die sie für deutsche Offiziere gehalten, durch Wort und Tat beschimpft habe. Ein anderes Wolff-Telegramm führt diese Erzesse freilich auf vorhergegangenes provokatorisches Auftreten mehrerer Deutscher in einem Cafe zurück. Was überhaupt Wahres an der ganzen Sache ist, wird nicht so leicht festzustellen sein. Jedenfalls aber sollte man sich in Deutschland wie in Frankreich vor jeder törichten Aufbausung chauvinistischer Albernheiten hüten. Wenn solche Tölpelereien auch keinen Konflikt herbeizuführen vermögen, so liefern sie den Rüstungshebern hüben und drüben doch Wasser auf ihre Mühle. Die Völker aber müssen die Zehne zahlen!

Kämpfe in Neu-Kamerun.

Das von den Franzosen eingetaufchte Neu-Kamerun, unser neuester schöner „Blag an der Sonne“, verspricht, und recht teuer zu werden. Nicht nur, was — Weid anbetrifft, sondern auch an Blut. Die Abteilung der Neu-Kameruner Grenzexpeditionen, die von Wesso am Sanga aus in westlicher Richtung nach dem Dikua zu arbeitet, ist, wie telegraphisch gemeldet wird, bei den dort sitzenden Eingeborenensstämmen der Sanga-Sanga auf ernsthaften Schwierigkeiten gestoßen. Die zur Unterstützung der Expedition von Ngardimiam herbeigerufene 11. Kompagnie der Sängtruppe fand bei den Dörfern Kolabeune und Djalong hartnäckigen Widerstand, wobei ein Soldat tot und mehrere andere verwundet wurden.

Die Sanga-Sanga sind als kriegerischer Stamm bekannt. Ihre Unterwerfung ist von den Franzosen nicht durchgeführt worden. In den Jahren 1908—1911 haben mehrere Expeditionen ohne erheblichen Erfolg gegen sie gesocht. Im Frühjahr 1911 sind sie sogar angriffsweise gegen die französischen Truppen vorgegangen und haben einen französischen Posten belagert. Das Dorf Kasabrune, bei dem die Sängtruppe jetzt Widerstand fand, ist der Mittelpunkt des Sanga-Sanga-Stammes.

Die Polizeistaten im Preussischen Abgeordnetenhaus vor dem Reichsgericht.

Endlich ist gegen die Genossen Vorchardt und Leinert der Termin vor dem Reichsgericht angelegt worden, und zwar auf den 23. April 1913, vormittags 9 Uhr, vor dem II. Strafsenat.

Am 28. September 1912 hat bekanntlich das Landgericht I zu Berlin den Genossen Vorchardt zu 100 M. und den Genossen Leinert zu 80 M. wegen angeblichen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt. Es handelt sich um die Affäre im Preussischen Abgeordnetenhaus vom 9. Mai vorigen Jahres. Damals wurden, wie erinnerlich, auf Geheiß des inzwischen verstorbenen Präsidenten v. Erla ein Polizeileutnant und vier Schausleute in das Haus beordert, um den Abg. Vorchardt zu entfernen, wobei sie auch handgreiflich gegen Leinert wurden. Trotzdem wurde nicht Anklage erhoben gegen die Polizeibeamten, sondern gegen die beiden Volksvertreter. Schon der Straffallmann hat es sehr schwer gefallen, ihr Urteil zu begründen, da sie dazu nahezu zwei Monate gebraucht, Reich nach Empfang der Begründung, also Ende November u. J. haben die beiden Beurteilten Revision eingelegt. Darüber sind nun volle fünf Monate verstrichen, und jetzt erst ist das Reichsgericht in der Lage, einen Termin zur Verhandlung über diese Revision anzusetzen. Es muß sich also die Sache sehr gründlich überlegt haben. Man wird ja sehen, ob dieser gründlichen Vorbereitung auch die Verhandlung und das Urteil entsprechen werden.

Reporterphantasien.

Das „Berliner Tageblatt“ druckte in seiner Festtags-Abendausgabe eine Notiz ab, in der der Geraer Korrespondent des Blattes behauptet:

„Als dieser Tage der verstorbene Fürst Heinrich XIV. in Schließ der Residenz des reichlichen Oberlandes, im feierlichen

Gebränge zur letzten Aube geleitet wurde, stehen es sich auch das Schicksal der Gewerkschaften und zahlreicher als Sozialdemokraten bekannte Einwohner nicht nehmen, die Flaggen auf Halbmaße zu floggen.

Und das „Berliner Tageblatt“ freute sich schon des „Bannstrahls aus Berlin“, der sicher die halbmondförmigen Genossen treffen werde. Das Blatt wird sich diese Freude verkneifen müssen. Es gibt in der Schlei gar kein Gewerkschaftshaus! Es gibt nur ein Lokal, in dem die Schlei Arbeiterorganisationen ihre Versammlungen abhalten, in dem aber auch bürgerliches Publikum beruft. Wenn der Wirt dieses Lokals es für nötig hielt, seine monarchische Gesinnung am Halbmaße zu demonstrieren, ist das seine persönliche Angelegenheit, die mit der reuhtischen Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat. Vielleicht tat er es auch nur, um seine Fenstergehenden zu schonen, — eine in Schlei verständliche Vorsicht. Und die übrigen „zahlreichen als Sozialdemokraten bekannten Einwohner“? Wahrscheinlich brauchte sie der Korrespondent nur zur Abrundung seiner Notiz.

Weiter erzählt der Korrespondent: „Die sozialdemokratische Gewerkschaftsmehrheit hörte den Kadrus des Oberbürgermeisters für den Pörsen sogar stehend an!“ Stimmt — denn es ist eine hübschweigend geübte Gewohnheit aller Parlamente, einem Laten gewöhnliche Redewörter stehend anzuhören.

Der erhoffte „Bannstrahl aus Berlin“ wird also ausbleiben. Aber wäre dem überflüssigen Korrespondenten nicht mit einem kalten „Wasserstrahl“ gedient? Er scheint ihn nötig zu haben.

Mein Urheberrecht an der Idee des Wehrbeitrags.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der Reichskanzler meinte in seiner Rede am Sonnabend, es sei freilich, wenn der Ruhm der Vaterstadt an dem Gedanken des Wehrbeitrags zufalle, Ludwig XIV., dem Abg. David oder dem Reichssekretär Kühn. Er fügte hinzu: „Ich für meine Person entscheide mich für den Reichssekretär Kühn und halte dafür, daß dieser sein Gedanke ein außerordentlich glücklicher ist.“
Wie so manche andere Entscheidung des staatsmännlichen Philosophen, so entbehrt auch diese einer zulänglichen Begründung. Ich habe zweimal, am 2. Dezember 1907 und am 29. Februar 1912, eine Umlage auf größere Vermögen und Einkommen als Gelegenheitssteuer („Wehrsteuer“) zur Finanzierung jeder einmaligen Ausgabe für Abstützungszwecke empfohlen. Beide Male geschah es in der allgemeinen Staatsdebatte, bei der Herr Kühn von Amis wegen anwesend sein mußte und meiner Erinnerung nach im vorigen Jahre auch anwesend war. Er muß darum bei der Konkurrenz um den Erstberruhm entschieden ausbleiben. Es tut mir sehr leid um ihn; aber der Lorbeerzweig kommt ihm nicht zu.
Bleibt nur noch die Konkurrenz zwischen „Ludwig XIV.“ und mir. Da liegt die Sache wesentlich schwieriger. Der Kai Soleil ließ wohl immer noch die Zeitungen nur in Ausschnitten, und mit den Reichstagsberichten wird es nicht anders sein. Da ist es ganz gut möglich, daß ihm meine zweimalige Anregung entgangen und er ganz unabhängig von mir auf denselben „außerordentlich glücklichen Gedanken“ gekommen ist. Dann müßten wir uns also in den Ruhm der Vaterstadt teilen. Ich für meine Person würde diese geistige Gemeinschaft mit ungetrübter Freude hinnehmen. Öffentlich auch — „Ludwig XIV.“
Eduard David.

Zur Reichstagswahlwahl in Jüterbog-Luckenwalde-Jauch-Belzig.

Die „Freisinnige Zeitung“ demontiert die Nachricht, daß die Fortschrittler im Wahlkreis Jüterbog-Luckenwalde-Jauch-Belzig keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern gleich im ersten Wahlgang für den nationalliberalen Kandidaten Professor Dr. Goerde stimmen wollen. Das Blatt schreibt:
Wir erklären demgegenüber, daß diese Nachricht, die offenbar von fortschrittlichen Seite stammt, durchaus unwarhaft ist. Die fortschrittliche Volkspartei denkt gar nicht daran, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Die endgültige Auffassung wird vielmehr in den nächsten Tagen erfolgen. Ferner rechnet die fortschrittliche Volkspartei mit Sicherheit darauf, daß die nationalliberale Partei, getreu dem bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen getroffenen Uebereinkommen, das den Wahlkreis Jüterbog-Luckenwalde-Jauch-Belzig der fortschrittlichen Volkspartei überläßt, bei der Wahlwahl den fortschrittlichen Kandidaten nachdrücklich unterstützen wird, ebenso wie bisher bei allen Wahlwahlen die beiden liberalen Parteien einander auf der Grundlage jenes Abkommens unterstützt haben.

Hürkischer Opfermut.

Dem württembergischen Landtage ist bekanntlich eine Gesetzesvorlage zugegangen, die die Erhöhung der Zivilliste des Königs betrifft. Am kommenden Dienstag, den 15. April, wird die Zweite Kammer den Gesetzentwurf behandeln.
Die Zivilliste des Königs von Württemberg setzt sich zusammen aus dem Geldbetrag in Höhe von 1.800.000 M. und aus Naturalien (225.000 Kilogramm Dinkel, 62.500 Kilogramm Roggen, 38.400 Kilogramm Gerste, 560.000 Kilogramm Hafer, 4740 Kammerer Buchenholz und 2700 Kammerer Tannenholz). Der Entwurf schlägt die Erhöhung des in Geld bestehenden Teils der Zivilliste um 350.000 Mark jährlich vor. Der Gesamtbetrag würde demnach vom 1. April d. J. ab 2.150.000 M. sein. Der Geldwert der Naturalien beläuft sich nach dem Staatsanruf 1913/14 auf 257.500 M.
Württemberg zählte 1910 2.437.000 Einwohner. Jeder Einwohner des Ländchens wird also vom 1. April d. J. ab eine runde Mark für den Gehalt des Königs beisteuern müssen. Für die fünfköpfige Familie ergibt das eine Steuer von 5 M. im Jahre. Die Gesamtzahl der zur Einkommensteuer veranlagten Personen in Württemberg war 1910: 685.810. Es versteuerten 133.007 Personen ein Einkommen von 500 bis 949 M. (In Württemberg muß schon ein Einkommen von 500 M. pro Jahr versteuert werden). 85.081 Personen versteuerten ein Jahreseinkommen von 650 bis 799 M., 78.676 Personen ein Einkommen von 800 bis 949 M. Das sind 311.763 Personen (45,46 Proz. aller Steuerbaren), deren Einkommen noch keine 999 M. im Jahre erreicht.
Der König von Württemberg ist nicht nur in Württemberg begütert, er besitzt auch in Schleien die Herrschaft Karlsruhe, die auf 4 Millionen Mark geschätzt wird. Sein Gesamtvermögen dürfte 10 Millionen beträchtlich überschreiten. Die einmalige Opfergabe aus Anlaß der Wehrvorlage dürfte sich demnach auf 50-60.000 M. belaufen. Die von den Ständen verlangte Erhöhung der Zivilliste befreit sich auf 350.000 M.
Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen die Erhöhung bewilligen werden.

Aus einer anderen Welt.

Der Rennplatz, wo die Jockeys hauen und der Lotaffator blüht, gilt im allgemeinen nicht als eine Stätte der Kultur. Pferde, Weiber und Jau stehen allem Herkommen nach in zu engen Beziehungen, als daß man von den Interessenten und Liebhabern des Turfs sonderliche Reigungen für edlere und höhere Dinge voraussetzen sollte. Ueberreuen sind von jeher ein fruchtbarer Sport gewesen, mit stark militärischem Einschlag. Der Deutnant mit seinen Reigungen und Ansehungen gab und gibt hier den Ton an und für antimilitarische und pazifistische Bestrebungen wäre jedenfalls ein

Pferderennplatz der allerungeeignestste Ort. Es scheint allerdings auch in dieser Beziehung Ausnahmen zu geben. Der „Meister des deutschen Hindernissports“, Rittmeister a. D. Kurt v. Zepper-Laski, ist eine solche Ausnahme. Daß der Mann auch noch Sinn für andere Dinge als für Pferde und Jockeys hat, beweist der Umstand, daß er zu den Gründern des Deutschen Reiterbundes, also einer in staatsverhaltenden Kreisen recht verdächtigen Gesellschaft gehört. Dann aber ist er ein abgefangener Feind des Betrugs und der Völlerei und ein ebenso ausgesprochenes Freund eines friedlichen Wettbewerbs der Völker, als dessen Vorbedingung er ein deutsch-französisches Bündnis als Vorläufer des Bundes der Vereinigten Staaten von Mitteleuropa ansieht. Er entwickelt diese Gedanken in einem Gespräch, das er mit einem Mitarbeiter des „Monatlichen Jahrbuch“, Wochenschrift des deutschen Reiterbundes, geführt hat.

Zepper-Laski erkennt an, daß es in Frankreich einen Chauvinismus gibt, aber der französische Bürger wolle im allgemeinen den Krieg ebensowenig wie der Deutsche, vor allem wolle ihn nicht die breite Schicht der kleinen Rentner, ebensowenig wolle ihn der Arbeiter, der Gewerbetreibende und der Intellektuelle. Der Franzose sei lebhaft und wolle nicht — daß er für feige und schwach gehalten werde. Das sei, soweit er nicht künstlich geschänt werde, die Grundquelle des Chauvinismus. Was die „kriegerische Stimmung“ der Völker betreffe, so sei sie zum allergrößten Teil eine Sache der Zeitungsschreiber, die aus unglücklicherweise laudenden Goldleitungen gespeist würden. An die Milliardenvorlage sei anzusehen, daß sie nicht auf doppelt, auf zwei Milliarden gehe, denn dann wäre sofort und spontan und gründlich das eingetreten, was eines Tages in Deutschland, England und Frankreich doch eintreten müsse, daß nämlich das Rüstungsfieber durch das Entrüstungsfieber ausgeglichen und zuletzt überholt werde.

Nur einigen Kriegsmateriallieferanten, einigen Zeitungsschreibern und einigen Chauvinisten hat kein Mensch ein Interesse an Kriege. . . . Daß aber wegen der paar Interessenten und der paar Unzurechnungsfähigen sich bis ans Ende aller Tage Millionen arbeitbarer friedfertiger Bürger und Bauern weiter werden einreden lassen, sie seien „Erbeinde“, das heißt nicht an den Geist der Entwicklung glauben. Früher, da ein Stamm den anderen totschlag, weil er dessen Weidplätze rauben wollte, mag der Krieg einen Sinn gehabt haben. Heute schlägt man im Kriege die Abnehmer der eigenen Landesprodukte tot. Ein Europakrieg hätte für Europa den „Erfolg“, den der 30jährige Krieg für Deutschland gehabt hat. Ein Europakrieg wäre der Ausbruch eines Massenwahnsinns, der im Rüstungsfieber latent schlummert. . . . Kame es zu einem Kriege, der mit der ganzen Gründlichkeit und Vorzüglichkeit anderer Leistungen unserer Zeit geführt wird, so wäre es ganz gleichgültig, ob für einen der Staaten Deutschland, England, Rußland oder Frankreich die Bezeichnung eines „Siegere“ abtrifft — in jedem Falle würden für sehr lange Zeit Nordamerika und Japan sich den Raub am Weltmarkt teilen können.

Zepper-Laski begrüßt es, daß für die Kosten der Militärvorlage auch jetzt einmal die Vermögenden herangezogen werden. Wenn sie jetzt in läßlicher Weise aus dem eigenenbeutel die Steuern für die Rüstungen aufbringen müßten, so sähe das vielleicht dazu, ihre bisherige Rüstungsfreudigkeit ins Wanken zu bringen. Die Vermögenden müßten gewahrt werden, daß diese Art von Frieden zuletzt zu einem Schrecken und zu einer dauernden Katastrophe werde, wie sie der Krieg nur einmal bringe. Wenn erst der Schrecken des Krieges beginne, vor dem Schrecken eines solchen Friedens zu erblößen, dann erlebe man vielleicht noch einmal neben unseren technischen Wundern das Wunder der Selbstbestimmung Mitteleuropas.

Verhaftung eines durchgegangenen Zentrums Pfarrers.

Aus Paris kommt die Meldung, daß der frühere Pfarrer und Zentrumsagitator Münsterer von Bondorf in Frankreich aufgegriffen und verhaftet wurde. Nach Mitteilungen der bayerischen Zentrumspresse bestätigt sich diese Meldung. Die Auslieferungsverhandlungen sollen demnächst eingeleitet werden. Damit eröffnet sich die Aussicht, daß es wieder einmal zu einem für verschiedene Leute recht unangenehmen Slandalprozeß kommen wird.
Münsterer ist Mitte Februar 1910 durchgebrannt, als bei einer Revision entdeckt wurde, daß er aus der von ihm verwalteten Reifeisenkasse beträchtliche Summen gestohlen hatte. Auf der Flucht, zu der man ihm genügend Zeit gelassen hatte, nahm er seine Geliebte, eine 31jährige Köchin aus Regensburg, mit. Gestohlen hatte er über 118.000 M. aus der Reifeisenkasse, 2000-3000 M. aus der Kirchenkasse und 60.000-80.000 M. Privatgelder, die ihm von vertrauensseligen Bauern anvertraut waren. Der Fall hat infolgedessen politische Bedeutung, als Münsterer früher Parteigänger des Dr. Heim und heftiger Zentrumsopfer war. Mit diesem war er damals auch Mitbesitzer des „Bayr. Vaterland“, das seit dem Tode des Dr. Sigl sich allmählich zu einem Zentrumsblatt durchgemauert hat. Dieses Blatt versorgte er mit Heftartikeln gegen die Sozialdemokratie.
Seinen großen Einfluß bei der Landbevölkerung hatte sich Münsterer dadurch verschafft, daß er den durcheinander Geisteslosen mimte. Er lag viel im Wirtshaus und gab das — getöhlene — Geld mit vollen Händen aus. Sein Pfarrhof war eingerichtet wie ein Herrenhof.

Die Lohnzahlung muß in Bargeld erfolgen.

Das Organ der bayerischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung“, teilt mit, daß auf die Frage einer bayerischen Handelskammer der Reichskanzler im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichsbankdirektoriums entschieden hat: Die Löhne der Arbeiter dürfen nicht in Reichsscheinen bestehen, sondern müssen in Reichswährung und Bar ausgezahlt werden.

Oesterreich. Grausame Militärjustiz.

Im Herbst des vergangenen Jahres ließen sich tschechische Reiterdragonen in Bardubitz, die an die russisch-polnische Grenze geschickt werden sollten, zu vönlawischen Kundgebungen hinreißten, wobei es auch zu einigen Akten von Mordverbrechen kam. Das militärgerichtliche Verfahren ist nun abgeschlossen und es wurden nach Verdicten der Prager tschechisch-radikalen Presse 52 Reservisten des 14. Dragonerregiments verurteilt: einer zum Tode (bereits vollstreckt), zwei zu 20, sechs zu 15 Jahren Kerker, die übrigen zu kürzerer Festungshaft.

Spanien. Inblutiges Attentat auf den König — Blutiges Attentat auf das Volk.

Der Schuß des Attentäters Alegre hat nur das Pferd des Königs Alfonso leicht verwundet, der König selbst blieb heil. Dafür haben aber die Generale seiner Umgebung eine Attade auf das unschuldige Volk geritten und dabei eine

Brutalität an den Tag gelegt, die moralisch ebenso zu bewerten ist wie das Attentat selbst. Es wird darüber aus Madrid gemeldet:

Der erste Schuß gegen den König schwärzte den Handschuh an seiner linken Hand. Gleich nach dem Knall richteten alle Generale und Generalkabesoffiziere, die den König wie gewöhnlich in einer bestimmten Entfernung begleiteten, ihre Pferde genau die Menge, ritten auf beiden Seiten der Straße auf den Bürgersteig hinauf und säumten so das Terrain, worin sie bald von den Soldaten der königlichen Eskorte unterföhrt wurden. Das durch die Schüsse verursachte Gedränge der Menschen vermehrte sich noch, als sich das Publikum den Pferden gegenüber sah. Mehrere Personen wurden niedergerissen und mit Füßen getreten. Im ganzen wurden elf Personen, meistens Frauen, ernstlich verletzt.

Ueber den Attentäter und die Beweggründe seiner Tat werden die widersprechendsten Gerüchte in die Welt gesetzt. In Wirklichkeit wird es sich um die Tat eines Geisteskranken oder eines anarchistischen Witzkopfes handeln.

Holland. Ein Wahlrechtsvorschlag.

Amsterdam, 12. April. (Fig. Ber.) Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat eine Vorlage als Ratgeleh eingereicht, die bezweckt, das Wahlgesetz dertari abzuändern, daß die Wahlzeit, die jetzt von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr dauert, bis abends 8 Uhr verlängert wird. Da die Wahlen in Holland wie in den meisten Ländern mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, an Wochentagen abgehalten werden, ist jetzt für viele Arbeiter das Wählen mit einer beträchtlichen Aufopferung an Zeit, d. h. an Lohn verbunden. Zwar bestimmt das Gesetz, daß jeder Unternehmer seinen wahlberechtigten Arbeitern zwei Stunden während der Wahlzeit freizugeben hat; es versteht sich aber von selbst, daß mancher Arbeiter sich zu abhängig fühlt, um diese zwei Stunden zu fordern. Das Ratgeleh bezweckt nun, diesem Uebelstande abzuhelfen, indem es die Wahlzeit über die Arbeitszeit hinaus verlängert. In ihrer Begründung hat die Fraktion ausdrückliche hervorgehoben, daß sie die Erledigung der Vorlage noch vor den im Juni stattfindenden Generalwahlen erwartet. Die Einreichung der Vorlage beruht auf einer Anregung des letzten Parteitages.

Aus der Partei. Erklärung.

In der Generalversammlung von Groß-Berlin vom 13. d. Mts. hat der Genosse Julian Borchardt über die Vorgänge, unter denen er aus seiner Tätigkeit an dem Königsberger Parteiorgan ausschied, in Abwesenheit der Unterzeichneten völlig falsche Angaben gemacht.
Die Unterzeichneten haben deshalb bei dem Vorstand von Groß-Berlin gegen Borchardt eine Untersuchungskommission nach § 29 Absatz III beantragt.
Berlin, den 14. April 1913.
Otto Braun, Gottschalk, Saage, Rinde.

Eine Konferenz der Bildungs- und Jugendauschüsse der Provinz Brandenburg.

tagte am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus. Sie war von 88 Genossen, die 40 Ausschüsse vertraten, besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erloschte Genosse Baron Brandenburg Bericht über die Reichskonferenz der Bezirksbildungs- und Jugendauschüsse vom 8. und 9. März 1913, deren mannigfaltige Anregungen er allerorts nachbar zu machen ersuchte. — Die Richtfinanzierung des Bezirksauschusses wurde gubegeben. — Ueber den entgeltlichen oder unentgeltlichen Besuch der wissenschaftlichen Wanderkurse entspann sich eine längere Debatte, bei der man dem System der Entgeltlichkeit den Vorzug gab. — Ueber das kommende Arbeitsjahr für das Bildungswochen referierte Genosse Pried. — Für die vom Bezirksauschuss und der Zentrale vermittelten Vorträge und Kurse kann zugunsten der kleineren Ortschaften Honorarermäßigung oder Honorarverzicht bewirkt werden. Für Theateraufführungen bewährten sich in erster Reihe das marktliche Wandertheater und die Bühnengenosenschaft. Eine Lichtbildzentrale werde vom Zentralbildungsausschuss eingerichtet. Die Jugendschriftenausstellungen sollen in neuer und technisch verbesserter Form als Mittel gegen alle Arten der Schundliteratur gefördert werden und zwar im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Jugendauschuss von Groß-Berlin. — Den Ausführungen folgte eine anregende Diskussion. — Ueber die Arbeiterjugendbewegung gab dann noch Genosse Peters wertvolle Ratshläge, die von mehreren Rednern ergäns wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Polizeikampf gegen die Waiserei.

Die Waisereiverammlung, die die Parteigenossen des Reichstagswahlkreises Essen (Ruhr) am Vormittag des 1. Mai auf einem städtischen Plage im Stadtwald abzuhalten gedachten, ist vom Polizeipräsidenten nicht genehmigt worden. Auf ein diesbezügliches Gesuch wurde nachstehende Antwort erteilt:
Auf die Eingabe vom 25. März. Die nachgesuchte Genehmigung zur Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf der Schillerwiese am 1. Mai d. J. kann nicht erteilt werden.
Die Schillerwiese liegt zwischen Zugangswegen zum Stadtwald. Es sieht zu befürchten, daß durch das Ru- und Abströmen der zu erwartenden Menschenmassen der öffentliche Verkehr erheblich gefährdet werden würde.
In Vertretung: Trapp.

Der in Frage kommende sehr große städtische Sportplatz liegt völlig außerhalb der Stadt Essen, zwischen den eingemeindeten Orten Essen-Rüttenscheid und Essen-Rellinghausen mitten im Stadtwald, ist ringum mit breiten Fußpfadwegen versehen, hat eine ganze Zahl direkter Abgangswegen zum Stadtwald und ins freie Feld. Die Begründung entspricht also in seiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen. In Vrenzen ist die Radefischpolitik nicht neu und von der Polizei in Essen ist ohnedies bekannt, wie sie der modernen Arbeiterbewegung gegenübersteht.

Freiheitsprozess.

Die „Volkszeitung für Birna“ hatte einen Bericht über eine Versammlung des Gewerkschaftsvereins in Sebny persönlich veröffentlicht, worin auch der bei einem vorliegenden Schlichtemittel herrschenden Mithände gedocht war. Daburch fühlte sich der Schlichtemittel gekränkt und verklagte den Redakteur des Birnar Parteiorgan, Genossen Ties. Das Gericht forderte, daß er den Wahrheitsbeweis anträte. Der Angeklagte stellte sich aber auf den Standpunkt, daß es sich nur darum handeln könne, daß der Bericht objektiv wiedergebe, was in der Versammlung vorhabend worden sei. Daxan wurde schließlich nicht gegewirft, weil aber die an den Zuständen in der Schlichtemittel geübte Kritik nicht allenthalben greifen soll, worf das Schöffengericht Birna 300 M. Geldstrafe oder einen Monat Gefängnis aus.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie!

Die Direktion der A. E. G., Brunnenstraße, Voltastraße, bemüht sich seit längerer Zeit, in ihrem Betriebe einen lebensfähigen gelben Unterstützungsverein zu errichten. Wie immer, so ist auch hier der Anlaß das Streben der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Anstatt der berechtigten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, sucht die Firma sich der unbequemen Mahner zu entledigen, indem sie die bis dahin vorhandene Organisation der Arbeiter zerschlagen will.

Die Firma hat erkannt, daß die Arbeiter nur dadurch in der Lage sind, ihr Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verwirklichen, daß sie ihre Kräfte in eine Organisation zusammenfassen, um diese gegenüber der Macht des Unternehmers wirken zu lassen.

Schon mehrfach hat die Direktion zu erkennen gegeben, daß ihr diese Macht der Arbeiter unbequem ist, und sind darauf ja auch die verschiedenen von der Firma im Laufe der Jahre angeordneten Aussperrungen zurückzuführen.

Wohl haben durch die Aussperrung und die sonstigen Maßnahmen der Direktion die Arbeiter schwer zu leiden gehabt, jedoch der Wunsch der Direktion, die Organisation im Betrieb zu zerstören, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Zimmer wieder machte sich das Verlangen der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar.

Als nun vor einiger Zeit die Absichten der Direktion besonders kraftig zutage traten, kam es in der Fabrik des Betriebes zum Streik. Die Firma bemühte sich, den Streik zu ignorieren und versuchte Arbeitswillige zu bekommen, und zwar zum Teil aus anderen Abteilungen des Betriebes und zum anderen Teil durch Einstellung von Leuten außerhalb des Betriebes.

Jedoch gingen die Hoffnungen der Firma nicht in Erfüllung, die Arbeitskräfte, die sie zur Herstellung der Arbeiten in der Fabrik brauchte, bekam sie nicht. Deshalb sah sich die Firma gezwungen, den Weg der Verhandlungen zu beschreiten, um sich so mit den Streikenden zu verständigen.

Sicher war es der Direktion nicht angenehm, sich mit den streikenden Arbeitern verständigen zu müssen, und um dieser Notwendigkeit für die Zukunft aus dem Wege zu gehen, hat die Firma nun eine Maßnahme angeordnet, die deutlich zeigt, was der Zweck der Lebung ist. Es werden seit einiger Zeit Arbeiter und Arbeiterinnen nur eingestellt, wenn sie sich verpflichten, Mitglied des gelben Unterstützungsvereins zu werden und weiter eine Erklärung abgeben dahingehend, daß sie in keiner anderen Organisation Mitglied sind.

Angesichts dieser Maßnahmen der Direktion fand vor einiger Zeit eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der A. E. G., Brunnenstraße, Voltastraße, statt, die einmal gegen diesen unberechtigten Eingriff der Direktion in die Rechte der Arbeiter protestierte und des weiteren den Arbeiterausschuß aufforderte, bei der Direktion vorstellig zu werden, um eine Aufhebung dieser Anordnung herbeizuführen.

Der Arbeiterausschuß ist vorstellig geworden und hat nun über das Ergebnis der Verhandlung berichtet. Danach hat der Herr Direktor erklärt, er wolle eine Mischung verschiedener organisierter in Betriebe vornehmen. Es sollen neben freiorganisierten Arbeitern auch Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins und der gelben Werkvereine beschäftigt werden. Es soll keine Mischung ausschließlich vorhanden sein, sondern so ungefähr zu gleichen Teilen. Es werde bei der Einstellung so verfahren, daß man an manchen Tagen zuläßt, daß freiorganisierte Arbeiter eingestellt werden, an anderen Tagen werden nur Hirsch-Dundersche eingestellt und wieder an anderen Tagen werden nur solche eingestellt, die sich verpflichten, Mitglied des gelben Unterstützungsvereins der A. E. G. zu werden.

An welchen Tagen die verschiedenen Gruppen eingestellt werden, ist nicht dabei gesagt, so daß niemand in der Lage ist, sich danach richten zu können.

Die Vertreter der unterzeichneten Organisationen haben in einer Konferenz angesichts dieser Situation sich dahin verständigt, alle in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen davor zu warnen, in der A. E. G., Brunnenstraße, Voltastraße, um Arbeit nachzufragen, da dieses für sie mit Gefahr verknüpft ist.

Die unterzeichneten Organisationen sind der Auffassung, daß es keinem Arbeitgeber, und damit auch nicht der Direktion der A. E. G., Brunnenstraße, Voltastraße, etwas angeht, ob und wo die Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

Da die Direktion der A. E. G. durch Herrn Direktor Eises dem Arbeiterausschuß erklärt hat, daß diese Anfrage an die Arbeitssuchenden gestellt wird, macht sie sich ein Recht an, daß ihr nicht zusteht. Mit Rücksicht darauf nun, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen sehr leicht Schwierigkeiten daraus entstehen können, wenn sie sich weigern, Auskunft zu geben oder dem Unterstützungsverein der A. E. G. beizutreten, liegt es im Interesse eines jeden Arbeiters sowie der gesamten Arbeiterschaft, die oben erwähnte Warnung zu beachten, den Betrieb der A. E. G., Brunnenstraße, Voltastraße, zu meiden, um von vornherein jedweden Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (H. D.).

Verband der Kupferschmiede.

Zentralverband der Maschinen-, Heizer und Berufs-genossen Deutschlands.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Verband der Maler und Lackierer.

Berlin und Umgegend.

Tarifvertrag für die Mühlenarbeiter.

Mit dem Bericht der Lohnkommission beschäftigte sich am vergangenen Sonntag eine stark besuchte Versammlung der Mühlenarbeiter. Der den Arbeitgebern vorliegende Tarifvertrag, welcher der Versammlung zur Beschlusnahme vorlag und der auch mit einigen Änderungen angenommen wurde, fordert Arbeitszeitverlängerung und Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag. Weiter eine allgemeine Erhöhung sämtlicher Löhne um zirka 2 bis 3 R. pro Woche. Verlangt wird auch Festsetzung der sanitären Bestimmungen, des Urlaubs und der Entschädigung nach § 616 des

Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Tarifvertrag soll eine Dauer von 2 Jahren haben.

Klage geführt wurde besonders über die Weizenmühlmühle Karl Salomon u. Co. Diese Firma hält das mit dem Verband getroffene Abkommen nicht. Ebenfalls gerügt wurde das Verhalten der Viktoriamühle, die ungefehlte Sonntagsarbeit verrichten lasse.

Da die kommenden Monate für die Mühlenarbeiter Zeiten des Kampfes sein werden, richtete der Vorsitzende Daple die dringende Mahnung an die Versammelten, mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Der Reklamerstreik im „Hafenpeter“, Ränzstr. 20, dauert fort. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Zum Streik in der Binnenschifffahrt.

Die Maschinen- und Heizer der Binnenschifffahrt nahmen in einer Konferenz der Vertrauensleute, welcher auch die Streikleitung beizuhören, Stellung zu dem jetzigen Stand des Streiks. Guleitler Dyrlich referierte über den bisherigen Verlauf des Kampfes. In der anschließenden Diskussion wurde die ganze Streiklage eingehend geschildert und darauf nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 14. April in Berlin tagende Konferenz der Vertrauensleute und Streikkommission kommt nach Entgegennahme der Berichte aus den einzelnen Streikgebieten zu der Auffassung, daß keinerlei Veranlassung zu Beschränkungen irgend welcher Art vorliegt.“

Die Konferenz beauftragt jedoch die Verhandlungskommission mit dem Arbeitgeberverband zwecks Versprechung der fristigen Punkte in Verbindung zu treten, um allen Gerüchten die Spitze abzubringen, welche behaupten, der Zentralverband der Maschinen- und Heizer will den Frieden nicht.

Der Verbandsleitung und Verhandlungskommission wird die Vollmacht erteilt, alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen in Wahrung der Interessen der Kollegen zu ergreifen, jedoch nur dann eine tarifliche Vereinbarung zu treffen, wenn der Inhalt derselben den Wünschen und Bedürfnissen der Kollegen Rechnung trägt.

Malermeisters Not und Hilfe.

Die einzige Stadt, in der die Malermeister einen vollen Erfolg mit ihrer Aussperrung erreicht haben, ist Oldenburg i. Gr. Von 35 Meistern werden Gehilfen beschäftigt. Alle 35 haben ausgesperrt. Die Einigkeit geht aber auch dort in die Brüche, denn 3 Firmen haben bewilligt.

Nachdem die Versuche des Unternehmerverbandes, die Bewilligungen rückgängig zu machen, sich als fruchtlos erwiesen hatten, erhielten die Materiallieferanten dieser Firmen folgendes Schreiben:

„An die Herren Fabrikanten und Kaufleute der Farbenbranche. Der Malermeister Lutzen verhält sich in unserem schweren Tarifskampfe unsolidarisch. Nicht allein, daß er seine organisierten Gehilfen wieder eingestellt hat, sondern er hat auch noch neue Leute dazu genommen. Sein Verhalten ist geradezu skandalös und hat den Ansehen der gesamten Meisterschaft hervorgerufen. Alle gütlichen Vorstellungen führten zu keinem Erfolge.“

Wir richten nunmehr an Sie die höfliche Bitte um Unterstützung. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie

1. dem Herrn keine Materialien liefern, solange der Kampf dauert;
2. sofern Sie noch irgendwelche Forderungen an Genannten haben, diese zunächst sofort mit Mündiger Frist einfordern und jede weitere Kreditgewährung unterlassen, bis der Kampf beendet ist.

Könnten wir uns Ihrer Zusage nach beiden Richtungen erfreuen, so wird Ihnen der Dank unserer Kollegen sicher sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorstand der Zwangsinnung der Maler und Lackierer.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbands.

Terroristen wollen die Herren aber immer noch nicht genannt sein. Auch der Vorsitzende des Unternehmerverbandes steht sehr in der Arbeit. Damit er nicht in die Versuchung kommt, auch unzuverlässig zu werden, werden ihm diverse Malerschlinge zur Sonntagsarbeit geliehen. So hat er am Sonntag, den 6. April, seine beiden Lehrlinge neben vier anderen — darunter die Lehrlinge des Obermeisters — von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in einem von ihm erworbenen Hause mit Malerarbeiten beschäftigt. — Die kleinen Malermeister sind doch tüchtige Strategen.

Innungsterrorismus.

In Nürnberg bereiteten die Metzgergesellen der Wurstfabrik E. Schafft eine Lohnbewegung vor und überreichten der Firma einen Tarifvertrag. Die Firma war bereit, mit der Organisation wegen Abschluß eines Tarifes in Verhandlungen einzutreten, befragte sich aber vorher darüber beim Innungsvorstand. Der Innungsvorstand aber verbot Herrn Schafft jede Verhandlung mit der Organisation der Gehilfen und drohte ihm mit dem Ausschluss aus der Innung und der damit verbundenen Entziehung der Vergünstigungen, die die Bäcker-Gewerkschaft, Talgschmelze, Viehvericherung und Krankenlaste bieten, falls er einen Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Fleischer abschließt. Herr Schafft war nun über das Innungsterrorismus andröckst, der seine Existenz schwer schädigte, und auf der anderen Seite die Forderungen seiner Gehilfen, die zum äußersten drängten. Er suchte einen Ausweg. Er verständigte sich mit seinen Gehilfen dahin, daß er eine neue Arbeitsordnung einführen wolle, in der die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit Berücksichtigung finden sollen. Die Organisationsleitung gab sich damit zunächst zufrieden, obwohl damit längst nicht alle Forderungen erfüllt wurden, weil sie den guten Willen des Unternehmers anerkannt und berücksichtigte, in welcher üblen Lage sich die Firma durch den angeordneten Terrorismus befand.

Damit war die Bewegung erledigt, und Herr Schafft lebte mit seinen Gehilfen wieder in Frieden.

Auf einmal kommt die Fleischerinnung in Nürnberg daher und teilt Herrn Schafft mit, daß sein Ausschluss in der Innung erfolge, wenn er die neue Arbeitsordnung nicht sofort rückgängig mache. Ferner sei wegen seines Verhaltens Beschwerde bei der Handwerkskammer eingelegt.

Das ist doch Innungsterrorismus in Reinkultur. Nicht einmal die Einführung einer neuen Arbeitsordnung wird dem Innungsvorstande gestattet. Also Beschränkung und Verbot jeder persönlichen Freiheit des einzelnen, das ist die Parole der „ehrlichen Metzgerinnung“, damit glaubt sie, die alten patriarchalischen Zustände im Gewerbe erhalten zu können. Und diese Terroristen schämen sich nicht, über Terrorismus der Arbeiter zu schimpfen.

Wir sind gespannt, was die Aufsichtsinstanzen der Innungen dazu sagen werden. Vor einigen Jahren wurde in Karlsruhe der Vorsitzende des Metzgermeisterverbandes, Herr Marx-Franfurt a. M., wegen eines ähnlichen Terrorismusfalles zu einem Tage Gefängnis verurteilt, ebenso sein Sekretär.

Welche Landarbeiterorganisationen.

Nach dem Vorbilde der gelben Industriearbeiterorganisationen sollen jetzt auch die Landarbeiter in gelbe landwirtschaftliche Arbeiterorganisationen hineingepreßt werden. Der Vorstand der Schlesischen Landwirtschaftskammer richtet an sämtliche landwirtschaftlichen Kreis-

missionen, Genossenschaften und bayerländische Vereine folgenden Rundschreiben:

„Von den verschiedensten Seiten werden in letzter Zeit Versuche gemacht, die Landarbeiter und landwirtschaftlichen Genossenschaften in einseitigen, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen zu sammeln. Solche Versuche sind zum Teil von ansehnlichen Erfolgen begleitet gewesen.“

Nach eingehenden Erwägungen sind die Vertretungen der Landwirtschaft Schlesien's zu der Ueberzeugung gekommen, daß einseitige, klassenmäßige Organisationen der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber nicht im Interesse des landwirtschaftlichen Berufes oder der ländlichen Bevölkerung liegen. Nichtsdestoweniger sollen auch den Landarbeitern die Vorteile des Zusammenschlusses zugute kommen, nur sollte der Zusammenschluß erfolgen auf allgemein beruflicher oder doch neutraler (!) Grundlage. Die wirtschaftlichen Segnungen und die für die Leistungen im Berufe so wertvollen Fortbildungsmittel unserer landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften sollten auch unseren ländlichen Arbeitern und kleinen Besitzern nach Möglichkeit dienlich gemacht werden, damit die Arbeiter und Kleinbesitzer um so fester mit ihrem Berufe verbunden werden, ihre wirtschaftliche Lage gestärkt und den Bestrebungen auf klassenmäßigen Zusammenschluß die Aussicht auf Erfolg möglichst entgegen werde.

Freilich wird man, um die Heranziehung der Arbeiter in unsere ländlichen Vereine ersprießlich zu gestalten, nicht ohne vorherige Prüfung und ohne gewisse Vorbereitungen vorgehen können. Die Landwirtschaftskammer richtet daher an alle landwirtschaftlichen Vereine die Bitte, befähigte und geeignete Arbeiter als mittätige Mitglieder in die Vereine aufzunehmen. Vielleicht empfiehlt es sich, hier und dort eine besondere Fachabteilung für Schweine-, Ziegen-, Kleintierzucht, Jägerei, Obstbau, für berufliche Fortbildung, für Pflege der Geselligkeit usw. der Arbeiter und Kleinbesitzer zu bilden.

Bedürfnis werden die Spar- und Darlehnskassen, die sonstigen Genossenschaften aller Art gebeten, auch Arbeitern die Vorteile ihrer Einrichtungen zugute kommen zu lassen oder die Einrichtungen noch mehr als bisher den Bedürfnissen des ländlichen Arbeiterstandes anzupassen, z. B. den Ausbau des gemeinsamen Bezuges von Hausbedürfnissen oder die Vermittlung von Versicherungen (Vollversicherung), die Kreditgewährung zum Landankauf und zur Selbständigmachung usw. in Angriff zu nehmen. Auch die beruflich neutralen Vereine, die Kriegervereine mit ihren Unterstützungskassen, die Webe- und Flottenvereine, die ländlichen Wohlfahrtsvereine, die bayerländischen oder konfessionellen Vereinigungen, die Hausfrauen- und hauswirtschaftlichen Vereine sind für die Aufnahme von Arbeitern besonders geeignet.

Die Landwirtschaftskammer bittet die Herren Vorsitzenden der Kreislandwirtschaftskammern, der Vereine und Genossenschaften, sowie alle Einzelmitglieder und alle, denen die Sache der Landwirtschaft am Herzen liegt, die Arbeiter durch persönliche Fühlungnahme zum Eintritt in bestehende Vereine und zu reger Mitarbeit in ihnen zu veranlassen. Nur durch persönliche Werberarbeit kann der ländliche Arbeiter in unsere beruflichen und bayerländischen Organisationen eingefügt, kann der Landflucht und der Vorbereitung des Klassenkampfes entgegengetreten werden. Die Kreislandwirtschaftskammern und Kreisvereine werden gebeten, zu erwägen, ob sich die vorstehenden Anregungen nicht zum Beratungsgegenstande einer Sitzung eignen würden, zu der alle im Kreise in Betracht kommenden Behörden, Vereine und Einzelpersonen eingeladen werden könnten. Zur Durchführung der Vor schläge würde sich vielleicht die Bildung eines besonderen Arbeitsausschusses empfehlen. Falls über den Beratungsgegenstand ein Berichterstatter nicht aus der Sitzung selbst gewonnen werden konnte, erklärt sich die Kammer bereit, einen Referenten zu entsenden. Die Landwirtschaftskammer wird sich später erlauben, durch Fragebogen um Auskunft zu bitten, ob und inwiefern den Anregungen dieses Rundschreibens Folge geleistet werden könnte.“

Also die Landarbeiter sollen von der Liebe der Agrarier in Zukunft umworben werden, damit sie sich ihrer elenden wirtschaftlichen Lage und politischen Anechtung nicht bemerkt werden. Auf Kosten ihrer und ihrer Familie Gesundheit sollen die Landarbeiter auch fernher den Agrariern die Taschen füllen und dazu müssen gelbe Organisationen gegründet werden.

Letzte Nachrichten.

Magdeburg übertrumpft.

Braunschweig, 14. April. (W. L. B.) In einer zu heute abend von der Sozialdemokratie einberufenen Protestversammlung gegen die Militärvorlage sollte der französische Deputierte Compere-Morel sprechen, dem am Sonntag das Auftreten in einer Magdeburger sozialistischen Versammlung polizeilich untersagt worden war. Das hiesige Polizeipräsidium hat dem Abgeordneten der „Braunschweiger Landeszeitung“ zufolge nach seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof sofort einen Ausweisungsbefehl zustellen lassen. Compere-Morel mußte mit dem nächsten Zuge Braunschweig verlassen.

Einem später eintreffenden Privattelegramm entnehmen wir noch folgende Einzelheiten:

Genosse Compere-Morel kam in Begleitung eines anderen Genossen kurz nach 1/2 7 Uhr auf dem Bahnhof in Braunschweig an. Er sowohl wie sein Begleiter wurde sofort von zwei Polizeibeamten festgenommen, und dann erhielt Compere-Morel den Ausweisungsbefehl, mit der Aufforderung, das Herzogtum Braunschweig sofort zu verlassen, widrigenfalls Gewalt angewendet werden würde.

Da gerade kein Zug abfuhr, begleiteten die Polizeibeamten die beiden Genossen in das Bahnhofrestaurant und behielten sie dort unter Aufsicht. Trotz ihres Antrags wurden Compere-Morel und sein Begleiter auch daran gehindert, sich mit den Genossen in Braunschweig in Verbindung zu setzen, wenn auch nur telephonisch. Um 9 Uhr 40 Min. wurden sie dann in einen nach Hannover abgehenden Zug hineingebracht, der sie der gastlichen Stätte entführte.

Der belgische Generallstreik.

Brüssel, 14. April. (W. L. B.) Im Hafen von Antwerpen herrscht partieller Streik; Soldaten und Gendarmen bewachen die Petroleum- und Holzlager. In Huy streifen zwei Drittel der Arbeiter und in Verviers etwa die Hälfte, 6500 Mann. In der Umgegend von Verviers befinden sich 5600 Mann im Ausstand. In der Umgegend von Brüssel zählt man 6000 Ausständige und im Bassin von Charleroi rund 60 000, von denen 30 000 Bergleute sind. Hier ist für morgen eine Steigerung der Zahl der Streikenden zu erwarten. Schätzungswerte wird die Zahl der Ausständigen im Lande von Lüttich auf 30 000 angegeben. Es werden verschiedene Fälle von Sabotage gemeldet, so von Eisenbahnstrecken in der Nähe von La Louviere.

Französischer Hafenarbeiterausstand.

La Rochelle, 11. April. (W. L. B.) Die hiesigen Hafenarbeiter sind teilweise in den Ausstand getreten, um höhere Löhne zu erzielen. Sieben im Hafen liegende Schiffe können infolge des Ausstandes ihre Ladung nicht löschen.

Reichstag.

139. Sitzung. Montag, den 14. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, v. Jagow, Kühn.

Präsident Raumpf macht Mitteilung von dem Attentat auf den König von Spanien und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß der König unverfehrt geblieben ist. (Beifall. Die bürgerlichen Abgeordneten haben die Mitteilung stehend entgegengenommen.)

Der Etat für das Auswärtige Amt.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Bezüglich der Balkankrise möchte ich den Vorwurf zurückweisen, daß die Diplomatie versagt hat. Die Frage, ob und wann ein Krieg ausbricht, ist mehr oder weniger ein Raten. Außerdem glaube ich, daß man sich vor einem übertriebenen vorzeitigen Optimismus in derartigen Fällen in acht nehmen muß, da sonst dem wirtschaftlichen Leben bedenklicher Schaden zugefügt werden kann. Die Friedensangelegenheiten haben sich in der jetzt abgelaufenen Woche vermehrt. (Beifall.) Die Antwort der Räte auf die letzte Antwortnote der Balkanstaaten ist überreicht und die Hoffnung ist vorhanden, daß sie eine friedliche Aufnahme findet. Die Skutarifrage scheint aus dem akuten Stadium herausgekommen zu sein. Serbien hat angekündigt, daß es seine Truppen zurückzieht. Ein Verdienst hat aber auch die Erklärung der russischen Regierung, die beweist, daß Rußland den festen Willen hat, an den Londoner Beschlüssen festzuhalten. Wir hoffen, daß auch das widerspenstige Montenegro sich schließlich dem Willen Europas fügen wird. (Große Heiterkeit.) Unsere Bemühungen zugunsten Rumäniens in der bulgarisch-rumänischen Frage sind auf Grund unseres langjährigen Freundschaftsverhältnisses zu Rumänien geschehen, und weil Rumänien der einzige Balkanstaat war, der den Wunsch der Räte, nicht einzugreifen, erfüllt hat. Rumänien ist unter König Carol stets ein Element des Friedens und der Ordnung gewesen. (Beifall.) Den Gang der Ereignisse auf dem Balkan zu hindern lag nicht in unserer Macht, und was nicht unsere Aufgabe. Wir werden aber dafür eintreten, daß bei der endgültigen Liquidation des Krieges unsere finanziellen und handelsinteressen nach Möglichkeit gewahrt bleiben. (Beifall.) Die Balkanstaaten, die einen Beweis nationaler Kraft erbracht haben, werden auch im Frieden an die kulturelle Erschließung der eroberten Gebiete gehen; dabei können sie auf die Mitarbeit Deutschlands zählen. (Beifall.) Die Türkei, die schwere Wunden empfangen hat, findet in den reichen asiatischen Gebieten ein weites Feld für neue Kräftigung und Erstarbung. Wir hoffen, bei den bevorstehenden Verhandlungen Gelegenheit zu haben, daran mitzuwirken, daß der Türkei die Erfüllung dieser Aufgabe nicht erschwert wird.

Abg. Bernstein (Soz.):

Bei der Begründung der Wehrvorlage stützte die Regierung ihre Position darauf, daß die Ereignisse auf dem Balkan die europäischen Machtverhältnisse verschoben habe. Der Reichskanzler sagte am 7. April, kein Reich weiß, ob und wann ein Krieg ausbrechen wird, aber so weit menschliche Voraussicht reicht, wird kein europäischer Krieg entbrennen, in dem nicht auch wir verwickelt sein werden, dann werden wir um unsere Existenz zu kämpfen haben. In einer anderen Stelle sagte er, es bleibt ungewiß, sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die Slaventum und Germanentum gegenüberstellt, so ist es für die Germanen ein Nachteil, daß die Stelle, die ehemals von der Türkei eingenommen wurde, jetzt von slavischen Staaten besetzt ist. Er hat diese Bemerkung am 9. April berichtigt und hat zwischen Slaventum und Panislamismus unterschieden und betont, es existieren keine realen Interessengegenstände zwischen dem Deutschen Reich und Rußland. Wir verneinen natürlich die Absicht des Reichskanzlers nicht und sind überzeugt, daß er den Frieden wünscht. Aber er hat durch seine Worte doch ein wenig zu viel berichtigt, denn er hat damit eigentlich, was er sicher nicht wollte, die ganze Wehrvorlage auf der Hand gegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dieser ganzen Auffassung stimmt etwas nicht. Was ist denn geschehen? Es ist hier bedauert worden, daß die Balkanvölker sich gegen die Türkei erhoben haben. War denn das so sehr überraschend? Der Moment der Erhebung ist Lebensfrage, aber die Erhebung selbst ist doch nicht so sehr überraschend, sie war vielmehr die notwendige Folge einer Reihe von Ereignissen, bei denen unsere auswärtige Politik mitbeteiligt und mitverantwortlich ist. Das Blutvergießen ist zu bedauern, aber so sehr wir auch die grausamen Missetaten verurteilen, die infolge eines jahrhundertlang ausgepeinigten Hasses dort vorgekommen sind, so sehr müssen wir doch sagen, daß die Verhältnisse auf dem Balkan sich geändert haben, daß die Herrschaft der Türkei befristet worden ist, daß die Balkanvölker sich befreit haben, das begrüßen wir im Interesse der Balkanvölker und auch im Interesse des türkischen Volkes selbst, das niemals zu einer vernünftigen Entwicklung gekommen wäre, wenn die türkische Unterdrückung geblieben wäre. Kein Volk ist frei, das andere Völker unterdrückt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Notwendig waren diese Kämpfe nicht. Sie sind die Folgen der Handlungweise zweier Mächte des Dreibundes. Als die Reformbestrebungen der Jungtürken in der Türkei eine politische Umwälzung herbeiführten, kam Oesterreich mit der Annexion Bosnien dazwischen, was dazu führte, daß die ganze Entwicklung in der Türkei auf eine falsche Bahn geschoben wurde. Gerade Oesterreich mußte doch aus den Erfahrungen bei der französischen Revolution wissen, was für Folgen es hat, wenn in eine große revolutionäre Bewegung mit einmal von außen eingegriffen wird. Und dann kam Italien mit der Eroberung von Tripolis. Wie kann man sich wundern, daß diese Vorgänge schließlich die Balkanvölker veranlassen, die Türkei, die sie als schwach erkannt hatten mit Krieg zu überziehen. Unsere Genossen in den Balkanstaaten haben damals der Welt das herrliche Beispiel gegeben, daß sie gemeinsam mit den türkischen Sozialisten gegen den Krieg protestierten und die Lösung der schwebenden Fragen auf der Basis friedlicher Vereinbarung verlangten. Vergessen wollen wir auch nicht, daß das türkische Heer ein Heer von lasertierten Soldaten war, während das bulgarische zum großen Teil aus Reservisten und Landwehr und zur Hälfte aus Soldaten bestand, die wenig Wochen erst eingelebt waren. Und dies Volkheer errang die großen Siege, die den Krieg entschieden. Das ist ein weltgeschichtliches Beispiel.

Hier brach ein großes auf den Militarismus gegründetes Reich zusammen. Diese Lehre der Geschichte sollten wir heherzigen. Den europäischen Mächten kann man nur das eine Verdienst zuerkennen, daß sie den Weltkrieg vermieden haben. Aber was sind das für Zustände, wenn das noch ein Lob sein soll? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die jetzigen Vorgänge erinnern an den mit Recht verurteilten Wiener Kongreß, wo man die Völker sozusagen verpackte, ohne Rücksicht auf ihren Willen und ihren Wunsch. Gegen die Schleifung der Festungswerke von Silistria haben wir nichts, aber die Abtretung von Silistria an Rumänien ist ein ganz unberechtigtes Verlangen, ebenso wie die Abtretung Saloniks an Bulgarien. Salonik ist wie geschaffen zu einem neutralen Hafen, zu einem selbständigen Freistaat unter Kontrolle und Garantie der Großmächte. Die Ansprüche Serbiens auf Albanien können wir auch nicht unterstützen. Das würde zu ewigen Reibereien führen. Ebensovienig können wir es für berechtigt halten, wenn der Türkei die Inseln im Ägäischen

Meere, die fast ausschließlich von Griechen bewohnt werden, überlassen werden. Ich erinnere nur an die Erfahrungen mit Areta. Von der Türkei sollte man vor allem verlangen, daß sie die Verpflichtungen, die sie im Berliner Vertrage vor über 30 Jahren übernommen hat, in Armenien geordnete Zustände zu schaffen, endlich erfüllt. Daß die sehr beschwerlichen Forderungen der Armenier noch immer nicht erfüllt sind, daran tragen Rußland und Deutschland die Schuld. Als in den neunziger Jahren die unerhörten Missetaten stattgefunden hatten, als mehr als 100 000 Armenier niedergemetzelt wurden, traten die Vorkämpfer von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, Oesterreich und Italien zusammen und waren alle einig darin, die Türkei anzuhalten, ihre übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Damals war es das Deutsche Reich vor allem, das den Widerstand des Sultans Abdul Hamids unterstützte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieses armenische Volk, das erste Volk, das das Christentum in der asiatischen Türkei eingeführt und aufrecht erhalten hat, ist von Deutschland der Türkei zuliebe geopfert worden. Man sollte doch jetzt wenigstens einsehen, daß es nicht einmal ein Dienst für die Türkei ist, wenn man ihr nachgibt. Es ist auch keineswegs notwendig, in allen Dingen nachzugeben um sich Freunde zu erhalten. England hat auch Interessen in der Türkei wahrzunehmen und ist doch nicht davor zurückgeblieben, der Türkei die Forderungen zu stellen. Jetzt ist es Zeit, das damalige Versehen Deutschlands gut zu machen und wir verlangen, daß es geschieht. (Beifall! bei den Sozialdemokraten.) Von dem Berliner Vertrag ist auch der Artikel von Rumänien noch nicht eingelöst, worin Rumänien die Verpflichtung übernommen hat, den rumänischen Juden Gleichberechtigung zu gewähren und das Recht, sich zu naturalisieren. Es liegt gar kein Grund vor, dies Recht den Juden vorzuenthalten. Unter 7 Millionen Einwohnern Rumäniens gibt es nur 200 000 Juden, und das sind kleine Handwerker, Gewerbetreibende, die seit dem Mittelalter dort angelesen sind und die rumänische Sprache sprechen, die zum Teil für die rumänische Unabhängigkeit mitgekämpft haben. Durch

erbärmliche Dintelzüge

hat man ihnen ihr Recht vorenthalten, ja ihnen noch Rechte genommen. Zum Militärdienst werden die Juden herangezogen, aber im ganzen Unterrichtsweisen, in allen öffentlichen Berufen, bei allen Wahlrechten und vielen wirtschaftlichen Verufen werden sie zurückgelehrt. Hier liegt eine Ehrenpflicht der Räte vor, Garantien zu verlangen, daß Rumänien endlich die im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen erfüllt.

Ferner verlangen wir die Anerkennung der Republik China, die seit einem Jahre besteht und gezeigt hat, daß sie Bestand haben wird. Die Masse der Bevölkerung ist mit der Neuordnung einverstanden. Wir haben dort eine Umwälzung einer Monarchie zur Republik in so humanen Formen erlebt, daß das ein Vorbild für alle späteren Umwälzungen sein kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben alles Interesse daran, einem so großen Lande, mit dem wir so viele Handelsbeziehungen haben, gute Beziehungen aufrecht zu erhalten. Darum sollten wir dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen, die eine wirklich kluge Politik unter ihrem neuen Präsidenten China gegenüber getrieben haben. Man ist bereit, größere Mittel für deutsche Schulen in China zu geben. Das ist gewiß sehr richtig, aber die Schulen können nicht gut machen, was die deutsche Diplomatie verläumt, zumal das Russische und Englische den Chinesen doch näher liegt. Vereichen können wir dort nur etwas durch eine Politik des Entgegenkommens.

In anderer Beziehung sollte unser Auswärtiges Amt tätig sein. Der minderjährige Sohn eines Handwerkers hat eine Stellung nach Marseille angenommen und ist dann einfach nach Marokko eingeschifft worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Vater, ein 74jähriger Greis, hat alle möglichen Schritte unternommen, um den Sohn, der gegen seinen Willen in die Kolonialarmee eingereiht worden war, frei zu bekommen, es ist ihm nicht gelungen, schließlich ist ihm mitgeteilt worden, der Sohn sei in Marokko gefallen. (Hört! hört! bei den Soz.) Warum hat da wieder die deutsche Volkshatz in Paris noch das Auswärtige Amt eingegriffen? Ebenso hätte Deutschland sich dem Protest Englands gegen die Auslegung des Panamafanalvertrages anschließen sollen, den der frühere Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten beliebt hat.

Wir freuen uns, daß jetzt von allen Seiten anerkannt wird, ein realer Interessengegenstand zwischen England und Deutschland, der einen Zusammenstoß lohnte, existiert nicht. Aber warum dauern trotz dieser Anerkennung die Rüstungen fort? Warum wird nicht auf die wiederholten Anerbietungen Englands zu einer Verzichtung über die Rüstungen in Verhandlungen eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für unsere Rüstungen ist das Wort Luxus noch zu mild, sie sind vielmehr eine

unhölische und sinnlose Verschwendung.

(Lebhaftes Sehr richtig.) Denn es gibt zwischen den Kulturvölkern keine Gegenläge, die einen Vernichtungskrieg lohnten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keine Aufgabe zwischen Kulturvölkern, die nicht ohne Krieg gelöst werden könnte. (Erneutes Sehr richtig.) Auch mit Frankreich können wir einen ehrlichen Frieden haben, auch dort wünscht die große Masse des Volkes den Frieden. Unsere Partei in Frankreich protestiert energisch gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, aber unsere Wehrvorlage hat die Verhältnisse mit Frankreich von neuem verwickelt. Ich komme noch einmal auf das Wort des Reichskanzlers von der slavischen Welt zurück. Sie ist so wenig eine einheitliche, wie die germanische Welt, zu der ja auch die skandinavischen Länder, Holland, Belgien, die Schweiz, vor allem England gehören. Die Slaven sind so wenig von Rußland abhängig, wie die Engländer von Deutschland. Das Deutsche Reich könnte ohne Gefahr für das Christentum und ohne Rüstungen Freunde haben, wenn nur unsere Politik ihren politisch bürokratischen Geist fallen ließe und mehr Einn und Verständnis für die Empfindung anderer Völker an den Tag legte, wenn wir mehr Vertrauen für Freiheit und Recht entwickelten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Statt dessen schaffen wir uns Feinde, wo es nicht nötig ist. Weßhalb hat sich denn das Verhältnis zwischen Slaven und Germanen verwickelt? Unsere Ostmarkenpolitik steht einer Freundschaft mit den Slaven im Wege, sie bedeutet keine Stärkung, sondern eine Schwächung Deutschlands. (Sehr richtig!) Die 20 Millionen Polen an unseren Grenzen können wir nicht aus der Welt schaffen, sie hätten wir zu Freunden haben können und haben sie uns zu Gegnern gemacht. Den Polen Oesterreichs haben wir es unmöglich gemacht, für Deutschland einzutreten; bei den Polen Rußlands haben wir die früher vorhandenen Sympathien verhärtet. Kommt es einmal zum Konflikt zwischen Rußland und Deutschland, was wir keineswegs wünschen, so ist es nicht gleichgültig, wie die 20 Millionen Polen denken. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Das deutsche Volk ist groß und stark genug, um gerecht zu sein, und eine großherzige Politik zu treiben. Aber unsere Diplomatie kennt nur Länder und Staaten und rechnet nicht mit Völkern und der Psychologie der Völker. Im Norden Deutschlands haben wir ein paar Tausend heimat- und staatenlose Dänen, und das große Deutsche Reich von über 60 Millionen Einwohnern verachtet es nicht einmal, diesen paar tausend Dänen gegenüber eine großherzige Politik an den Tag zu legen, sie hat und durch ihre bürokratisch-politische Haltung die Herzen entfremdet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Esch-Löhringen hat man zwar eine Verfassung gegeben, aber auch dort war dieser Schritt nur eine Halbheit, und man hat ja die Erziehung ausgeschlossen, wenn die Erbsen nicht so wollen, wie

sie sollen, würde man die Verfassung in Scherben schlagen. Die Stimmung in Frankreich soll man nicht mit einem Wort abtun. Wer wie ich in der Jugend das Lied gesungen hat, „Schlechtig-Posselein meermuschlungen“ wird die Gefühle in Frankreich begreifen. Aber das Gefühl der unblässlichen Verbindung von Esch-Löhringen mit Frankreich wird abgeschwächt, wenn man Esch-Löhringen die Rechte der Selbstregierung gibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja die großartige Demonstration erlebt, wo alle Parteien in Esch-Löhringen sich erhoben und erklärten, um unersetzlichen darf kein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich entbrennen. So etwas wirkt auch nach Frankreich hinüber. Sei uns aber herrscht ein

bürokratisch-polizeilicher Geist!

Wir wollten gestern in Magdeburg eine Kundgebung für den Frieden veranstalten, zu der auch ein französischer Sozialist herüber gekommen war. Da kommt aber ein Polizist und verbietet ihm die Teilnahme. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das war Arbeit für das Ausland, das hier Arbeit für die Gegner Deutschlands. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Wollte der Staatssekretär so handeln, wie er im Interesse des Friedens handeln müßte, so müßte er die Abiegung dieses Beamten verlangen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unserem Fraktionsgenossen Frant hat in London, Scheidemann in Paris, niemand ein Hindernis in den Weg gelegt, als sie gegen die Rüstungen sprachen. Nur bei uns herrscht diese kleinliche polizeiliche Bürokratie. Ich habe in England an einem Fabrikator in der Mittagszeit zu deutschen Arbeitern gesprochen und sie aufgefordert, nicht Streikbrecher zu sein gegen ihre englischen Kollegen. Polizei war zugegen, aber nur, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Bei uns aber verbietet man einem französischen Sozialisten, an einer Friedensdemonstration teilzunehmen. Diesen Polizeigeist gilt es vor allem zu beseitigen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird nicht erreicht mit einer kleinen Erweiterung des Kreises, aus dem die Diplomaten genommen werden. Unser ganzes System ist überlebt, es entspricht nicht mehr unserem Zeitalter, es stammt aus der Zeit des beschränkten Internationales, aus einer Zeit, in der es keine Presse gab, keine Demokratie, wo die Völker unterdrückt waren und nicht zählten. Bei uns aber hat man Angst vor der Demokratie. Im Zusammenhang mit der Erinnerung an 1813 spricht man bei uns von den finsternen Mächten des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. Ich will nicht untersuchen, wie viele von den Mitgliedern des Hauses, die sich Christen nennen, gestern in der Kirche waren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber das Wort von der Vaterlandslosigkeit weisen wir als ganz unberechtigt herausfordernd zurück. Wir wollen kein Volk unterdrückt wissen, wie sollten wir da gleichgültig sein gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des eigenen Volkes. Wir wollen dem Volke ein Vaterland schaffen, das groß ist durch demokratische Einrichtungen, aber wir wollen kein Vaterland gegen die Menschheit.

Unsere angebliche Vaterlandslosigkeit besteht darin, daß wir uns nicht zum Haß kommandieren lassen. Wenn auf der neuen Denkmünze geprägt ist „Gott mit uns“, so sagen wir: „Die Zeit mit uns“; wir haben die wahre Entwicklung der Völker auf unserer Seite. Die realen Faktoren des Friedens sind heute schon stark entwickelt, die Industrie wird international, die wissenschaftlichen Kongresse und Vereine dehnen sich über die Landesgrenzen hinweg, der Krieg verliert damit jede Existenzberechtigung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die wahren Interessen der Völker verbinden sie zu gemeinsamer Arbeit. Das haben wir erkannt und lassen davon nicht ab. Die Klassengenossen unserer Partei im Ausland sind die aufrichtigen Freunde Deutschlands. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Bewußtsein, daß auch jenseits der Grenze das selbe geschieht, was wir hier tun, das Bewußtsein, daß dort derselbe Protest erhoben wird, den wir hier erheben, gibt uns die Zuversicht. In diesem Bewußtsein wenden wir uns unablässig gegen die Rüstungspolitik, gegen die Politik der Dreibünde, denn wir wollen den einen Bund der Völker, den einen Bund der Nationen haben. In diesem Bewußtsein erklären wir den Krieg den Chauvinisten aller Länder und den Frieden den Arbeitern aller Länder. (Lebhaftes anhaltendes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fürst Löwenstein (Z.): Auch meine Freunde beurteilen die Polen- und Dänenpolitik gerade vom Gesichtspunkt der auswärtigen Politik. — Der Resolution der Kommission, wonach zum diplomatischen Dienst alle dazu Befähigten ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse zugelassen werden sollen, stimmen wir zu. — Von den Reformen in China sollte Deutschland sich einen Anteil verschaffen, es sollte auch Einfluß auf die chinesische Presse zu erlangen suchen. Die Missionsschulen in China sollten gefördert werden. Die Republik werden wir schließlich anerkennen müssen. — Der Wahlbrand: Rumpf des Kreuzes gegen den Halbmond für den Balkankrieg ist angehängt der Beheilen von Christen gegen Christen usw. ist eine Niaspheme. (Sehr richtig!)

Wenn Serbien jetzt seine Truppen von Skutari zurückzieht, so ist das offenbar das Verdienst Rußlands, das sich leider etwas spät dazu entschlossen hat. — Ob die Türkei, die als europäische Macht zu bestehen aufgehört hat, als asiatische Macht bestehen bleiben wird, wird sich finden. Der Luxus armenischer Greuel darf sich die asiatische Türkei heute nicht mehr leisten, der Erbe Rußland wacht an die Tür. — Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn wird immer freundschaftlicher. Die Leute, die behaupten, daß wir durch österreichischen Eigenfinn an den Rand des Weltkrieges gebracht worden seien, sehen zu kurz. Wir bedauern, daß die kraftvolle Persönlichkeit des Herrn v. Tilden-Wälder, dessen auswärtiger Politik wir zugestimmt haben, uns so früh entzogen wurde. Aber die Entwicklung, die unsere auswärtige Politik seitdem genommen hat, gibt uns keine Veranlassung, mit unserer Zustimmung zurückzuhalten.

Abg. Fr. v. Nitzsch (nack.): Die in der Nähe der Dardanellen liegenden Inseln müssen der Türkei erhalten bleiben, ebenso die Inseln dicht an Kleinasien. — Die armenischen Greuel beurteilen auch wir, aber wenn man die armenische Frage im Augenblick anschniehet, gibt man nur Rußland Anlaß, dort einzurücken. Zu Reformen in Armenien wird die Türkei ohnehin übergehen müssen. — Die Regierung sollte ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß der Friede auf dem Balkan nun so bald als möglich herbeigeführt wird. An der wirtschaftlichen Erschließung Kleinasiens sind wir stark interessiert. Eine Einigung über die Bagdadbahnfrage wird hoffentlich die erste Frucht der verbesserten Beziehungen zu England sein. — An der Konsolidierung Chinas haben wir ebenfalls großes Interesse, in der Frage der Anerkennung der Republik wird die Regierung jedenfalls gemeinsam mit den anderen Mächten vorgehen. In dem Bemühen der Aufrechterhaltung der offenen Tür in China sollten wir mit Amerika an einem Strang ziehen. — Ob in den diplomatischen Diensten Adlige oder Bürgerliche eintreten, ist ganz gleich, die Hauptsache ist, daß die Tüchtigsten an die richtige Stelle kommen. Zweifellos ist, daß wir, wenn unsere Diplomatie erfolgreicher gearbeitet hätte, wir eine Wehrvorlage in diesem Umfang nicht nötig gehabt hätten. — Zum Schluß will ich meine Anerkennung darüber äußern, daß das Auswärtige Amt dem Reichstag gegenüber mit Offenheit vorgeht; große Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die Politik von dem Vertrauen der Nation getragen wird. (Lebhaftes Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Die neue Entwicklung des chinesischen Reiches begrüßen wir als seine alten Freunde mit den besten Wünschen. Soweit China bei seiner Reformtätigkeit auswärtigen Rat wünscht, werden wir es an und nicht fehlen lassen. In Rückstand, wie man behauptet hat, sind wir ja

China nicht gekommen, wir haben unseren Platz dort behauptet. Wenn wir in den letzten Jahren keine besonderen Fortschritte gemacht haben, so liegt das an der allgemeinen Situation, die infolge der revolutionären Bewegung eingetreten ist. Unsere tüchtige deutsche Kaufmannschaft wird diese Krise sicherlich überwinden. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung unserer Interessen in China ist die Entwicklung des deutschen Schulwesens. Das es sich in einer Krise zufolge ungenügender Bezahlung der Lehrkräfte befindet, ist nicht richtig; doch muß ich zugeben, daß die für die Schulen vorhandenen Gelder nicht ausreichen, und ich freue mich, daß der Schulfonds erhöht werden soll. — Die Tätigkeit der Missionschulen erkenne ich gern an; auch sie bedürfen der Unterstützung.

Abg. Dr. Heßler (Rp.): Die Balkanfrage hat mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, wie eng verbunden die deutsch-englischen Beziehungen sind. Aber auch der Dreißigjährige hat gerade in den letzten Jahren seine unverwundliche Lebenskraft gezeigt. Aber dem Fürsten Löwenberg will ich doch sagen: Treu zu Österreich; aber in den Diensten Österreichs dürfen wir nicht stehen. Der neue Zwischenfall von Kanchi ist ein Ausdruck des Chauvinismus, und die weitere Verbreitung des „Ratin“, der täglich gegen Deutschland hegt, beweist, wie stark der Chauvinismus in Frankreich ist. Frankreich zu warnen, wozu das führen muß, halte ich für eine patriotische Pflicht. Nach den warmen erfreulichen Worten des Staatssekretärs über China hätte ich erwartet, daß er hinzufügen würde, daß das Deutsche Reich nun Amerika in der Anerkennung der chinesischen Republik folgen werde. (Sehr richtig! links.) Die Amerikaner haben einen Gesandten in Peking, der China seit 15 Jahren kennt und die chinesische Sprache beherrscht. Von uns wäre während der Revolution nur zwei Dolmetscher in China. (Hör! hört!) Es mangelt uns an einer einheitlichen Zeitung der deutschen Arbeit in China. Bedauerlich ist die Ablehnung der Entsendung eines zweiten Handelsattachés nach China durch das auswärtige Amt. — Daß der Reichstag noch ausdrücklich verlangen muß, daß bei der Auswahl zum diplomatischen Dienst nur nach der Fähigkeit gesehen werden soll, ist eine herbe Kritik an den jetzigen Zuständen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen im europäischen Konzert nicht das Mauerblümchen sein. Wir erwarten von der deutschen Staatskunst, daß sie nicht nur in den Beziehungen zu Völkern und Regierungen fortreift ist, sondern wie erwarten bei aller Feindseligkeit der deutschen Politik, daß die Handlungen der deutschen Reichsregierung im Einklang stehen mit der starken, politischen, militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen Macht des deutschen Volkes. (Bravo! links.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Für die Schulen werden andere Staaten in China wesentlich höhere Mittel auf als uns zur Verfügung stellen. Unser Vertreter in Peking ist zwar des Chinesischen nicht mächtig, aber mit den handelspolitischen Verhältnissen genau vertraut. Die Berufung eines zweiten Handelsattachés nach China ist nicht abgelehnt, sondern wird im Auge behalten. — Bei dem von dem Abg. Bernstein erwähnten Fall eines Fremdenlegations handelt es sich um einen jungen Mann aus der Pfalz. Wahnern aber hat einen eigenen Vertreter in Paris und verurteilt solche Fälle selbst, wenn es sich um seine Staatsangehörige handelt. Im übrigen werden alle solche Fälle von uns genau untersucht und energisch verfolgt. Die Angabe, daß die jungen Leute wider ihren Willen in die Fremdenlegationen aufgenommen wären, erweist sich meist als falsch.

Abg. Gruber (B.): Bei dem Etat des Auswärtigen Amtes ist Sparanfänger am wenigsten angebracht. Für die deutschen Schulen im Ausland sind gerade hunderttausend Mark mehr auszuweisen als der jetzigen Million. Der Staatssekretär sollte einfach erklären, er kann den Etat nicht weiter vorziehen, wenn dieser Kosten nicht wie in anderen Staaten auf viele Millionen erhöht wird. — Die Auswahl der wichtigsten Diplomaten sollte die Hauptaufgabe des Staatssekretärs sein; er allein wäre imstande hier allen Protektionseinflüssen entgegenzutreten. — An Stelle des preussischen orientalischen Seminars sollte eine deutsche Auslandshochschule gegründet werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Soziales.

Aus dem Reichsversicherungsamt.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts als oberster Instanz in der Unfallversicherung fordert die Kritik fortwährend heraus. Die „Gewöhnung“ ist in der neueren Rechts-„übung“ geradezu zum Maßstab für alles geworden. Eine Rentenänderung ist nach dem § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes nur dann möglich, wenn in den Unfallfällen seit der letzten Rentenfestsetzung eine abweislich nachweisbare Änderung — Verringerung — eingetreten ist. Heute ist das nicht nötig. Eine gewisse Spanne Zeit genügt, um „Gewöhnung“ an den veränderten Zustand anzunehmen. Ohne daß der objektive Befund sich auch nur die Spur geändert hätte, wird die Rente infolge Gewöhnung herabgesetzt oder aufgehoben.

Wohl hat der Präsident des Reichsversicherungsamts in einer Rekursentscheidung zu Anfang des vorigen Jahres sich in energischer Weise gegen die Heberspannung des Begriffs der Gewöhnung ausgesprochen, indes das hat so gut wie nichts zu bedeuten, inwiefern sich kaum jemand daran kehrt.

Die Rentenaußscheidung — zugunsten der Berufsgenossenschaften — vermittelt der „Gewöhnung“ feiert heute wieder Orgien. Es wird heute mit der Gewöhnung mehrere Male gerechnet. Erst kommt eine „gewisse“ Gewöhnung, dann „Gewöhnung“, dann eine „wählig“ und endlich eine „vollkommenere“ Gewöhnung. Die „Gewöhnung“ muß seit einiger Zeit auch bei Augenverletzungen für die Rentenrückerei herhalten. Ja, bei Unfallverletzungen, die an schweren nervösen Störungen leiden, heißt es: „Sie hätten sich an die Schwindelanfälle gewöhnt, darin sei eine „wesentliche“ Besserung zu erkennen!“

Derartige Anschauungen sind nur bei dem denkbar, der der Arbeiterklasse weltfremd gegenüber steht.

Wer einmal Gelegenheit hat, den Verhandlungen der einzelnen Senate beizuwohnen, dem bietet sich ein eigenartiges Bild von der Auffassung, die man an „grünen Hölzer“ vom Arbeiterleben hat. Die Weltfremdheit mancher Senatemitglieder ist auffallend.

Der Ausgang einer Sache ist oftmals vom Zufall abhängig. Wie bei den armen Teufeln, deren Schicksal beispielsweise vom 14. Rekursenat entschieden wird; denen kann man sagen: „Daß alle Hoffnungen draußen.“ Vor einiger Zeit wohnten wir einer solchen Verhandlung bei. Von den 15 Sachen, die auf dem Terminziel standen, wurden sämtliche zugunsten der Verletzten entschieden. Auch solche Urteile der Vorsitzenden, die zugunsten der Verletzten ausgefallen waren, wurden auf den Rekurs der Berufsgenossenschaft hin wieder aufgehoben. Besonders Interesse erweckte der nachfolgende Fall: Ein Wäbberger Arbeiter hatte bei der Betriebslosigkeit eine Zerrung des rechten Armes erlitten. Der Junge hatte einen 20 Pfund schweren Ziegel in den Schmelzofen zu heben; er rutschte mit der Zange, die er mit der linken Hand hielt, ab, infolgedessen rutschte die gesamte Last in der rechten Hand. Er empfand dabei einen heftigen Ruck und anschließend daran starke Schmerzen. Er klagte fortgesetzt über Schmerzen, die immer heftiger wurden. Nach etwa einem Jahr endlich wird ein Arzt zu Rate gezogen. Der weist den Jungen in das Krankenhaus. Hier wird festgestellt, daß eine Aussentuberkulose am rechten Arm besteht. Von den Angehörigen wird daher bei der Berufsgenossenschaft der Antrag auf Unfallrente erhoben. Der Antrag wird indessen zurückgewiesen. Darauf die Berufung des Verletzten an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Arnberg. Der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts spricht sich für den ursächlichen

Zusammenhang der tuberkulösen Erkrankung des rechten Armes durch die erlittene Zerrung bei dem Ziegelheben aus. Das Schiedsgericht verurteilt darauf die Berufsgenossenschaft, dem Verletzten eine Rente von 60 Proz. zu zahlen.

Die Berufsgenossenschaft legt Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, bestritt den ursächlichen Zusammenhang und bezieht sich dafür auf ein Gutachten des Professor Dr. Linniger-Düsseldorf, der den ursächlichen Zusammenhang verneint. Vom Verletzten wird ebenfalls ein ärztliches Gutachten vom Kreisarzt beigebracht, der den ursächlichen Zusammenhang bejaht, wenn im Anschluß an den Unfall Schmerzen aufgetreten und fortbestanden haben. Trotzdem diese Voraussetzung erfüllt ist und der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts und ein beauftragter Kreisarzt sich für den Zusammenhang aussprechen, hat der Senat den ursächlichen Zusammenhang verneint, das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben und der Verletzte erhält keine Unfallrente.

Das nennt man soziale Fürsorge.

Auch bei dem 10. Senat können die Verletzten rufen: „Woh mir!“ Das Verhandeln vor dem Senat erinnert lebhaft an den früheren Vorsitzenden des Senats Geh. Dr. Friedensburg. Die Verletzten werden in einer Weise angesprochen, als ob es sich um Rekursen auf dem Kaiserhof handelte. Von den Terminsachen — es fanden deren 15 zur Verhandlung — wurde die übergroße Mehrzahl zugunsten der Verletzten entschieden. Besonders die Fingerverletzungen wurden hier sehr eigenartig behandelt. Ein Maschinenarbeiter hatte eine schwere Verstaumung der linken Hand erlitten. Bereits 1909 war infolge vollkommener Genesung die Rente auf 35 Proz. festgesetzt, in der Entscheidung des Schiedsgerichts wurde der Zustand als Dauerzustand bezeichnet. Die Nordholländische Bauergewerkschaft hatte 1911 eine Herabsetzung der Rente von 35 auf 20 Proz. auf Grund der Ermittlungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beantragt. Das Schiedsgericht hob den Bescheid indessen auf und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung der Rente von 35 Proz. Die Berufsgenossenschaft legte gegen das Urteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und forderte Wiederherstellung des Bescheides. Die Sache kommt vor dem 10. Rekursenat zur Verhandlung und wurde zu — ungunsten des Verletzten entschieden. Das Urteil des Schiedsgerichts wurde aufgehoben und die Rente auf 20 Proz. festgesetzt. Gründe etwa folgende: Da der Verletzte ununterbrochen 72 Pf. pro Stunde verdient hat, ist es zweifellos, daß die Gewöhnung eine noch „vollkommenere“ geworden ist. Da der Verletzte auch nur ein wenig mit seinem Lohn hinter den anderen Arbeitern zurückbleibt, so ist eine Rente von 35 Proz. zu hoch, eine solche von 20 Proz. muß als ausreichend angesehen werden.

Ein anderer Fall: Verlust des Zeigefingers. Die Berufsgenossenschaft hatte 10 Proz. aufgehoben, das Schiedsgericht die Aufhebung bestätigt, der Verletzte legt Rekurs ein. Der 10. Rekursenat entscheidet und weist den Rekurs zurück. Gründe: Der Verletzte ist Bergmann, als solcher ist er auf feinere Arbeit nicht angewiesen, sondern nur auf grobe; dabei wird er durch das Fehlen des Zeigefingers indes nicht behindert. Daher ist auch eine Rente nicht nötig. Der zehnte Senat gibt für derartige Verletzungen nichts. Wenn die Mitglieder dieses Senats sechs Monate lang mal Bergarbeit verrichten würden, dann würde ihnen klar, wie aufreizend derartige verkehrte Beurteilungen auf Arbeiter wirken müssen.

Aus Industrie und Handel.

Neue brasilianische Kaffee-Anleihe.

Der brasilianische Staat Sao Paulo tritt mit einer neuen fünfprozentigen Anleihe im Gesamtbetrag von 7,5 Millionen Pfund Sterling an den internationalen Geldmarkt heran. Eine Million Pfund Sterling oder 2,4 Millionen Mark sollen davon in Deutschland ausgebracht werden. Der Erlös der Anleihe soll der Rückzahlung von Anfang Juni fälligen Schatzscheinen und zur Tilgung anderer Schulden dienen, die in früheren Jahren zur Durchführung der Kaffeevalorisation vom Staat Sao Paulo aufgenommen worden sind.

Die starke Zunahme der Kaffeeplantagen und der Ernteerträge zu Anfang des Jahrhunderts veranlaßte mehrere brasilianische Staaten im Jahre 1906 zur Valorisation von Kaffee, d. h. zur Regulierung des Kaffeehandels mit dem Zweck der Preissteigerung. Der Staat Sao Paulo kaufte Kaffeevorräte auf, wozu das Bankhaus Schroeder in London 3 Millionen Pfund Sterl. gegen Verpfändung der Vorräte vorstreckte. Ursprünglich sollten die Vorräte, die zum größeren Teil in New York, Hambro und Hamburg lagerten, nur bis Ende 1907 gehalten werden. Größere Banken zwangen aber angeblich den Staat dazu, weitere Anläufe vorzunehmen, so daß Mitte 1908 bereits 8 $\frac{1}{2}$ Millionen Saft Kaffee lagerten. Um diese gewaltigen Vorräte weiter halten zu können, nahm Sao Paulo eine fünfprozentige Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterl. von einem Konsortium auf, dem neben Schroeder in London eine amerikanische, zwei französische Banken und S. Bleichröder in Berlin angehören. Als Sicherheit bestellte Sao Paulo den Betrag des Kaffee-Kaufpreises und die lagernden Kaffeevorräte; auch die brasilianische Bundesregierung übernahm durch Gesetz eine Garantie für die Anleihe. Gleichzeitig ging der Staat Sao Paulo die Verpflichtung ein, bis zur Rückzahlung der Anleihe keinerlei neuen Kaffeeankäufe vorzunehmen. Am Anfang dieses Jahres waren die Vorräte bis auf 3,17 Millionen Saft zusammengeschmolzen. Aus dem Verkauf wurde die Anleihe getilgt, so daß nur noch etwa 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling zurückzuführen sind. Wenn der Staat jetzt einen neuen Anleihebedarf von 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling geltend macht, so geht schon daraus hervor, daß es sich nicht um eine Ablösung, sondern um eine Erneuerung der Valorisation handeln muß. Wohl hiess das Gesetz von 1908 „Gesetz zur endgültigen Lösung der Kaffeevalorisation“, und die Anleihe sollte bestimmt sein, die „zum Schutze des Kaffees erforderlichen Maßnahmen zum Abschluß zu bringen“. Wenn die Regierung jetzt keine neue Anleihe aufnehmen würde und die fälligen Schatzscheine einlösen wollte, wäre sie wohl gezwungen, die noch lagernden 3,2 Millionen Saft Kaffee zu verkaufen. Die neue Anleihe setzt sie dagegen in Stand, die Vorräte wieder zu halten und damit die Kaffeepreise in die Höhe zu treiben. Zwar beteuert die Regierung von Sao Paulo, daß die Anleihe nicht zu Valorisationszwecken dienen solle. Aber in dem neuen Anleihegesetz wird die Regierung nicht einmal wie im Gesetz von 1908 verpflichtet, weder direkt noch indirekt Kaffee für Rechnung der Regierung zu kaufen.“ Der Regierung steht also nichts im Wege, ihre Kaffeeernte durch Zufall zu erhöhen und damit die Preise weiter zu steigern. Statt einer Beendigung des ganzen Unternehmens und natürlicher Preisbildung erwartet die Konsumenten neue Preistreiberei. Seit 1907 ist der Kaffeepreis von 27 Pf. auf 71 $\frac{1}{2}$ Pf. gestiegen. Für den deutschen Verbrauch allein stellt sich die Mehrbelastung auf rund 100 Millionen pro Jahr.

Obgleich weite Kreise gegen die Preistreiberei protestiert haben und auch im Reichstage Gegenmaßnahmen erörtert worden sind, beizügeln sich auch diesmal wieder deutsche Kapitalisten an der Anleihe. Die Bankhäuser S. Bleichröder in Berlin, J. Behrens und Söhne, Schröder Gedräde u. Co.

und M. M. Warburg u. Co. in Hamburg, Gebr. Bethmann in Frankfurt a. M. und Deichmann u. Co. in Köln gehören dem deutschen Konsortium an.

Die fünfprozentige Verzinsung bei einem Uebernahmefuß von 07 Proz. statt 100 ist verlockend genug, um auch zu einer Zeit der Geldknappheit, über die Staat, Kommunen und heimische Industrie in gleicher Weise klagen, neue Kapitalien ins Ausland zu senden.

Katenkampf.

Zwischen dem Kartell norddeutscher Schiffschlepplinien und der Canada-Pacific-Eisenbahn besteht seit längerer Zeit ein Katenkampf, weil das Kartell, dem die Canada-Pacific früher als Mitglied angehörte, der Canada nicht eine eigene Linie Triest-Canada zugehören wollte. Die Canada-Linie zieht über Triest besonders für russische Auswanderer nach Canada, wo die Gesellschaft große Ländereien besitzt, für die sie Anwerber wirbt. Als Gegenmaßnahme gegen die Errichtung der Linie Triest-Canada hat die Hamburg-Amerika-Linie, die als Konturungsunternehmen in erster Linie in Frage kommt, mehrfach ihre Pläne herabgesetzt. Während noch vor kurzer Zeit 140 M. für einen Zwischenstopplung gewählt werden mußten, beträgt der Preis von nun ab nur noch 90 M.

Gerichts-Zeitung.

Polizeiaufsicht für die Gewerkschaften.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in der Nr. 51 vom 1. März von dem Verzuge erzählt, die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes in Friedland in Schlesien für einen politischen Verein zu erklären. In erster Instanz war dieser Versuch auch gescheit. Wie wir berichtet haben, verurteilte das Schöffengericht Friedland den Vorsitzenden der dortigen Zahlstelle wegen Uebertretung des Reichsvereinigungsgesetzes, weil er sich geweigert hatte, die Zahlstelle anzumelden und die Liste der Vorstandsmitglieder einzuwickeln. Das Urteil gründete sich ausschließlich auf die Feststellung, daß die Zahlstelle sich zwar in keiner Weise politisch betätigt, wohl aber an ihre Mitglieder die Holzarbeiterzeitung abgegeben habe. Diese jedoch habe vor der Reichstagswahl Artikel gebracht, die zur Wahl sozialdemokratischer Kandidaten aufgefordert hätten. Nach der Wahl sei der Sieg der Sozialdemokratie gefeiert worden. Damit seien der Holzarbeiterverband und alle seine Zahlstellen politische Vereine geworden.

Gegen das Urteil des Schöffengerichts wurde Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer in Waldenburg wurde der Angeklagte von dem Rechtsanwalt Heinemann aus Berlin vertreten, der in längeren juristischen Ausführungen den Widerspruch des schöffengerichtlichen Urteils mit der Bestimmung des § 3 des Reichsvereinigungsgesetzes nachwies. Wenn man den dort aufgestellten, für den politischen Verein maßgebenden Begriff des Begriffs der Einwirkung auf politische Angelegenheiten beachte, so erkenne man, wie verfehlt es sei, die politische Natur einer Gewerkschaft aus Ausführungen eines Gewerkschaftsorgans über politische Vorgänge herzuleiten, an denen eine gewerkschaftliche Zeitung gar nicht achtlos vorübergehen könne. Die Strafkammer in Waldenburg sprach den Angeklagten frei, indem sie den politischen Charakter der Zahlstelle verneinte.

Der Vorgang ist aber nicht um diese mitleidige Polizeiaktion bemerkenswert. Der Prozeß gewinnt ein über den Einzelfall weit hinausgehendes Interesse dadurch, daß das Schöffengericht Friedland in einer fast ein Jahr dauernden Vernehmung eine Anzahl gutachtlicher Äußerungen über die Natur und den Charakter des Holzarbeiterverbandes einzog. Diese Gutachten bieten ein außerordentliches Interesse. Als Gutachter wurden Unternehmerverbände und die Polizeibehörden der verschiedensten größeren Städte aus allen Teilen Deutschlands geholt. Ganz besonders interessant ist das Gutachten des Berliner Polizeipräsidenten, des Herrn von Jagow, das im schroffen Widerspruch zu den Gutachten anderer erheblich sachgemäßer urteilenden Polizeibehörden steht. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes sollte den Prozeß und das darin gesammelte Material in einer besonderen Broschüre bearbeiten.

§ 153 der Gewerbeordnung und das allgemeine Strafgesetz.

Einige Tage vor dem Ausbruch eines Streiks in einer Möbelfabrik zu Frankfurt a. O. hatte der Möbelfabrikarbeiter Glauer, der in der Fabrik beschäftigt war und dann an dem Streik teilnahm, zu der Fabrikirerin Müller nach einer Frage, die Teilnahme am Streik betreffend, gesagt: „Wenn die Frauen nicht mitstreiken, kriegen sie Maulschellen.“

Es wurde demnach vom Landgericht in Frankfurt a. O. wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung, der bekanntlich nur Gefängnisstrafe zuläßt, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Das Landgericht nahm an, daß in jener Äußerung eine Drohung und eine Verleumdung liege und daß Gl. damit beabsichtigt habe, Frau M. zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Das Gericht war zu der Annahme gekommen, obwohl die Müller und andere Zeuginnen bezeugten, man habe die Äußerung eher scherzhaft genommen und darüber gelacht.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision des Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte:

„An sich sei ja § 153 der Gewerbeordnung nicht verletzt, wohl aber der § 240 des Strafgesetzbuches, der Nötigung und versuchte Nötigung mit Gefängnis oder Geldstrafe bedroht. Das Kammergericht sei mit dem Reichsgericht der Meinung, daß § 153 der Gewerbeordnung nur subsidiär angewendet werden dürfe, wenn nicht der Tatbestand des allgemeinen Strafgesetzbuches erfüllt sei. Hier könnte nun der § 240 des Strafgesetzbuches in Frage kommen, weil es sich um die Bedrohung mit tödlicher Verleumdung zum Zwecke der Nötigung zu einer Handlung und Unterlassung handelte. Das Landgericht müsse nun nochmal selbständig prüfen, ob dieser Fall gegeben sei. Wenn es das feststelle, dann sei nur § 240 des Strafgesetzbuches anzuwenden.“

Verurteilung der Fortbildungsschule.

In Charlottenburg bereitet Herr Alig eine Lehranstalt zur Ausbildung landwirtschaftlicher Rechnungsführer und anderer landwirtschaftlicher Beamten. Daneben richtet er für Landwirte Bücher ein und führt für sie Bücher. Ferner hat er einen Verlag von Rechnungsbüchern für die Landwirtschaft. Die Lehranstalt bringt den weitaus größten Teil seines Einkommens. Neben den Schülern, die nur durch den Unterricht mit Al. in Verbindung stehen und ihm Unterrichtsgeld zahlen, hat er auch einen jungen Menschen als Schüler, der sich zugleich auch praktisch in seinem Betriebe betätigt. Die Schulbehörde nahm an, daß dieser fortbildungsschulpflichtig sei und veranlaßte gegen Herrn Alig ein Strafverfahren, weil er den jungen Mann nicht am Unterricht in der Fortbildungsschule teilnehmen ließ. Der Angeklagte machte dagegen geltend, daß die praktische Einführung des jungen Mannes durchaus dem Ausbildungszweck, dem alle seine Schüler zugeführt werden, gerecht werde. So sei auch er als Schüler anzusehen und brauche nicht in die Fortbildungsschule. Das Landgericht III sprach den Angeklagten frei, indem es davon ausging, daß der junge Mann in der Hauptsache Schüler sei.

Das Kammergericht verwirft jetzt die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Auslegung des Vertrages sei tatsächlicher Natur. Auf Grund der Auslegung des Vertrages und der tatsächlichen Verhältnisse sei nur das Landgericht zu dem Ergebnis gekommen, daß der fragliche Jugendliche tatsächlich nur ganz nebenbei als Gewerbegehilfe beschäftigt war und daß seine Haupttätigkeit die des Schülers gewesen sei. Da es aber auf das Wesentliche der Beschäftigung an-

Unserm Kollegen
Richard Palm
zum 40. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Kontrollkommission Osten II.

Unserm Kollegen, Genossen und
Stadtverordneten, dem Maurer
Karl Haberstroh
nebst Frau
zur Silbernen Hochzeit ein
dreifaches Hoch!!!
Die Funktionäre der Freien
Hilfskrankenkasse der Maurer
Oranienburgs u. Umgegend.

Todes-Anzeigen

Deutscher Buchhändler-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser langjähriges
trautes Mitglied, der Kollege
Ernst Lehmann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 16. April 1913, nachm.
5 Uhr, auf dem Heiligkreuz-Kirch-
hof in Mariendorf, Eisenacher
Str. 62, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/15 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 12. d. Mts.,
entschiedlich nach langem,
schwerem Leben unser lieber
Bruder, Onkel, Schwager und
Bräutigam, der Herr
Wenzel Staffa
Urbanstr. 126, im Alter von
44 Jahren.
Dies selbigen tiefbetrubt an
Lina Hoffmann geb. Staffa,
Paul Hoffmann,
Martha Heyn als Braut.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Michaels-
Kirchhofes in der Hermannstraße
aus statt. 2985

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kohlen-
arbeiter
Gustav Müller
am 11. April im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 15. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Gemein-
de-Friedhofes (Hante Hölle) aus statt.
64/1 Die Bezirksverwaltung.

Am 12. d. Mts. verstarb nach
langem Krankenlager unser lieber
Kollege, der Buchbinder
Ernst Lehmann
im 42. Lebensjahre. Er war uns
ein treuer Kollege, der stets für
unsere Interessen eintrat. Wir
werden sein Andenken in Ehren
halten.
Das Personal
der Firma Luderis u. Bauer.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,
Karlshof, Eisenacher Str. 62,
aus statt. 4026

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Franzosen bei der
Beerdigung unseres lieben Vaters,
Schwieger- und Großvaters, des
Droschkenführers
Friedrich Hagel
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank. 76/4
Die trauernden Hinterbliebenen.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, des Galusiefabrik-
anten (früheren Einwebers)
Wilhelm Elsholtz
sage hierdurch allen Freunden und
Bekanntem, insbesondere dem sozial-
demokratischen Wahlverein (13. Bezirk)
und dem Radfahrer- und Soldaten-
verein herzlichsten Dank. 14/4
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Witwe W. Elsholtz.
Für die überaus zahlreichen Be-
weise herzlicher Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Vaters,
Vaters und Bruders
Emil Sens
sagen wir allen Freunden, Bekannten
und den Arbeitskollegen der Abteilung
Schon, Bergmanns Elektrizitätswerk,
unseren innigsten Dank. 76/4
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

2. Berliner Landtags-Wahlkreis.
Dienstag, den 15. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Wähler-versammlungen.
2., 3., 4. Abteilung **5. Abteilung**
des des
1. Reichstags-Wahlkreises, **2. Reichstags-Wahlkreises,**
im Schuhmacher Innungshaus, in den Kreuzberg-Schälchen-
Fischerstraße 25. Kreuzbergstr. 45:
Referent: Genosse Dr. Alfred Referent: Parteisekretär Genosse
Bernstein. H. Müller.
Tagesordnung für beide Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Aufstellung der Wahlmänner.

Voranzeige! Mittwoch, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, in der
Bockbrauerei, Tempelhofer Berg: **Allgemeine**
Wählerversammlung. Tagesordnung:
1. Vortrag: Ich bin ein Preuße! Referent: Genosse Dr. R. Breit-
scheid. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
190/8 Das Wahlkomitee.

Arbeiter - Bildungsschule.
Mittwoch, den 16. April 1913, abends 8 1/2 Uhr im Schullokal,
Grenadierstraße 37
General-Versammlung
Tages-Ordnung
1. Bericht des Vorstandes, des Referatskollegiums und der Revisoren.
2. Anträge. — 3. Wahl zweier Revisoren. — 4. Schulangelegenheiten
und Verschiedenes. 6/5*
Mitgliedsbuch legitimiert.
Orts - Krankenkasse
für das Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter
zu Berlin.
Donnerstag, den 24. April 1913, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelauer 15 (Saal 3a, b):
General-Versammlung
der Vertreter der Kassemitglieder und der Arbeitgeber.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1912 nebst Bericht der Revisoren.
2. Beratung und Beschlußfassung der neuen Satzung nach den Be-
stimmungen der Reichsversicherungsordnung. 397b
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Keller- und Mineralwasserarbeiter
Mittwoch, den 16. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in Wilkes Schälchen, Sebastianstraße 39.
Tagesordnung:
**Die wiederholten gerichtlichen Bestrafungen von
Arbeitern wegen Warenzeichenverletzungen.**
Referent: Kollege P. Liebenow.
Diskussion und Beschlußfassung.
Kollegen! In letzter Zeit sind durch die Schuld der Unter-
nehmer ebrliche und unerlässliche Mitglieder und Arbeiter wegen ständes
freier Zeichen gerichtlich bestraft worden. Da solche Fälle sich wiederholt
haben und gegen Arbeiter Prozesse noch schweben, ist es dringend erfor-
derlich, daß hiergegen ernsthafte Stellung genommen wird, damit nicht noch
mehrere Bestrafungen aus Unkenntnis des Gesetzes erfolgen. Kollegen! Es
gilt, einmütig Protest zu erheben, weshalb erwartet wird, daß jeder Berufs-
angehörige in dieser Versammlung erscheint. 64/2
Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Stockarbeiter!
Mittwoch, den 16. April 1913, abends 8 Uhr,
in Verlags Rittersälen, Ritterstr. 75:
Branchen-Versammlung
Tagesordnung: 1. Der Abschluß unseres Vertrages.
2. Verschiedenes. 81/15

1M.
wöchentl. Teilzahlung
liefern eleganter
Herren-Moden
Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadel-
loser Sitz



J. Kurzberg, Mass-Schneiderei
Rosenhaller Str. Nr. 35, I Frankfurter Allee 104, parterre Reinickendorfer Str. Nr. 4, I
Hackescher Markt Ecke Friedenstr. am Weddingplatz

Kranzspenden
sowie familiäre
Blumenarrangements
liest schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 9101, 7203.

Heute und morgen 6110*
Legehühner,
ganz, junge, beste Lager, 2 1/2 M.
berlin F. Wegner, 2 1/2 M.
Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Wähler-Versammlungen!
Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:
5. Landtagswahlbezirk
„Märkischer Hof“, Admiralstraße 18c.
„Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.
„Drachenburg“, Vor dem Schlesiischen Tor 1.
Tagesordnung:
1. Der preussische Landtag und seine
Bedeutung für das werktätige Volk.
2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner. 199/12*
Referenten:
Reichstagsabgeordneten Otto Büchner, Georg Davidsohn u. Redakteur Emil Eichhorn.
Das Wahlkomitee.

Achtung! 6. Berliner Landtags-Wahlkreis u. Stralau. Achtung!
Landtagswähler!
Dienstag, den 15. April 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Drei große öffentliche Landtagswähler-Versammlungen.
Andreas-Festsäle, **Comenius-Säle,** **Markgrafen-Festsäle,**
Andreasstr. 21. Remeler Str. 67. Markgrafendamm 34.
1. Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden preussischen Landtags-
wahlen. Referenten sind die Landtagsabgeordneten Genossen Adolf
Hoffmann, Robert Leinert und Heinrich Ströbel.
2. Freie Diskussion.
Landtagswähler! Erscheint in Massen zu diesen wichtigen Versammlungen.
199/9* Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
A. H.: Der Obmann, Fr. Ruf, Stopenstraße 3.

12. Landtagswahlbezirk (Moabit)
Am Dienstag, den 15. April 1913, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Stadt-Theaters Moabit, Alt-Moabit 47/49:
Öffentliche Wähler-Versammlung.
Tagesordnung:
Die preussischen Landtagswahlen.
Referent: Der Kandidat des 12. Landtagswahlbezirks Eugen Ernst.
Diskussion.
199/11* Das Landtagswahlkomitee. A. H.: Alfred Paersch, Oldenburger Str. 10.

Ohne Zweifel
lässt man seine
Garderobe direkt
beim Fachmann
anfertigen wenn
man auf eine re-
elle Bedienung
Wert legt!
Fertige Garderobe
Ich garantiere
bei meiner
Maassanfertigung
für
tadellosen Sitz!
Julius Fabian
Schneidermeister
1. Geschäft: **Große**
Frankfurterstr.
37.
Neu eröffnet!
Kottbuserstr. 14.
Nur 2. Etage
direkt an der Brücke
2. Geschäft: **Turmstrasse**
131
kein
Laden

**Orts - Krankenkasse
der Uhrmacher
zu Berlin.**
Mittwoch, den 23. April 1913,
abends 9 Uhr,
im Restaurant „Schultheiß“,
Berlin, Neue Jakobstr. 24/25:
Ordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenericht pro 1912.
2. Bericht der Revisoren.
3. Runderweilige Angelegen der den
Vorstandsmitgliedern für Be-
mohnung der Vorstandstätigkeiten
zu gewährenden Entschädigung.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand. 208/6
Gulab Laetich, Red. Drehtler,
Vorsitzender. Schriftführer.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lehniger Str. 80.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.
deutsch - engl.
Stoffe Neuheiten
für Herren
und Damen.
Einzelverkauf
zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorekstr. 75, pt.
Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be- **Zigaretten** zu Originalpreisen.
kannnten Marken Amt 4. 3014.

Fröbel-Oberlin-Institut
Berlin, Wilhelmstr. 10.
Haushaltungsschule und Pensionat.
Inn.: Heinrich Pollak vorm. Graue-
horst. Größte Fachlehranstalt. Unter-
richt in Anstand, feinem Benehmen,
Kochen, Schneidern u. allen häuslichen
Arbeiten. Abtg. B. Ausbild. für den herr-
schaftlich. Dienst als Kinderfräulein, Stütze,
jungfer. Hausmädchen Prosa. gratis.

Vorjährlige
feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gehrockanzüge,
Smokings, Fracks a. Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.
Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Kamellung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Mittel. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Dauferkraut.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (SO. 10.): Salomon-Apothek, Engel-Uferstr. 51. — Groß-
Apothek, Bernauerstr. 33. — So nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
herausgegeben 248/19*
von Max Grünwald.
Seit 6:
Schiller und die Arbeiter
von Conrad Haensch.
Preis 40 Pf.

Abgeordnetenhaus.

165. Sitzung. Montag, den 14. April 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Herr v. Schorlemer.

Auf die Verabschiedung des Gesetzentwurfs betreffend die Bewilligung weiterer Mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und geringverdienenden Beamten folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

die ländliche Pflichtfortbildungsschule

in Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz und Hohenzollern. Die Gemeindefunktionäre beantragen, folgende vom Herrenhaus bereits beschlossene Resolution mit zu beschließen:

Die sittliche Erziehung und Festigung der männlichen schulpflichtigen Jugend bedingt auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschulen. Die Regierung wird ersucht, diese Aufgabe in einer dem reiferen Alter und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Form auszuführen.

Das Zentrum beantragt obligatorischen Religionsunterricht.

Abg. Dr. Hef (Z.) beantragt, das Gesetz an die Kommission zurückzugeben. Die Redner aller anderen Parteien sprechen gegen diese Verdrängung. Der Antrag Hef wird daraufhin zurückgezogen. In der sachlichen Beratung erklärt Abg. Herold (Z.), daß er zufrieden wäre, wenn den Gemeinden das Recht eingeräumt würde, durch Statut die religiöse Unterweisung obligatorisch einzuführen. Er wendet sich dann gegen die Konfessionslosen, die bei den gewerblichen Fortbildungsschulen eine religionsfeindliche Stellung eingenommen hätten. Der Minister hat erklärt, auf unserem Standpunkt zu stehen, warum bringt er das nicht auch im Gesetz zum Ausdruck? (Lebhafte Beifälle im Zentrum.) Durch die Annahme unseres Antrages wird das Gesetz populär; höchst bedauerlich, daß wir diesen Antrag überhaupt erst stellen mußten! (Stärkster Beifall im Zentrum.)

Abg. Wölk (natl.) ist gegen den Religionsunterricht, ebenso Abg. Graf (Op.), der beantragt, das Gesetz auf Kosen und Westpreußen auszudehnen.

Ländlichkeitsminister Dr. Herr v. Schorlemer lehnt diesen Antrag ab, da erst die beteiligten Kreise gehört werden müßten, aber seine Ansicht ist uns sympathisch. Dann erklärt der Minister nochmals, daß dem obligatorischen Religionsunterricht an über vierzehn Jahre alte Schüler das Gesetz im wesentlichen entgegenstehe. Uebrigens sollen die Schulräume in weitgehender Weise für eine religiöse Unterweisung zur Verfügung gestellt werden und Geistliche sollen den Unterricht in anderen Fächern erteilen dürfen. Mehr können wir nicht tun. Ein Religionszwang wäre für die Regierung unannehmbar. (Unruhe im Zentrum. Beifall rechts und links.)

Abg. Witten (Däne) wendet sich gegen die Ausnahmegestaltung für Schleswig-Holstein.

Abg. v. Bonin-Stormarn (fl.) ist gegen den Religionsantrag.

Abg. Reinert (Soz.):

In dem Kampf des Zentrums um dieses Gesetz zeigt sich, daß sein Maximalanspruch immer größer wird. So sehr wir Freunde des Jugendunterrichts sind, so wenig können wir diesem Gesetz zustimmen. Das Gesetz gestattet zwar den Gemeinden ländliche Fortbildungsschulen zu errichten, aber es enthält keinen Zwang dazu. Wir wollen die Errichtung nötiger Schulen nicht den Gemeinden überlassen. Weiter bestimmt dieses Gesetz, daß Sonntagunterricht in der Regel nicht stattfinden soll, während heute schon für Posen, Ostpreußen, Hannover und Schlesien der Sonntagunterricht ausgeschrieben ist. Einzelne private Wünsche sind die ganze Begründung für diese Durchbrechung der Sonntagsruhe, die wir auch für die Jugend verlangen. In Schleswig-Holstein soll der Kreisausdruck die Gemeinden zur Errichtung der Schulen zwingen dürfen, wenn sich die Gemeinden begriffsicherweise für den gegen das eigene Volk anstehenden ländlichen Fortbildungsschulunterricht bedanken. Diese

ausnahmerechtliche Vergewaltigung der dänischen Bevölkerung macht uns das Gesetz ebenfalls unannehmbar. — Das Zentrum weiß ganz genau, daß sein Antrag auf obligatorischen Religionsunterricht keine Aussicht auf Annahme hat. Er soll nur den Nachweis er-

bringen, daß alle anderen Parteien nicht so kritisch sind wie das Zentrum. In der Kommission ist es ja zu heftigen Austritten deswegen gekommen. Die Konfessionen haben erklärt, daß sie zwar im Prinzip für den Religionsunterricht seien, aber, um das Gesetz nicht zu gefährden, doch gegen ihn stimmen müßten. Sie erfuhren deshalb heftige Angriffe vom Zentrum, und schließlich mußten die Konfessionen sogar erregt den Ton ihrer Vordrucke zurückweisen. (Hört! hört! links.) Bezeichnend ist, daß ein Zentrumredner in der Kommission erklärt hat, er sei zwar ein heftiger Gegner der Erbschaftsteuer, würde aber lieber zehn solche Steuern bewilligen, als auf den Religionsunterricht verzichten. (Hört! hört! links.) Dabei scheint der Religionsunterricht für das Zentrum nichts weiter zu sein, als ein Geschäft für den Grohrah und Beiß. Hat ja bei einer früheren Schuldebatte hier ein Minister erklärt, daß den Kindern in den ländlichen Schulen heute schon das Gefühl dafür genommen werde, wofür sie der Liebe Gottes auf das Land gehen! Dabei wird in Petitionen um den obligatorischen Religionsunterricht selbst erklärt, daß die Schüler von ihm nichts wissen wollen. Sie halten ihn eben für überflüssig und nicht nützlich. Nun will man sie in den Religionsunterricht hineinzwängen und überdies soll er auch noch in die ersten Schulstunden verlegt werden, damit die Schüler noch aufnahmefähig bleiben. (Abg. v. Pappenheim: Sehr richtig!) Uns kommt es darauf an, das Wissen der Schüler zu bereichern, damit sie den Kampf um Wissen aufnehmen können. (Sehr wahr! links.) Der obligatorische Religionsunterricht aber würde nur für die nützlich sein, die das Interesse haben, daß die Jungen nicht über andere Dinge nachdenken! Warum beschränkt sich denn eigentlich das Zentrum, wenn es den Religionsunterricht so hoch schätzt, darauf, ihn so sporadisch (vereinzelt) zu verlangen, statt eine Abänderung des allgemeinen Landrechts vorzuschlagen, wonach jeder bis zu seiner Verheiratung oder bis zum 25. Lebensjahr oder bis zur Entlassung vom Militär obligatorischen Religionsunterricht zu bekommen hat. (Weiterkeit und Sehr gut! links.) Der Minister ist Ihnen ja schon sehr weit entgegen gekommen und hat erklärt, daß der Unterricht auf sittlich religiöser Grundlage aufgebaut werden soll. Wie man das bei der Raumlehre, beim Rechnen usw. machen will, ist uns nicht vorgetragen worden. Vielleicht wird man die Schüler fragen, wenn die Abgeordneten v. Pappenheim, v. Hedlich, Friedberg und Herold zusammenstehen, wieviele Christen darunter seien? Freilich könnte man da die Antwort bekommen: gar keiner! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Unruhe rechts.) Wir sind unbedingt gegen Ihre Verträge, die Schule Ihren Zweck dienstlich zu machen, wir sind gegen die Vergrößerung der Macht der Kirche, gegen das Ausnahmeregime für die dänische Bevölkerung und leben deshalb das ganze Gesetz ab, das die Fortbildungsschulen mit Dingen belasten will, die nicht in sie hineingehören. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Pappenheim (l.) will auf das, was der Vorredner über die Abhängigkeit der Konfessionen vom Zentrum „phantasiert“ habe, nicht eingehen. Der Hauptgehalt dieser Schutten ist für uns die Bekämpfung der Sozialdemokratie. (Bravo! rechts und im Zentrum.), deshalb werden wir für religiöse Unterweisung sorgen, nur soll sie nicht obligatorisch gemacht werden.

Nach weiteren Zentrumreden für den Religionsunterricht und nach Zurückziehung des volksparteilichen Antrages, das Gesetz auch auf Kosen und Westpreußen auszudehnen, folgt die Abstimmung. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt und das Gesetz dann in der Gesamtstimmung gegen die Sozialdemokraten, Dänen und einige Zentrumswahlmänner in zweiter, und dritter Lesung angenommen. Die Resolution der Kommission wird gegen die Linke zum Beschluß erhoben.

Das Oberstabsratsverbesserungsgesetz wird in zweiter und dritter Lesung nach kurzer Debatte angenommen samt einer Resolution, die die Regierung ersucht, unter entsprechender Heranziehung der Interessenten eine Vergrößerung und Vertiefung der Fahrstraße Swinemünde-Strutin auf mindestens acht Meter und eine Ermäßigung der staatlichen Vertiefungsabgabe durchzuführen.

Eine Petition um Gewährung des passiven Gemeindevahlrechts an die Volksschullehrer soll nach dem Kommissionsantrag der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. Graf (Op.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung, was von dem Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) befürwortet wird.

Schließlich wird der Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung mit den Stimmen der Konfessionen und des Zentrums

gegen die Freikonfessionen und die Linke abgelehnt, nachdem Abg. Winkler (l.) erklärt hatte, daß man diese Materie gelegentlich der allgemeinen Verwaltungsreform regeln wolle.

Das Vereinsrecht der Beamten.

Ueber eine Petition der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Festbesoldeten um Verbot von Eingriffen in das Vereinsrecht beantragt die Kommission motivierte Tagesordnung.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir beantragen Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die Petition wurde veranlaßt durch das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuerwehrmänner. Man kann wohl sagen, daß der Berliner Polizeipräsident mit seinem Vorgehen sich eine Blamage zugezogen hat, wie kaum je zuvor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen den Verein Berliner Feuerwehrmänner hat nicht das geringste vorgebracht werden können. Durch das Vorgehen des Polizeipräsidenten ist das Vereinsrecht der Feuerwehrmänner so gut wie illusorisch gemacht worden. Es ist dringend notwendig, daß wir gegenüber solchen Eingriffen das Versammlungsrecht der Beamten schützen und sie nicht als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen. Sie überbieten sich ja sonst jetzt vor den Wahlen als Freunde der Beamten und betonen fortgesetzt Ihre große Liebe für die Beamten. Hier könnten Sie einmal zeigen, daß Sie für die Beamten nicht nur schöne Worte, sondern auch Taten übrig haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Reihe von Petitionen wird debattelos erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr: Dritte Lesung des Etats.

Schluß 3 Uhr.

Spitzeljagd.

Nach wie vor scheint die Berliner Polizei es für eine überaus wichtige Aufgabe zu halten, Sozialdemokraten durch Spitzel beschnüffeln und belauern zu lassen. Einer dieser „Vertrauensmänner“, die nach der allerneuesten Meinungsäußerung eines Berichtsvorstehenden wegen ihrer der Polizei geleisteten Dienste ganz besonderer Hochachtung wert sind, hatte den Reichstagswahlkreis Berlin IV sich zum Feld seiner Tätigkeit ausgesucht. Dort hat er ein eigenartiges Abenteuer zu bestehen gehabt.

In der Liegnitzer Straße fand er sich eines Sonntags bei einem Genossen J. ein, um zu hören, ob J. im sozialdemokratischen Wahlverein sei und den „Vorwärts“ lese. Als Frau J. in Abwesenheit ihres Gatten dem Fremden öffnete, erklärte ihr dieser in heimsüchlichem Ton, daß er mit ihr nur hinter verschlossenen Türen reden könne. Sie ließ ihn ein, und nun erzählte er ihr, er müsse J., der Gewerbegerichtsbeisitzer ist, zu einer Konferenz einladen. Auf die erkrankte Frage: „Von wo kommen Sie denn?“ antwortete der Geheimnisvolle: „Von oben!“ — „Ja, von wo denn?“ — „Na, vom Gewerkschaftshaus, Zimmer 72.“ — „Ich soll auch“, fuhr er plaudernd fort, „mich über ihn erkundigen. Es geht nämlich einer auf den Namen J., der liest keinen „Vorwärts“ und ist nicht im Wahlverein.“ Da Frau J. laut aufschrie, fragte er: „Lesen Sie denn den „Vorwärts“?“ — „Na, gewiß!“ — „Ist Ihr Mann im Wahlverein?“ Jetzt wurde Frau J. stuhlig, und ärgerlich lehnte sie ab: „Das weiß ich nicht, darum kümmere ich mich nicht.“ Darauf zog der Besucher ein paar Wahlvereins-Mitgliedsbücher hervor: „Ueber die hier muß ich auch noch nachdenken. Wo wohnt denn der Bezirksführer?“ Frau J. nannte ihm dessen Namen und gab auch das Jahlabendlokal an, damit er sich nach der Wohnung des Bezirksführers erkundigen könne. „Zu meinem Mann müssen Sie schon“, schloß sie, „wiederkommen, wenn er selber hier ist.“ Da empfahl sich der Besucher: „Schön! Grüßen Sie ihn mir von seinem Freund Bruns.“

Frau J.'s Mißtrauen war nicht beseitigt. Kurz entschlossen lief sie ihm nach, um den Wirt des Jahlabendlokals in der Reichenberger Straße zu warnen. Sie traf noch vor dem verdächtigen Fremden ein, verständigte rasch mit wenigen Worten

Wusst.

Konzert der Philharmonischen Chöre. Das Programm ist die „Gandhara“ des Komponisten, mit ihm dokumentiert er ein Stück seines künstlerischen Glaubensbekenntnisses. Von einem Programm, das als unannehmbar gelten soll, erwarten wir: sinnreiche Auswahl, eine auf progressive Steigerung der Wirkung abzielende Anordnung der einzelnen Stücke, und Einheitlichkeit — trotz aller Abwechslung innerhalb des Ganzen. Zugegeben, daß die Kombination gemischter, d. h. Vokal- und Instrumental-Konzertprogramme, am schwerigsten sei, muß gerade bei diesen peinlichste Sorgfalt vorwalten. Die Programmordnung dieses Konzerts wurde solchen Anforderungen freilich nicht gerecht. Der instrumentale Teil war ein buntes Gemisch aus Musikstücken ziemlich heterogener Stilgattungen. Und zwischenhin bewegten sich die Chorlieder und Sologebänge. Aber auch sie erschienen nicht in der wirksamsten Folge. Es geht nicht an, hinter ein Musikstück (Reverie von Bizet) eine Arie aus Haydns Oratorium „Die Schöpfung“ zu stellen, auf Friedr. „Entelied“ eine Art leichter musikalischer Komposition (Baumbach) das „Sämiedelied“ von Lothar Kemper folgen zu lassen. Noch bedenklicher war's, an Richard Wagners wunderbares Lied „Träume“ Johann Straußens an sich löstlichen Gesangswalzer „Frühlingsstimmen“ anzuschließen.

Die Philharmonischen Chöre traten mit bereits früher gelungenen Chorliedern auf. Solche Wiederholungen haben ihr Gutes, weil jeder Gesangsverein nur einmal sein eignes Repertoire haben muß. Und was dabei die Hauptsache ist: die Sänger erlangen mit öfter vorgenommenen Chören den Grad technischer Sicherheit, der sie zu Vordemern macht und ihre Vorträge künstlerischer Vollkommenheit annähert. Der Fortschritt der Leistungen ist unverkennbar. Das Material der mächtigen Vögel muß allerdings noch zum Wohlklang geschliffen werden. Die große Leichtigkeit Mozartscher Musik in „Dem Kolden“ wird mit heiligem Eifer angestrebt, aber sie ganz zu erreichen dürfte doch nicht leicht sein. Bei Friedr. „Entelied“ offenbarte sich ein doppeltes Mißverhältnis. Der Männerchor bildet hier eigentlich nur die Begleitung; das Orchester soll die Führung haben; aber es hatte eine zu schwache Beteiligung namentlich der Violinen und verhielt sich partienweise nahezu gänzlich. Die solistischen Vorträge sang Hel. Meta Blootnicka. Sie ist eine glänzende Koloraturängerin; die schwierigsten Trielketten überwand sie mit müheloser Dravour.

Humor und Satire.

Bethmann Hollweg spricht:

Rein, der deutsche Proletar laugt nicht Hungersnot! Solch ein Zerbrochenes ist ein Wort der Not.

Güten soll er sich vielmehr, daß er nicht zu reichlich älter dieser Welt begehrt, Solches macht ihn weislich.

Kleines feuilleton.

Es lebe Spanien! Der kleine Alfonso von Spanien scheint schon des öfters als Akteur bei einem Kinodrama mitgewirkt zu haben, denn als er sich am Sonntag durch Tafeln überzogen hatte, daß die unglücklichen Augen des Wirtspops ihm keinen Schaden zuzuging, richtete er sich in den Steigbügel auf, grüßte die Menge militärisch und rief: — fortgeschrittliche Mütter verkünden es in Ehrfurcht erschauend — „mit vibrierender Stimme! Es lebe Spanien!“ Ein königlicher Moment für den Film: wie die berühmte Hängelampe zitterte und die Stimme vibrierte und dazu: Es lebe Spanien! Man wird zwar einwenden können, es sei ein schick gewählter Augenblick für einen Fortnaten, sein sozusagen angekommenes Land just denn hoch leben zu lassen, wenn es ihn mit Revolverkugeln begrüßt.

Aber der entscheidende Punkt liegt wo anders. Wie kommt dieser Jüngling dazu, Spanien in der Minute mit einem Bist zu bedenken, da er die Gelegenheit verläßt hat, sich ihm nützlich zu erweisen? Unter den Bourbonen lebt Spanien nicht, sondern vegetiert läßig zwischen Leben und Sterben dahin. Wenn so viel Schmarotzer mit und ohne Tonsur an dem Markt des Landes leben, der förmlich wie Samaritaner trägt nicht die geringste Verantwortung dafür. Und es wird nicht eher besser, ehe die Spanier nicht so fähig mit ihrem Anaben Absalon umgehen, wie die Portugiesen mit ihrem Manuel.

Ja, dieser jetzt so fröhliche Manuel hatte ein historisches Recht zu rufen: „Es lebe Portugal!“, als er mit seinem Taschentuch winkend die blauen Küsten der Biscaya-Insel am Horizont verschwinden sah. Aber dieser Alfonso, der sich unverletzt in den Wägen wiegt und schreit: Es lebe Spanien!, der lächelt wider den heiligen Geist der geschichtlichen Wahrheit, und wenn seine Stimme noch so melodramatisch vibriert!

Winter im April. Erfrorene Obstblüten, welke Blätter mit schwarzen Spinnweben und geschlossene Eisdecken auf allen lebenden Gewässern lassen mit trauriger Anschaulichkeit die kalten Wirkungen der schweren Fröste erkennen, die während der letzten Tage und namentlich während der Nächte ganz Deutschland und weite Gebiete der angrenzenden mitteleuropäischen Distrikte heimgesucht haben. Auch in den beiden letzten Nächten hat die erste Aprilhälfte, wie es immerlich, scharfe Nachtfröste gebracht, und es ist durch sie auch damals viel Schaden angetan worden. Diesmal wirkte die eilige Kälte der letzten Nächte um so verhängnisvoller, als die Vegetation in Folge der außerordentlich hohen Märztemperaturen schon ganz besonders weit entwickelt war. So ist in Werder bei Potsdam, dem berühmten märkischen Obstgarten, die ganze Ernte an Frühreife und Frühstücken, die bereits in Wägen und Kisten ruht, zum Teil durch die kalten Fröste zerstört. In der Tat sind die Früchte durch den Frost zerstört, läßt sich noch nicht beurteilen; auf alle Fälle ist aber auch hieran, sowie bei den Pfirsichen, den Kirschen und Äpfeln der Schaden, der durch die Nachfröste an-

gerichtet worden ist, ganz beträchtlich. Nicht viel besser dürfte es den böhmischen Obstkulturen gegangen sein; vor allen Dingen ist auch am Mittelrhein und im rheinischen Vorgebirge bei Köln die Schädigung der Obstkulturen sehr groß. Hier dürfte gleichfalls die Ernte, die bisher zu so großen Hoffnungen berechtigt, völlig vernichtet sein. Im mittleren Norddeutschland haben auch die Winterkälte wieder geübt, die schon im Januar bei der schneelosen Kälte zum Teil schlimm mitgenommen worden sind. Besonders stark dürfte das Sommergetreide gelitten haben.

Der Frost der letzten Tage hat vielfach eine Intensität erreicht, wie im tiefsten Winter, auf dem platten Lande wurden in der Nacht zu Sonntagabend vielfach 4 bis 6 Grad Kälte gemessen; zu Landsberg a. d. Warthe und Ayrich sank das Thermometer auf 7, zu Dahme in der Mark bis auf 8 Grad unter Null. Der Groden hatte 13, die Schneeluppe 14 Grad Kälte; 18 1/2 Grad unter Null wurden in Krümmhölz gemessen. Selbst im Innern Berlins sank nachts das Quecksilber auf 5 Grad unter Null. Die Abkühlung vom normalen Mittel betrug am Freitag nicht weniger als 12 Grad Celsius. Bei der Annäherung einer neuen, von Schottland rasch nach Südwestdeutschland gelangten tiefen Depression legten im Süden und im Rheingebiet neuerdings anhaltende Schneefälle ein; auch in den übrigen Landesteilen wiederholten sich mehrfach die Schneehäuer.

Der Verursacher der progressiven Paralyse. Einen Befund von weittragender Bedeutung demonstrierte kürzlich Ehrlich im Frankfurter Verein. Es handelte sich dabei um einen mikroskopischen Schnitt durch das Gehirn eines Paralytikers, der von dem am Rockefeller Institut in New York arbeitenden japanischen Spizellenforscher Roguchi überfandt worden war. Auf ihm waren vermittelst einer geringfügigen Modifikation der Färbung unter dem Mikroskop deutlich die Erreger der Syphilis, die Spirochaeten, sichtbar.

Wenn auch heute niemand mehr daran zweifelt, daß Syphilis und progressive Paralyse in engem Zusammenhange stehen, so war es doch bisher nie gelungen, in den Organen der Paralytiker Spirochaeten zu finden. Um dies Nachen zu erklären, hatte man eine Hypothese konstruiert, welche die Paralyse als eine Radikalität der Syphilis — als „metasyphilitisch“ ansieht. Wie aus der neuen Entdeckung hervorgeht, besteht diese Anschauung nicht mehr zu Recht. Auch die Paralyse ist nichts anderes als der Ausdruck einer Infektion des Zentralnervensystems mit Spirochaeten, wobei allerdings noch anzuführen ist, warum die Paralyse verurachtende Spirochaeteninfektion erst so spät, 10 bis 15 Jahre nach der primären Erkrankung, auftritt.

Wenngleich im Augenblick noch keine Folgerungen für die Behandlung aus der Entdeckung sich ergeben, so ist es doch mehr als wahrscheinlich, daß auch die Therapie von ihr beeinflußt wird. Professor Ehrlich glaubt, nachdem einmal die Spirochaeten bei der Paralyse nachgewiesen sind, eine Heilung durch die Abtötung dieser anbahnen zu können. Da jedoch das Salvarsan bei der Paralyse verjagt hat, will er neue stärkere Arsenalkalien ausfindig machen, die dazu imstande sind.

JUNO

2 Pfg.

QUALITÄTS
CIGARETTE



Josefetti

Elegante Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Das **Fin**
Ausstellung in der Ausstellungshallen am Zoo
Erlau, 12. April - 14. Mai
1913

Willst
blanke
Stiebeln
Du Auguste?
mit
Urbin
putzen Juste
musste!

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm - Charlottenburg

Möbelfabrik Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz für Geschäftsjahr 1912.

Aktiva.	
Kassenbestand	82,24
Baren	32074,-
Rohstoffe	2290,-
Bestände	2700,-
Anwesenheit	300,-
Effekten	600,-
Debitoren	17066,20
Konten	250,-
Konto Dubio	100,-
Bank	8000,85
	63491,79

Passiva.	
Kreditoren	13160,92
Darlehen	43244,23
Anteil	210,-
Kapital	2027,50
Reservefonds	178,67
Gewinn	4670,47
	63491,79

Am Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse ausgeschieden und keiner eingetreten. Die Genossenschaft hat 7 Mitglieder mit einer Gesamtbeitragssumme und einem Geschäftsguthaben von je 210 M. 105/2

Der Vorstand.
G. Krebs, Karl Müller.

Spezialarzt
Haut, Horn, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weibliche jeder
Art, Ehrlich Gata, Sturz in
u. Co. fons. Laborat. I.
Blut-
untersuchung, Häm. i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar möglich, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Wohlbehagen

empfindet jeder auf Continental Gummi-Absätzen.
Erschütterungen des Körpers vermindert. Angenehm
weicher, elastischer Gang. Dauerhafter als Leder.
Fordern Sie daher stets von Ihrem Schuhmacher

Continental Gummi-Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen
und Schuhgeschäften.

Schweizer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schönm. l. W.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 15. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rönl. Cvernhaus. Carmen.
Rönl. Schauspielhaus. Der
Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.

Hranja. Ueber den Brenner nach
Venedig.
Belina. Das Veilich.
Deutsches Schauspielhaus. Al-
Heidelberg.
Kammerspiele. Der Arzt am
Schiffwege.
Rönlgräber Straße. Das Buch
einer Frau.
Theater des Westens. Wiener
Blut.
Berliner. Filmzauber.
Berliner. Filmzauber.
Reines. Professor Bernhardt.
Kurfürstendamm. Lohse.
Deutsches Cvernhaus. Oberon.
Schiller O. Wolkenkratzer.
Schiller - Charlottenburg. Der
Andere.
Romdienstadt. Hochherrschastliche
Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trionon. Wenn Frauen reisen.
Reines. Die Frau Präsidentin.
Walhalla. Parole Walhalla.
Montis Cveretten. Der Zigeuner-
primas.
Gros-Berlin. Das Farmermädchen.
Kuilen. Vor hundert Jahren.
Kafe. Die größte Sünde.
Herrnfeld. Die Schonzeitjäger.
Hebesprache.
Cosino. Akturs Mitternacht.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Elftener Sängler.
Walhalla. Parole Walhalla.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorfsplatz.
An allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr.
Extrazug nach Nizza.
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr & Abf.
der Opernschule d. Sternschen Konlekt.
Metropol-Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst (sch.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in
St. Moritz.
Berliner Eispalast. Lebende Eis-
Skulpturen.
Strumarz. Anfallstr. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Alt-Heidelberg.
(Carl Feing: Harry Walden.)

Schiller-Theater O. Wallner.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Andere.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Das Buch einer Frau.

Theater des Westens.
8 Uhr (zu bedeutend ermäßigt, Verk.):
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Nächste und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Theater am Nollendorfsplatz
An allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr.
Extrazug nach Nizza.
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr & Abf.
der Opernschule d. Sternschen Konlekt.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Paul Herold
und G. Offenbach.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. H. Schulk.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thierscher V. Korbner
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig

Montis Cveretten-Theater
(fr. Neues Theater). Rint Rorden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.

Luisen-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: **Napoleons Sieg und Fall.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Vor 100 Jahren
oder: **Napoleons Sieg und Fall.**

Walhalla-Theater.
Weidenbergweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr
Parole: Walhalla!
Große Jahresrevue.
Vorzugskarten haben täglich Gültigkeit.

Passage-Panoptikum
**DER LEBENDE
LEICHNAM**
Das Wunder atavistischen Ver-
scheidens. **LEBEND!**
FUSSKÜNSTLER SARTON
**Der armlose
PAGANINI**
Alles lebend!
Alle ohne Extra-Entree!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die größte Sünde.
Drama in 5 Akten von Otto Ernst.
Mittwoch: **Rohf und Schwert.**

**Herrnfeld
Theater**
**Schonzeit-
Jäger.**
Komödie in 3 Akten von
Anton u. Donat Herrnfeld.

Liebesprobe.
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Theater Königstadt-Casino.
Ude Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minuten. Bahnh. Jannowitzbrücke
**Ich komme
von Herrn
Meyer!**
und das erstklassige
Spezialitäten-Programm.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:
**Der urkomische Hoffenschlager:
Arturs Flitterwochen**
u. das glänzende erstklass. Programm.
Sonntagsnachm.: **Papas Seitensprünge.**
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

Circus Carré
Berlin-Pankow.
Dienstag, den 15. April,
abends 8 Uhr:
**Wiederholung
der
Gala-Premiere
Riesen-Programm**
mit dem
von
35 Attraktionen 35
Billet - Vorverkauf bei
A. Wertheim.

Folies Caprice.
Des Löwen Erwachen.
Feste von Bernhard Gestel.
Der Rehbod.
Feste mit Gelang von Theo Halkon.
Flots Seitensprünge.
Feste von Göttinger und Tausig.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

Trionon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Wenn Frauen reisen . . .
Sonntag 3 Uhr: **Der selbige Teufel.**

**Admiralspalast
Eis-Arena**
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wain- und Bier-Abteilung.

Nur noch 3 Tage!
**Zirkus
Albert Schumann.**
Heute Dienstag, 15. April:
abends 8 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
U. a.:
Direktor A. Schumann
m. sein. neuesten Kreationen.
10 Lio-Hol-Tschu's 10
chines. Zauberer u. Gaukler.
Aerobule - Doppel-Jockey-Akt
Gebr. Powell.
Wettkegeln zu Pferde.
geritten von 8 Herren.
Miss Habel O'Brien
Reitkünstlerin.
Um 9 1/2 Uhr:
**Das große Ausstattungstück:
Der unsichtbare Mensch.**

Voigt-Theater.
Dienstag, den 15. April:
Spiel in der Neuen Welt.
Hofstraße 108-114.
**Abend: Die Vorstellung:
Das Mädchen auf Irwegen.**
Sensationsstück von G. F. Zup.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängler.
(Maysel, Britton,
Schrader.)
Anfang
8 Uhr,
Sonntags
7 1/2 Uhr.

**Kino-Theater
:: Marienbad ::**
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant:
Heute großes Militär-Konzert.

Nur den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gaspiel des Philharmonischen Blasorchesters
aus Mailand. Dirig. Maestro Loreto Tesone.
Musik des **Kaiser Franz-Regats.**, Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochenenden: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Vom dreiklassigen Geldsackwahlrecht.

Die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen sind im vollen Gange. In Berlin hat der Magistrat nach Auslegung der Urwähler...

Die Klasseneinteilung wird für die Landtagswahlen in jedem Urwahlbezirk besonders ausgeführt. Sie kommt zustande durch...

Die zwölf Landtagswahlbezirke Berlins sind diesmal in 1468 Urwahlbezirke zerlegt worden. Man wird aus ihnen nicht zwei herausfinden...

Zahlreich sind im Südosten, Osten, Nordosten, Norden der Stadt die Bezirke, in denen Wähler noch mit 32 M. Steuern in die 2. Klasse hineingehören...

Solche Gegenfälle — es handelt sich um Schwankungen von 24 M. bis 50 701 M. für die 2. Klasse, von 52 M. bis 365 644 M. für die 1. Klasse...

fast alle Minister samt dem Reichszugler unter die Wähler der 3. Klasse geraten. Im 28. Bezirk ist der einzige Wähler der 1. Klasse der Bankier v. Mendelssohn...

Den höchsten Triumph feiert dieses die breite Masse des Volkes brutal entrechtende Wahlsystem da, wo die ganze 1. Wählerklasse von wenigen Wählern — von dreien, von zweien, ja von einem einzigen — voll besetzt wird...

Den höchsten Triumph feiert dieses die breite Masse des Volkes brutal entrechtende Wahlsystem da, wo die ganze 1. Wählerklasse von wenigen Wählern — von dreien, von zweien, ja von einem einzigen — voll besetzt wird...

368 Wähler im 232. Bezirk (Teil der Urbanstraße, Landtagswahlbezirk IV), 334 Wähler im 370. Bezirk (Teile der Slogauer Straße, der Reichsberger Straße usw., Landtagswahlbezirk V), 404 Wähler im 484. Bezirk (Teil der Balliadenstraße, Landtagswahlbezirk VI), 440 Wähler im 841. Bezirk (Teile der Prenzlauer Allee und der Saarbrücker Straße, Landtagswahlbezirk VIII), und so weiter.

Man könnte diese ärgsten Auswüchse des Dreiklassensystems unseres Landtagswahlrechtes fast amüsiert finden, wenn sie nicht für den Ausgang der Wahlen von bitterster Bedeutung wären.

Zurück wo es unerreichbar scheint, die sozialdemokratischen Wahlmänner durchzubringen, muß doch eine möglichst große Stimmzahl sich auf sie vereinigen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Berliner Landtagswahlkreis. Am Freitag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7, eine Versammlung für die 6. Abteilung statt.

Charlottenburg. Für die erste Gruppe findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, ein gemeinsamer Jahrlabend bei Lewandowsky, Restaurant „Zur Hohltrappe“, Spandauer Chauffee, statt.

Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Vartiss's Festhöl, Hermannstraße 49, ein vom Bildungsausschuß veranstalteter Vortrag über „Nützliche Luft“ (mit Experimenten) statt.

Tempelhofer. Dienstag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshagen, Berliner Str. 9: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Thurov-Neukölln über: Die bevorstehende Landtagswahl.

Treptow-Baumgartenweg. Der Extrajahrlabend für Baumschulenweg kann heute abend nicht abgehalten werden, weil eine Sitzung des Vorstandes, der Funktionäre und der Urwahlbezirksleiter zur Erledigung dringender Wahlarbeiten stattfinden muß.

Johannisthal. Mittwoch, den 16., abends 8 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Arbeiterheim, Friedrichstraße 61. Tagesordnung: 1. Berichte und Neuwahl der Funktionäre. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Britz-Budow. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, bei Grün (Zuh. Husendek), Chauffeestr. 18: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Karlshorst. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Restaurant „Hirschenbad“, Zuh. Variels, am Ende der Prinz-Albertstraße. 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.

Mariendorf. Heute abend 8 Uhr: Generalversammlung bei Breuß, Kurfürstenstr. 44. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. Sonstige Partei- und Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vorsigwalde. Von heute, Dienstag ab befindet sich die Bibliothek des Wahlvereins beim Restaurateur Wilhelm Schulz, Schubartstraße. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, in den Vorsigwalder Festhöl öffentliche Wählerversammlung.

Königs-Wußershausen und Umgegend. Am Mittwoch, 16. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Bedhorn: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin, Einführung der Gauskaffierung, Wahl des Vorstandes, Ratgeber.

Möntgenatal, Jepernald. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Marx Extrajahrlabend. Wichtige Tagesordnung.

Gelmer. Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Degebrodt: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Technik der Landtagswahl. Referent: Paul Brühl-Lichtenberg. 2. Aufstellung der Wahlmänner zur Landtagswahl.

Spandau. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im „Roten Adler“, Potsdamer Str. 6. Tagesordnung: I. Vortrag: Frauenpflichten — Frauenrechte. Referentin: Genossin Luise Jieg. II. Jahresbericht. III. Wahlen.

Potsdam. Jahrlabend findet morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in allen Bezirkslokale statt. Es erfolgt die Aufstellung der Wahlmänner.

Berliner Nachrichten.

Wie Kinder zur Schule fahren.

Lauenhienbälger! Ein Wort ist es, das der Spottvogel pfeift, wenn man auf die verzögerten Föhren des Berliner Westens mit Fingern zeigt. Eine Generation wächst hier heran, die den Namen Kind in seiner Hoheitsbedeutung kaum mehr verdient.

Dämchen, die schon als Kinder raffiniert „schid“ gekleidet sind, von der Schule abzuholen. Viele der dienstbaren Geister haben ein blödsinnig herausstarrtes Gündchen bei sich, das „Frauchen“ bei der Heimkehr von der Schule begrüßen soll.

„Sozialdemokratischer Stellennachweis.“

Die Spekulation auf die Genossen muß so manchem Geschäftsmacher als Werbemittel dienen. Vielleicht das Tollste leistet ein Herr Franz Wittpahl, der sich als Inhaber eines „sozialdemokratischen Stellennachweises“ empfiehlt.

P. P. Ohne viel herumzulaufen und ohne Stellenvermittler erbalten Sie schnell gewünschte Stelle, wenn Sie sofort nach Erhalt dieser Karte in unserem über 10 Jahre bestehenden Stellen-

Am Kopf der Offerte prangte der Vermerk: „Franz Wittpahl sozialdemokratischer Stellennachweis.“ Das ist in der Tat ein starkes Stück! Selbstverständlich hat „Franz Wittpahl's Stellennachweis“ nichts mit der Sozialdemokratie zu tun.

Wittpahl ist kein Stellenvermittler im Sinne des Gesetzes und nennt sich auch nicht so, weil ihm die Konzeption als Stellenvermittler fehlt. Ein am Hause Kreuzbergstr. 3 angebrachtes Plakat spricht nur von Wittpahl's „Verlag“ und vertritt mit keinem Wort, daß Wittpahl auch einen „Stellennachweis“ hätte.

Wittpahl ist kein Stellenvermittler im Sinne des Gesetzes und nennt sich auch nicht so, weil ihm die Konzeption als Stellenvermittler fehlt. Ein am Hause Kreuzbergstr. 3 angebrachtes Plakat spricht nur von Wittpahl's „Verlag“ und vertritt mit keinem Wort, daß Wittpahl auch einen „Stellennachweis“ hätte.

Vielleicht kann einer unserer Genossen uns sagen, wie es ihm in diesem von Herrn Franz Wittpahl dreist so genannten „sozialdemokratischen Stellennachweis“ ergangen ist.

Schulschwänzer können, wenn sie hartnäckig immer wieder schwänzen, zwangsweise dem Unterricht zugeführt werden. Die Stadt Berlin darf selber die Schulpolitik ausüben, aber für die Zwangszuführung mußte sie bisher Schulleute um ihre Mitwirkung ersuchen.

Für die Mittagsspeisung bedürftiger Schulkinder

hat im Etatsjahr 1912 die durch den Etat bewilligte Summe von 120 000 M. nicht ausgereicht. Mit einem aus dem Vorjahre übernommenen kleinen Ueberschuß standen rund 124 000 M. zur Verfügung, es mußten aber fast 191 000 M. ausgegeben werden.

habe erklärt, mehr Zuzug nur gegen Preiserhöhung be-
willigen zu können. Hier wird einmal notgedrungen eingestanden,
dass man mit dem Brauch, soziale Aufgaben der Kommune privaten
Vereinigungen zu überlassen, schlechte Erfahrungen gemacht hat.
Bisher waren also die Kinder, die die Stadt Berlin durch den Verein
für Kindervolksschulen hatte weihen lassen, mit den zu fettarmen
Mittagsmahlzeiten unzulänglich ernährt worden. Das ist auch ein
Vorzug zur Kennzeichnung des Wertes der Privatwirtschaftlich-
keit, deren Leistungen angeblich über allem Zweifel er-
haben sind.

Es scheint übrigens, dass der Magistrat, nachdem er die Folgen
falscher Sparbarkeit erkannt hat und zur Vergabe reichlicherer Mittel
genötigt worden ist, künftig auf andere Art an den Aus-
gaben sparen will. Vor einigen Wochen las man in der
„Deutschen Tageszeitung“, die Magistratskommission für die Schul-
inderpeilung habe den Gemeindefiskalrektoren geschrieben:
„Die Zahl der den Kindervolksschulen zur Freipfeilung über-
wiesenen Gemeindefiskalinder hat sich in der letzten Zeit außer-
ordentlich vermehrt, ohne dass eine zwingende Veranlassung
für diese Erscheinung sich erkennen lässt. Wir ersuchen die
Herren Rektoren und Hauptlehrer, sich stets gegenwärtig zu halten,
dass durch eine sachlich nicht begründete Bewährung der Freipfeilung
die Begehrlichkeit weiter Kreise geweckt, das Verantwortlichkeits-
gefühl der Eltern zerstört und die Grundlage eines gesunden
Familienlebens untergraben wird. Wir stellen die Meldung für er-
funden, doch haben wir bisher nicht bemerkt, dass sie vom Rathaus
aus richtiggestellt worden wäre. Der ungenannte Hauptgrund dieses
so sonderbar begründeten Rundschreibens ist offenbar wieder nur der
Wunsch, zu sparen.“

Das Tragen ungeführter hervorstechender Outmodella ist von heute
ab polizeilich verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung
werden, soweit nicht nach den sonstigen gesetzlichen Vorschriften eine
höhere Strafe verhängt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Un-
vermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft. Die Schaffner
der Großen Berliner Straßenbahnen sind angewiesen, auf die Be-
folgung der neuen Polizeiverordnung besonders zu achten.

Lebende Menschenpuppen waren in der Ausstellung „Das Kind“,
über die wir am Sonntag berichteten, bei der Eröffnung zu sehen.
Die „Berliner Morgenpost“, die das sagt, nennt leider nicht den
Namen der Kindermodefirma, in deren Ausstellungspavillon drei
kleine Mädchen im Alter von 4—6 Jahren als lebende Modelle, zur
„Verschönerung“ die geschminkt, in Kolonnenstellung sitzen
sollen. Erstmal fragt man sich, wie die Ausstellungseleitung eine
solche — gelinde gesagt — Geschmackslosigkeit, die ein Kaufschlag
gegen den Sinn der Ausstellung ist, ausüben konnte. Das Verfahren
der Firma zeigt deutlich, dass der Industrie alle Mittel recht sind,
um ein Geschäft zu machen. Eine derart brutale Verleumdung auf
einer Ausstellung, die wenigstens dem Namen nach der Wohlfahrt des
Kindes dienen soll, muss flammende Empörung wecken. Öffentlich
sind die drei kleinen Mädchen inzwischen aus dem Ausstellungsraum
entfernt worden.

Vom Ankläger zum Verteidiger.

Eine seltsame Metamorphose haben die Herren Staatsanwalt-
schaftsrat Dr. Schwiderath und Landgerichtsrat Leo Kay durch-
gemacht; sie haben sich in Berlin als Rechtsanwalte niedergelassen
und als Solche eine Anwaltskanzlei eröffnet. Herr Schwiderath
hat noch im Prozess Satler die Anklagebehörde vertreten; in Zu-
kunft wird er als Verteidiger gegen die Anklagebehörde fungieren
für den Fall, dass er in Strafsachen zu wirken haben wird. Herr
Kay hat früher ebenfalls der Staatsanwaltschaft angehört, wurde
dann Richter und wird in Zukunft als Advokat wirken.

In der angeblichen Wandauffäre des Gymnasialisten Niemann hat
sich eine Wendung vollzogen, wie sie nach den bisherigen Ergebnissen
der Untersuchung voranzugehen war. Die eingehenden Ver-
nehmungen des Ersten Staatsanwalts vom Landgericht III Berlin,
die er am Sonntag und gestern in Gegenwart des Kriminalinspektors
Krause, des Kriminalkommissars Krenker und des Gerichtsarztes
Rediginalts Dr. Hoffmann mit der beschuldigten Heinrich an-
stellte, haben nichts Belastendes für das Mädchen ergeben.
Die Beschuldigte ist deshalb gestern mittag aus der Haft ent-
lassen und ihren Verwandten übergeben worden. Der Staats-
anwalt sieht auf dem Standpunkt, dass der Gymnasialist Niemann
seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht hat.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich in der Nacht zum Montag
in Schöneberg ereignet. Die 23jährige Fräulein Lorenz aus der
Eisenader Straße 8 hatte gegen 2 Uhr einen Wagen der Linie 91
zur Nachhausefahrt benutzt. In der Koystraße sprang das junge
Mädchen trotz der Warnung des Schaffners während der Fahrt vom
Hinterrücken ab. Die 2. Lam zu Fall und blieb beunruhigt
liegen. Auf der Unfallstation in der Vorderstraße wurde festgestelt,
dass die Verunglückte eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen
erlitten hatte. Das junge Mädchen fand im Schöneberger städtischen
Krankenhaus Aufnahme.

Ein Raubmord wurde in der letzten Nacht im Norden der Stadt
verübt. In der Fehmannstraße wurde der 25 Jahre alte Fabrik-
arbeiter Johannes Guinckel, Triftstr. 23 wohnhaft, von drei un-
bekannten Männern überfallen und so schwer verletzt, dass er in
bedenklichem Zustande nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht
werden musste. G. hatte auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle die
Fehmannstraße passieren wollen, als er plötzlich von drei ihm un-
bekannten Personen angegriffen und durch Wasserwürfe zu Boden
gestreckt wurde. Er verlor das Bewusstsein und wurde später in
blutüberströmtem Zustande auf der Straße liegend aufgefunden. Die
brutalen Täter hatten ihrem Opfer Wasserwürfe in den Rücken sowie
in Kopf und Hals beigebracht. Da auch innere edlere Teile durch-
bohrt worden sind, so ist der Zustand des Schwerverletzten recht be-
denklich. Ueber die Täter sowie über die Ursache des Ueberfalles
war bisher nichts zu ermitteln.

Vorort - Nachrichten.

Neukölln.

Die städtischen Arbeiter nahmen in einer stark besuchten Ver-
sammlung zur Ablehnung ihrer Anträge auf Abschluss eines Tarif-
vertrages Stellung. Der Verbandsvorsitzende Albin Mohs kenn-
zeichnete in seinem Referat das rückständige Verhalten der Stadt-
verwaltungen. Der Gedanke der Tarifverträge werde sich aber trotz
allem durchsetzen. In der Diskussion, die sich im zunehmenden
Rahmen bewegte, wurde besonders auf rigoroses Vorgehen der Gas-
werksverwaltung hingewiesen. Entgegen den früheren Verslog-
heiten würden jetzt Geldstrafen für die geringsten Verletzungen
erlassen. Kranken Arbeitern würde die Entlassung ins Haus gefandt.
Um die Differenzzahlung im Krankheitsfall zu sparen, werde alten
Arbeitern nach sechs Wochen gekündigt und damit die Zahlung ein-
gestellt. Im Körnerpark klagen die Arbeiter über fehlende Trink-
gelegenheit.

Die Versammlung nahm einstimmig nachstehende Resolution an:
Die in Wolffs Gesellschaftshaus, Kirchhoffstr. 31, versammelten
städtischen Arbeiter bedauern aufs lebhafteste die ablehnende
Haltung, die der Kaufmännische Magistrat gegenüber dem Verlangen der
in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Abschluss eines
Tarifvertrages eingenommen hat.

Die Versammelten erklären, dass sie nach wie vor an der Forde-
rung einer tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse

festhalten. Um so mehr, als sie der Auffassung sind, dass die ab-
lehrende Haltung des Magistrats in erster Linie auf eine Verkennung
des Wesens der Tarifverträge zurückzuführen ist.

Die Versammelten sprechen die bestimmte Erwartung aus, dass
die Frage der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Tarifverträge
zwischen der Stadtverwaltung und den städtischen Arbeitern von den
städtischen Körperschaften einer eingehenden Prüfung unter-
zogen wird.

Des Weiteren erwarten die Versammelten, dass die neue Arbeits-
ordnung baldmöglichst in Kraft treten werde, damit deren Bestim-
mungen noch in diesem Jahre zur Anwendung kommen.

Tempelhof.

Wohnungen an Park und See gelegen wurden noch im vorigen
Jahre von unserem Orte angepriesen. Der natürliche Teich in dem
landschaftlich am schönsten gelegenen Teile Tempelhofs, den man
meinte (Dr. Frankenschen Erben gehörig), ist leider im Laufe der Zeit
zu einem großen Schuttbladeplag verwandelt worden. Der zu-
geschüttete Teich soll später, da er als Auland nicht in Betracht
kommen kann, als Zimmereisplatz Verwendung finden. Seit nun-
mehr neun Monaten wird der Schutt unaufhörlich in den Teich ge-
worfen, und noch ein Jahr kann vergehen, ehe dieser Teich zu-
geschüttet sein wird. Alles Verschieben hatte seinen Erfolg, da die
betroffenen Grundbesitzer auf die Annahme keine Rücksicht nehmen.
Ganz abgesehen von den unangenehmen Begleitererscheinungen, welche
durch das Ja- und Abfahren entstehen — es kommen täglich
über hundert Wagen in Betracht — hat der von dort her-
strömende Geruch die Bewohner der angrenzenden Straßen wiederholt
veranlasst, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Die Ursache dieses
Nichtstandes soll in Reibereien zwischen den Besitzern und der
Gemeinde zu suchen sein. Die Parkstraße scheint die Genteinde
noch extra bedacht zu haben. Hier steht dieselbe kaum 12 Meter von
den Wohnungen entfernt, direkt in die Luftschicht der Straße,
eine Bedürfnisanstalt, welche ein hervorragendes Bauwerk des
Gemeinde-Hochbauamtes werden soll. Bei der Beratung
dieser Bedürfnisanstalt haben unsere Vertreter gefordert, ihr
einen anderen, günstiger gelegenen Platz anzuweisen zu lassen. Doch
hatte die Mehrheit des Vorparlamentes wenig Gefühl für Keitheit.
Sie hat bereits im Vorparlament der Platz zur Bedürfnisanstalt zu
Debatten geführt, als wenn es sich um den Rathausplatz handelte,
so spielt nun die Platzfrage in der Öffentlichkeit weiter; es dürfte
von Interesse sein, zu wissen, ob bei der Gemeindeverwaltung doch
noch eine bessere Ansicht Einsicht halten wird.

Eichwalde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den
Rück über einen Zeitraum von neun Monaten erstreckenden Vorstand-
bericht entgegen. Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 67,
„Vorwärts“-Abonnenten waren 66. — Die Neuwahlen zum Vorstand
hatten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Wendt, Kassierer Rathes,
Schriftführer Barth, Beisitzer Kollentz und Udenburg, Revi-
soren Köwert, Zimmermann und Zimos, Lokalkommissionen
Wahl und König, Bibliothekar Matthes. Die Mai-
versammlung und Kasseier findet im Lokal von Witte
statt. Anlässlich der Jahreshauptfeier ist den hiesigen „bürger-
lichen“ Vereinen eine Fadelpolonaise mit Musikbegleitung gestattet
worden. Unsere Genossen werden daher die Genehmigung eines
Maienfestes nachsuchen. Der Vorsitzende, Genosse Krüschke, teilte
unter anderem mit, dass zur Agitation für die Landtagswahl am
22. April eine öffentliche Versammlung in „Sondow“ stattfindet, zu
welcher Genosse Dr. Weisheit als Referent gewonnen ist. Genosse
Wendt forderte die Genossen auf, sich mehr als bisher an den Partei-
arbeiten zu beteiligen. Es müsse viel reger agitiert und organisiert
werden, damit die Partei bei einer künftigen Wahl nicht wieder ein
so trauriges Resultat wie bei der letzten Gemeindevertreterwahl zu
verzeichnen habe, bei der unser Kandidat, Genosse Wendt, 83 und
der bürgerliche Kandidat, Bauunternehmer Draub, 140 Stimmen er-
halten hat.

Gegen die Gemeindevertreterwahl ist Protest eingelegt worden.
Der Bauunternehmer Herr Draub soll, wie uns berichtet wird, vor
der Wahl zu einem unserer Genossen gesagt haben: „Seine (Draubs)
Wahl sei schon gesichert, er bekomme 130 und unser Kandidat
70 Stimmen. Der Herr hat auch recht behalten. — In ihrer schon
im voraus empfundenen Siegesfreude haben die Herren bei der
Wahl jedoch nicht genau die gesetzlichen Bestimmungen bei der Wahl
beachtet. Einige Herren vom „bürgerlichen Wahlkomitee“ hatten es
sich trotz Protest eines Wählers am Tisch des Wahlvorstandes be-
quem gemacht und erledigten dort einen Teil ihrer Wahlarbeiten,
unterstützten auch in freundschaftlicher Weise den Wahlvorstand, indem
sie auf Grund ihrer Wählerliste Wähler suchen halfen. — Ferner
war der Wahlvorstand beim Beginn der Wahl gewählt worden und
wartete, ohne dass er beim Beginn des Wahlablages der 2. und 1. Abteilung
neu gewählt wurde, seines Amtes in allen drei Abteilungen.
Nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes sind das formelle
Verfahren, welche zur Ungültigkeit der Wahl in allen drei Abteilungen
führen. Es sind bei der Wahl von den Bürgerlichen circa 40 Stimmen
abgegeben worden, die der Grundbesitzerverein bezahlet will. Sollte
die Wahl für ungültig erklärt werden, so wäre es eigentlich schade
um das schöne Geld, das der Grundbesitzerverein besser dazu ge-
brauchen könnte, verchiedene Grundstücke, welche dem Ort nicht zur
Zierde gereichen, reinigen zu lassen. Auch käme die Einwohnerlichkeit
um die Mäßigkeit, zu beobachten, wie z. B. Herr Bahameister Wohland
die Interessen der Allgemeinheit vertreten hätte. Herr Wohland
ist der Erwählte der ersten Klasse; dieser Herr soll öffentlich erklärt
haben: „so lange er Bahameister in Eichwalde sei, bekommt kein
Eichwalder Handwerker ein Stück Arbeit von ihm“. Ueber denselben
Herrn ist in öffentlicher Versammlung gesagt worden: „Herr Wohland
wolle nur als Gemeindevorteiler gewählt werden, damit er Wohn-
meister erster Klasse werde. Im übrigen wird dem Herrn nachgerühmt,
dass er gewissenhaft dafür Sorge, dass alle seine Untergebenen bei
öffentlichen Wahlen ihr Wahlrecht ausüben können; er sei sogar so
freundlich, so lange im Wahllokal zu bleiben, bis alle Wahlarbeiter
ihr Wahlrecht genügt haben.“

Trebbin (Kreis Teltow).

Zum Bau der Fährerei soll einem Beschluss der letzten Stadt-
verordnetenversammlung zufolge eine Anleihe von 20 000 M. aufgenommen
werden.

Die Anlegung eines Fußsteigs zum Friedhof mit Vorbehalt
wurde, da die Kirchgemeinde es ablehnt, einen Teil der Kosten zu
übernehmen, abgelehnt. An Kosten würden 1800 M. entstehen, hier-
von wollte die Bauverwaltung 600 M. übernehmen. Die Er-
richtung einer Eichamtsniederlage wurde, da die Kosten der ersten
Einrichtung sich auf 1000 M. belaufen, gleichfalls abgelehnt.

Spandau.

Die Wählerlisten sind, wie uns der Magistrat unter Bezugnahme
auf unsere Notiz vom 8. April mitteilt, von 1908 Personen em-
gelesen worden. Einprüfungs sind 27 eingegangen, von denen 21 be-
gründet, vier unbegründet und zwei noch in Bearbeitung sind.

Der am 1. April in Kraft getretene erhöhte Straßenbahntarif
scheint den erwarteten Goldregen nicht zu bringen. 16 Pf.-Fahr-
scheine werden von den Schaffnern vereinzelt verkauft, 20 Pf.-Fahr-
scheine werden fast gar nicht gekauft. Die Fahrgäste zahlen eben
nach wie vor 10 Pf. und gehen die andere Strecke zu Fuß. Während
in der Stadt ein wesentlicher Rückgang der Benutzung der Straßen-
bahn nicht zu konstatieren ist, sind die Wagen auf der Nonnendamm-
Strecke zum großen Teil leer. Auf der Nonnendamm-Strassenbahn,
welche immer schon mit Defizit abfährt, hat die Erhöhung der
Arbeiterwochenkarte von 80 Pf. auf 1 M. große Erbitterung hervor-
gerufen und die Arbeiter fahren jetzt entweder mit der Eisenbahn,
weil hier die Wochenkarte halb so billig ist, oder gehen die Strecke
zu Fuß. Auch die Einführung der Arbeiter-Monatskarten hat bei
den Arbeitern nicht das nötige Verständnis gefunden. Alles in-

allem scheint der Ausspruch des Oberbürgermeisters, dass durch den
erhöhten Tarif der Straßenbahn auf den Damm kommen wird,
sich nicht zu erfüllen.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Als seinerzeit in Pots-
dam die Pferdebahn in eine elektrische Straßenbahn umgewandelt
wurde, ergaben sich infolge Schwierigkeiten, als durch die elektrischen
Einrichtungen die Instrumente zu Heilmessungen auf dem magnetischen
Observatorium auf dem Brauhausberg beeinträchtigt wurden. Es
wurden damals verschiedene Sicherungen gegen Störungen verlangt.
Ferner wurden Vereinbarungen getroffen, nach denen die Störungen
bis zu einem Gamma betragen durften. Durch den weiteren Aus-
bau der Straßenbahn wird dieser Störungsgrad überschritten und
es macht sich notwendig, dass einzelne Instrumente nach der Seddiner
Station gebracht werden. Hierzu bewilligten die Stadtverordneten
38 000 M. — Während das Wasserwerk I eine Enteisungsanlage
hatte, war dies bei dem Wasserwerk II nicht der Fall und aus diesem
Grunde erklärten sich die oft eintretenden Frühlings des Trini-
wassers. Diesem Uebelstand soll dadurch abgeholfen werden, dass
auch das Wasserwerk II eine Enteisungsanlage erhält, deren Kosten
nach der Magistratsvorlage 210 000 M. betragen. Eine Kommission
wird nach einmal diese Vorlage durcharbeiten, ob auch wirklich das
vom Magistrat vorgeschlagene offene System das beste ist. — Der
Wohltätigkeitsverein für Potsdam erhielt bisher von der Stadt einen
Zuschuss von 1500 M., welcher auf 2500 M. widersprüchlich erhöht
wurde. Während man für den Mehrbetrag von 1000 M. für den
Wohltätigkeitsverein, der den Armenetat infolge entlastet, als er
zwei Kinderbewahranstalten unterhält, erst eine unnötige Debatte ver-
anlasste und am liebsten gekauft hätte, bewilligte man mit be-
kannter Obermässigkeit und ohne ein Wort zu verlieren aus dem
Steuersäckel 2000 M., wovon sowohl die Prinzess Viktoria wie die
Prinzess Margarete Hochzeitsgeschenke im Werte von je 1000 M. er-
halten sollen. — Der Bedauungsplan für das Gelände östlich der
Neuen Königstraße sah eine Parabelstraße vor. Der Minister läßt
mitteilen, dass dieser Plan nicht genehmigt und dass eine Querstraße
verlangt wird. Die Stadtverordneten wollen sich dem nicht fügen
und belassen es bei dem erstmalig beschlossenen Bedauungsplan. —
Für den Wettflug „Rund um Berlin“ werden wie im Vorjahr 1000 M.
bewilligt.

Die Landtagswählerlisten liegen in der Zeit vom 15.—17. April,
vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, auf dem
Rathause aus. Beräume niemand, sich davon zu überzeugen, ob er
in der Liste steht. Wer nicht selbst Zeit zum Nachsehen hat, beauftrage
damit einen der bekannten Parteigenossen.

Notawes.

Gemeindevorteilerwahl. Zunächst erfolgte durch den Bürger-
meister die Einführung der neugewählten Gemeindevorordneten
Menge, Schme und Thomas. — Bei der Ergänzung einzelner
Kommissionen wurde Genosse Thomas an Stelle des Genossen Dienle
in die Baukommission und Genosse Zöner in die Jugendfürsorge-
kommission gewählt. — Der Punkt „Vergebung der Fahrleistungen
für 1913“ wurde für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zurück-
gestellt. — Die Verlegung von Kanalisationsleitungen im Hortwege
südlich der Pumpstation I, die bereits im Herbst vorigen Jahres stattfinden
sollte, jedoch wegen des durch die Stauung der Röhre bedingten hohen
Grundwasserstandes aufgeschoben wurde, soll etwa in den Monaten
Juni oder Juli ausgeführt werden, weshalb sich eine neue Aus-
scheidung der zu vergebenden Arbeiten notwendig macht, um Nach-
bewilligungen zu den ursprünglich festgesetzten Kosten zu vermeiden.
— Zum letzten Punkt: „Bürgerschaftsübernahme für den Beamten-
heimstättenverein“, bemerkt der Bürgermeister, dass hierüber ein
Beschluss nicht gefasst, sondern lediglich eine informatorische Aus-
sprache stattfinden solle. Herr Professor Gollich gab über die bei der
Bürgerschaftsübernahme zu beachtenden Rechtsfragen einige Er-
läuterungen. Die Gemeinde müsse vor allem auf eine ausreichende
Sicherheit bedacht sein, um nicht einmal vor die Notwendigkeit ge-
stellt zu sein, im Kontroververfahren ein Grundstück übernehmen zu müssen.
Genosse Neumann fragt, ob die Gemeinde den Heimstättenverein nicht
irgendwie verpflichten könne, bei den Bauten vor allem die örtlichen
Unternehmer und Handwerkermeister, die mit den Gewerkschaften im
Tarifverhältnis stehen, zu berücksichtigen. Der Gemeindebaumeister
erwiderte, dass die Gemeinde bereits dahin gewillt habe; er dem
jetzt in Angriff genommenen Bau zweier Wohnhäuser seien hiesige
Handwerkermeister beschäftigt. In der sich hieran anschließenden
Diskussion über die Anlage der Straßen auf der kleinen Sandhölle
beruhte außer den G. B. Philipp und Schneider auch Genosse
Neumann die Herstellung der Rosenstreifen; letzterer gab der Ver-
sicherung Ausdruck, dass sich nach der in etwa 4—5 Jahren erfolgenden
Übernahme der Straßen durch die Gemeinde die Anlage der Anlagen resp. der
Heimstättenverein weigern werden, zu den Kosten der Unterhaltung
dieser Rosenstreifen oder der nachträglichen Dammbreiterung ihren
Teil beizutragen. Die Unterhaltung der Rosenstreifen müsse der
Verein übernehmen.

Ueber eine unliebsame Arbeitskonkurrenz berichteten wir in Nr. 71
des „Vorwärts“ vom 27. März. Es wurde in der Notiz die Wahr-
nehmung von Lesern unseres Blattes mitgeteilt, dass in dem Garten
des hiesigen Restaurants „Lindenpark“ ein Straßenmeister und vier
Chausseearbeiter der Provinzial- oder Kreisverwaltung Planierungs-
und Befestigungsarbeiten ausgeführt haben. Wie dem „Teltower
Kreisblatt“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, kommen Beamte
und Arbeiter des Kreises hierbei nicht in Frage.

Die in der Generalversammlung des Wahlvereins vorgenommene
Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender:
Krohberg, 2.: Karl Grubel, Kassierer: Adolf Richter, Schriftführer:
Krich, Beisitzer: Otto Müller und Frau Mathe, Revisoren: Geht-
mann, Witte und Seidenberg, Bibliothekar: Seidenberg und
Weslinger, Lokalkommission: Fütterer und Winterer, Leiterin der
Kinderdauerkommission: Frau Neupert. — Der Stand der Parteipresse
ist folgender: „Vorwärts“ 391 (1. Juli 1912: 411), „Brandenburgische
Zeitung“ 630 (1. Juli 1912: 694). — Der Vorsitzende bemerkt
hierzu, dass die Agitation im vorigen Jahre leider nicht den erhofften
Erfolg gebracht habe, obwohl ganz erhebliche Mittel aufgewendet
worden. Er ersucht die Anwesenden, mehr als bisher für die Aus-
breitung der beiden Zeitungen zu sorgen. — Der Mitgliederbestand
betrug Ende März d. J. 954, davon waren 192 weibliche Mitglieder.
— Bezüglich der Kasse teilte Gen. Müller mit, dass der für morgen
6 Uhr angemeldete Umzug durch einige Straßen sowie die sich daran an-
schließenden öffentlichen Versammlungen in den beiden Parteilokalitäten
vom Amtsvorsteher nicht genehmigt worden sind, weil vor dem Gottes-
dienst derartige Veranstaltungen gesetzlich nicht zulässig seien. Das
Komitee habe deshalb von einem Umzug Abstand genommen und die
Versammlungen zu 2 Uhr nachmittags angesetzt. Anlässlich an die
Versammlung findet wiederum in beiden Lokalen die Abliche
Familienfeier statt. Unter „Verschiedenem“ ersuchte Genosse Witte
die anwesenden Gemeindevorteiler, für eine baldige Befestigung des
alten Janies Ede Reue und Luisenstraße zu wirken, da dasselbe den
Verkehr äußerst erschwere und daher eine ständige Unfallgefahr dar-
stelle. Genosse Neumann erwiderte, dass eine diesbezügliche Petition
der Gemeinde bereits vor zwei Jahren zugegangen, jedoch bis heute
unberücksichtigt geblieben sei, weil die Befestigung des Verkehrs-
hindernisses große Kosten verursachen würde. So viel ihm bekannt
sei, fordere der Besitzer für das Grundstück 38 000 M.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevortretungen.

Kassen. Dienstag, den 21. April, abends 8 Uhr, im Rathauskassale.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist be-
rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.